

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis: pränumerando
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Gebühr für die sechsgehaltene Annoncen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengedichte und Schloß-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 29. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der „Essener Meineids-Prozess“.

In den Augusttagen des Jahres 1895 verhängte das Essener Schwurgericht gegen den damaligen ersten Vorsitzenden des alten Bergarbeiterverbandes, Genossen Schröder-Buchum, den damaligen Verbandskassierer und gegen vier andere Bergarbeiter insgesamt eine Zuchthausstrafe von 18 1/2 Jahren wegen des angeblichen Verbrechens des wissentlichen Meineids. Das Urteil gegen Schröder und seine Leidensgenossen ist eins der einseitigsten Klaffenurteile, das je gegen Angehörige der modernen Arbeiterbewegung gefällt wurde. Die Ungeheuerlichkeit des Urteils wird durch nichts besser illustriert als durch die Tatsache, daß selbst — mit Ausnahme der blindwütenden, arbeiterfeindlichen Presse des Großkapitals — die gesamte bürgerliche Presse nicht umhin konnte, den Wahrspruch der Geschworenen als einen offenbaren Fehlspruch zu bezeichnen.

Seit seiner Verurteilung haben denn auch Genosse Schröder und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Niemeyer-Essen kein Mittel unberührt gelassen, um die preussische Justiz von dem Irrtum des Essener Urteilspruches zu überzeugen. Nach jahrelangem vergeblichem Bemühen gelang es endlich nach 15jährigem fortgesetzten Kampfe im Beschwärdenwege die Richter des Oberlandesgerichts in Hamm davon zu überzeugen, daß die von der Verteidigung gegen das Urteil der Essener Geschworenen erhobenen Einwände eine nochmalige Nachprüfung der Feinerzeit gegen Schröder und Genossen erhobenen Anklage notwendig machen. Das Oberlandesgericht ordnete deshalb im März des vergangenen Jahres die Wiederaufnahme des Verfahrens an. In einer am 30. Januar beginnenden außerordentlichen Schwurgerichtssession sollen die Geschworenen erneut über die Schuld der damals Verurteilten befinden.

Der sogenannte „Essener Meineidsprozess“ hat eine umfangreiche Geschichte, die an sich und in ihrem endgültigen Ausgang für die gesamte moderne Arbeiterbewegung von großer Bedeutung ist.

Die Vorgänge, die zur Verurteilung Schröders und seiner Freunde führten, fallen in eine Zeit, in der der heute machtvoll dastehende alte Bergarbeiterverband noch mit unsagbaren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Eine moderne Bergarbeiterbewegung besteht im rheinisch-westfälischen Industriebezirk eigentlich erst seit dem großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1889. Die Bedeutung des alten Verbandes wuchs jedoch von Jahr zu Jahr erheblich. Die Grubenbarone unterschätzten die Bedeutung der Bewegung denn auch keineswegs, und so erfreute sich die junge Bewegung der besonderen Aufmerksamkeit der dem Unternehmertum stets willfährigen Behörden.

Nach anderen vergeblichen Versuchen wurde im Jahre 1894 in München-Glabbech der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“ von Angehörigen der Zentrumspartei ins Leben gerufen. Da man in dieser Gründung ganz allgemein eine Gegenorganisation des alten Bergarbeiterverbandes sah und außerdem die Leiter der „christlichen“ Bergarbeiter in der skrupellosesten Weise den alten Verband verleumdete, bereitete man den christlichen Gewerkschaftlern keinerlei Schwierigkeiten. Wurden den freien Bergarbeitern die Lokale in der unerhöchsten Weise abgetrieben oder den Wirten, bei denen „sozialdemokratische Versammlungen“ stattfanden, die Schanksperrre auferlegt, so konnten die „Christen“ unbehelligt allerorts tagen und — den alten Bergarbeiterverband verleumden. Um diesen Verleumdungen entgegenzutreten zu können, mußten die Führer des alten Verbandes die christlichen Versammlungen besuchen.

Am 3. Februar 1895 fand in Baukau bei Berne eine von den „Christlichen“ einberufene Bergarbeiterversammlung statt. Genosse Schröder und einige seiner Freunde waren in der Versammlung erschienen, um in der angeforderten „freien Diskussion“ das Wort zu ergreifen. Die Versammlung leitete August Brust in höchst eigener Person. Als gleich zu Beginn der Versammlung von einem Mitgliede des alten Verbandes „Bureauwahl“ verlangt wurde, forderte Brust den Genossen Schröder und seine Freunde auf, den Saal zu verlassen. Gleichzeitig erbat sich Herr Brust, obwohl seiner Aufforderung sofort Folge geleistet wurde, die Unterstützung des überwachenden Beamten. Der Gendarm Münter hatte Verständnis für die Aufforderung Brust's. Er ging sofort auf Schröder zu, sah ihn an die Schulter und forderte ihn auf, das Lokal zu verlassen. Schröder verlangte am Ausgang des Saales sein Eintrittsgeld zurück. Jetzt trat Münter mit den Worten: „Nun aber raus mit Dir!“ dicht an Schröder

heran, so daß Schröder zu Boden fiel. Bevor sich Schröder erhoben hatte, kam er nochmals zu Fall.

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ brachte über diese Vorgänge einen Bericht. Münter wurde darauf zur Stellung eines Strafantrages gegen den damaligen Redakteur Margraff veranlaßt.

In der Verhandlung vom 11. Juni 1895 bekundete Münter, er habe Schröder nicht angefaßt, er könne nur annehmen, daß Schröder aus Angst (!) oder vor Schreck (!) gefallen sei, da er (Münter) sehr energisch aufgetreten wäre. Die Zeugen Genosse Schröder, Genosse Meyer, der damalige Kassierer des alten Verbandes und der Bergmann Gräf bekundeten demgegenüber, daß Münter den Genossen Schröder zweimal im Nacken gepackt und hingeworfen habe. Die drei Zeugen demonstrierten dem Gericht dann einzeln und in Abwesenheit der anderen den fraglichen Vorgang, und zwar alle drei in genau derselben Weise. Der Polizeikommissar Krod-meyer erklärte, nicht gesehen zu haben, daß Münter gestoßen oder geschlagen habe. Auf wiederholtes Befragen räumte Münter schließlich ein, daß Schröder durch seine (Münters) Körperbewegung hingefallen sei.

Die Verhandlung wurde wegen der widersprechenden Aussagen vertagt. In der fortgesetzten Verhandlung am 27. Juni 1895 bekundeten eine Anzahl neuer Belastungszeugen, die dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter angehörten, Schröder sei nicht gestoßen worden, sonst hätten sie es sehen müssen. Vier weitere Zeugen bestätigten dagegen die Angaben von Schröder, Meyer und Gräf. Der Gerichtshof sah den Wahrheitsbeweis als nichtlungen an. Margraff wurde verurteilt; der Antrag des Staatsanwalts, die Zeugen Schröder, Meyer und Gräf wegen dringenden Verdachts des wissentlichen Meineids sofort zu verhaften, wurde jedoch vom Gericht abgelehnt. Darauf veranlaßte der Staatsanwalt selbst die Verhaftung im Gerichtssaal. In den nächsten Tagen wurden auch die Zeugen Wiffing, Bedmann, Imberg und Thiel aus dem gleichen Grunde verhaftet. Alle sieben hatten sich am 14. August und den folgenden Tagen wegen wissentlichen Meineids vor dem Essener Schwurgericht zu verantworten.

In der Verhandlung vor den Geschworenen bestätigten 13 Zeugen die von den Angeklagten gemachten eidlichen Aussagen. Münter bekundete, wenn er Schröder auch durch Körperbewegungen zu Fall gebracht habe, so sei das doch jedenfalls nicht mit der Hand oder der Faust, sondern vielleicht mit der Brust oder dem Bauch geschehen. Die zehn Belastungszeugen machten durchweg negative Bekundungen und meinten, sie hätten es sehen müssen, wenn Münter den Schröder gestoßen oder geschlagen hätte. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten — mit Ausnahme von Thiel — des wissentlichen Meineids schuldig. Das Urteil lautete gegen Schröder auf 2 1/2 Jahre, gegen Meyer und Gräf auf je 2 1/2 Jahre, gegen Imberg, Bedmann und Wiffing auf je 3 Jahre Zuchthaus. Außerdem wurden diesen Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und die Fähigkeit, als Zeuge vereidigt zu werden, für immer aberkannt. Thiel erhielt wegen fahrlässigen Falschweides 6 Monate Gefängnis.

Bereits am 30. November 1896 stellte Rechtsanwalt Dr. Niemeyer den ersten Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens.

Der „Essener Meineidsprozess“ zeitigte jedoch noch eine ganze Reihe Prozesse gegen sozialdemokratische Blätter, die das schwere Verbrechen begangen haben sollten, Herrn Münter beleidigt zu haben. In einem Prozeß, den Herr Münter gegen die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ anzustrengen für gut befand, wurde der angeklagte Redakteur freigesprochen. In dem Urteil der Dortmunder Strafkammer vom 7. Oktober 1895 wurde Herr Münter folgendes attestiert:

„Durch das glaubhafte Zeugnis mehrerer Personen ist festgestellt, daß der Gendarm Münter auf Vorfälle, bei denen er gegen diese Personen schroff und gewalttätig aufgetreten ist, bei seiner kurzen Zeit darauf erfolgten Vernehmung sich nicht mehr hat besinnen können.“

Das durch dieses Beweisergebnis festgestellte Verhalten des Münter ergibt, daß er tatsächlich bei seiner Vernehmung als Zeuge wiederholt hochgradige Vergeßlichkeit bewiesen hat, und läßt auch den weiteren Vorwurf, daß er bei Abgabe seines Zeugnisses leichtfertig vorgegangen sei, jedenfalls nicht unbegründet erscheinen.

Hierauf hat das Gericht angenommen, daß der Angeklagte den Beweis für seine gegen Münter erhobenen Vorwürfe erbracht hat.“

An einer anderen Stelle des Urteils heißt es: „In diesen Worten — (die in dem inkriminierten Artikel gebraucht waren) — ist der Vorwurf auffallender Vergeßlichkeit

und der Leichtfertigkeit bei der Zeugnisabgabe gegen den Gendarm Münter enthalten. Jedoch ist der Beweis der Wahrheit hierfür gelungen zu erachten.“

In einem weiteren Prozeß gegen die „Rheinische Zeitung“ in Köln wurde am 10. Juni 1896 vor der Kölner Strafkammer über die Vorgänge, die sich in der Bergarbeiterversammlung in Baukau zugetragen hatten, nochmals eingehend Beweis erhoben. Der angeklagte Redakteur wurde zwar verurteilt. Das Gericht setzte sich aber durch die Urteilsbegründung in offenen Gegensatz zu dem Schuldpruch der Essener Geschworenen. In der Urteilsbegründung wird gesagt, die Aussagen über die fraglichen Vorgänge seien widersprechend. Wörtlich heißt es dann weiter:

„... Auffallend ist, daß von denjenigen Zeugen, die von einem Stroh nichts gesehen haben, keine befriedigende Erklärung für das von ihnen beobachtete Hinfallen des Schröder gegeben werden kann.“

Das Gericht hat aber trotzdem keine Veranlassung gefunden, einzelne Zeugen der Verletzung der Eidespflicht zu verdächtigen. Die Widersprüche sind erklärlich mit Rücksicht auf die Schnelligkeit, mit der sich der Vorfall inmitten einer unruhig gewordenen Menge abgespielt, und mit Rücksicht auf die Voreingenommenheit einzelner Beobachter für oder gegen Schröder.“

Auf das Ergebnis dieser Prozesse stützte sich der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Außerdem wurden noch weitere acht Zeugen benannt, die die eidlichen Bekundungen der Verurteilten als zutreffend bestätigen konnten. Das Gericht ordnete einen Lokaltermin an. Die Vorführung der Verurteilten hielt das Gericht für überflüssig. Die Aussagen Schröders und seiner Leidensgenossen wurden jetzt von mehr als 20 Zeugen bestätigt. Die Essener Strafkammer lehnte jedoch unter dem Vorsitz des früheren Zentrumsabgeordneten, jetzigen Landgerichtspräsidenten Jerusalem die Wiederaufnahme des Verfahrens ab. Das Oberlandesgericht in Hamm hieß am 4. Mai 1897 den ablehnenden Bescheid der Strafkammer gut und wies die erhobene Beschwerde als unbegründet zurück.

Herr Münter avancierte inzwischen zum Magistratsassistenten. Er war in den letzten Jahren in Berlin-Schöneberg tätig. Im Jahre 1908 wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Es wurde ihm zum Wortwurf gemacht, versucht zu haben, zwei Zeugen zu falschen Aussagen zu bewegen und einen anderen zur Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu veranlassen. Im Laufe desselben Jahres meldeten sich dann noch zwei Zeugen, und zwar der Schneider Nikolaus Winandi in Plauen und der Bergmann Jakob Schneider in Hamm. Beide Zeugen waren viele Jahre im Auslande und erfuhren infolgedessen die Verurteilung Schröders und seiner Genossen erst nach ihrer Rückkehr. Sie erklärten beide übereinstimmend, die Behauptungen des Genossen Schröder als richtig bestätigen zu können.

Diese neuen Momente veranlaßten Rechtsanwalt Dr. Niemeyer, erneut einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zu stellen. Die Essener Strafkammer hielt weder das Verfahren gegen Münter, das allerdings noch nicht abgeschlossen war, noch die eventuellen Bekundungen der beiden neuen Zeugen für ausreichend, um die Wiederaufnahme des Verfahrens zu rechtfertigen. Der Antrag der Verteidigung wurde wiederum abgewiesen. Auf die Beschwerde hin trat das Oberlandesgericht in eine eingehende Prüfung des ganzen Materials und vernahm auch die beiden Zeugen Winandi und Schneider eidlich. Am 23. März 1910 ordnete darauf das Oberlandesgericht in Hamm die Wiederaufnahme des Verfahrens an.

Von den Verurteilten, die es verdammt haben, ein von bürgerlicher Seite vielfach angeregtes Gnadengesuch einzureichen und infolgedessen ihre Strafen restlos verbüßen, leben nur noch fünf, die zu der neuen Verhandlung erscheinen werden. Imberg ist bald nach Verbüßung seiner Strafe gestorben, Gräf ist in Schottland im Bergbaubetriebe verunglückt.

Auch Herr Münter weilt nicht mehr unter den Lebenden. Das gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren soll sich schließlich zu einem Ermittlungsverfahren wegen Verleitung zum Meineid entwickelt haben. Dazu kam die Anordnung der Wiederaufnahme des Verfahrens in dem „Essener Meineidsprozess“. Herr Münter fand nur noch Zeit, einem Mitarbeiter eines Berliner Blattes zu versichern, daß er der neuen Verhandlung mit ruhigem Gewissen entgegenstehe — dann starb er plötzlich.

Die Verteidigung hat ein außerordentlich umfangreiches Material gegen Münter zusammengetragen. An sich mag es vielen widerstreben, einen Toten nachträglich noch moralisch zu vernichten, indessen handelt es sich hier einfach um einen Akt der ausgesprochenen Notwehr!

Die Verhandlungen beginnen morgen, am 30. Januar.

Elfaß-Lothringens und Preußens Beruf.

In der Debatte über die geplante Verfassung für Elfaß-Lothringen, die in erster Lesung am Sonnabend zu Ende gebracht wurde, ergriff auch der Reichsanwalt v. Bethmann Hollweg das Wort. Und nachdem wie schon von seinen Mitarbeitern benommen hatten, welche Aufgaben die amtierende Bureaokratie eigentlich dem Lande Elfaß-Lothringen im Reichsganzen zuweisen will, ergänzte der Oberbureaokrat diese staatsrechtliche Debatte noch dadurch, daß er auch aus dem Beruf, den Preußen seiner Ansicht nach in Deutschland erfüllt, Gründe für die Einschränkung der Bürgerrechte in Preußen herleitete.

Den Elfaß-Lothringern und den Preußen ist also nach dieser Bureaokratischen Auffassung, die bei einem Teil der bürgerlichen Parteien Widerhall findet, das gemeinsam, daß sie im Interesse des Reiches nicht einmal des Nahes staatsbürgerlicher Rechte teilhaftig sein dürfen, das immerhin den übrigen Reichsbürgern von einer väterlich sorgenden Beamtenchaft gewährt werden kann.

Reichsbürger milderer Rechts haben also die Preußen zu bleiben wie die Elfaß-Lothringer. Nur die Gründe für das Heloten-tum beider sind verschieden, und auch die Rechtsbeschränkung setzt in beiden Ländern ein an anderen Stellen.

Weshalb soll Elfaß-Lothringen nach der Auffassung der amtierenden Bureaokraten nicht ein Bundesstaat werden können mit den gleichen Rechten wie jeder andere Bundesstaat?

Weil Elfaß-Lothringen als Glacis, als Festungsvorland zur Verteidigung Deutschlands gegen Frankreich erworben wurde. Da der militärische Gesichtspunkt ausschlaggebend war für seine Erwerbung, soll er auch dauernd maßgebend bleiben für die staatsrechtliche Stellung Elfaß-Lothringens im Reichsganzen. Nach dieser Auffassung vertritt es sich nicht mit dem Glacischarakter der Reichsländer, daß die Elfaß-Lothringer in der Wahrnehmung ihrer Landesangelegenheiten etwa ebenso unabhängig sind von Berlin, wie die Bayern oder Württemberger. Irgendeine dunkle Gefahr für das Reich laus angeblich daraus entstehen, wenn die Elfaß-Lothringer sich selbst regieren. Abgesehen davon, daß die Angstpatrioten, die mit solchen Schreckgespenstern operieren, gar nicht einmal sich bemühen, die Gefahr durch Tatsachen zu erhärten, liegt es doch auf der Hand, daß es völlig belanglos ist für die Verteidigung Deutschlands gegen einen befürchteten französischen Angriff, welche staatsrechtliche Stellung das Reichsland im Reich einnimmt. Denn mag die Landesorganisation und Landesverfassung beschaffen sein wie sie will, davon werden nicht die militärischen Maßregeln, die dort nach Ansicht der maßgebenden Gewalt zu ergreifen sind, irgendwie beeinflusst. Straßburg und Metz können genau nach derselben Methode besetzt werden, genau die nämliche Truppenzahl kann im Lande garnisonieren, die elfaß-lothringischen Truppen können genau so dem Reichsheer eingegliedert werden, mag die Verfassung des Landes so oder so gestaltet sein, mag Elfaß-Lothringen im Bundesrat vertreten sein oder nicht.

Was aber die Imponderabilien der Politik anbetrifft, das Gefühl der Zuneigung oder Abneigung gegenüber dem Reich bei den Elfaß-Lothringern, was allerdings für den unvorhersehblichen Fall eines Krieges eine gewisse Rolle spielen könnte, so wird durch die staatsrechtliche Zurücksetzung der Elfaß-Lothringer die Abneigung gegen das Reich mit eben der Sicherheit gestärkt, wie durch die staatsrechtliche Gleichstellung mit den übrigen Deutschen die Zuneigung gefördert werden könnte. Verschiedene Redner, besonders nachdrücklich auch der Vertreter Straßburgs, General v. Böttke, wiesen deshalb in der Debatte auch mit Recht auf das glänzende Beispiel hin, das die Engländer nach der Erhebung des Traubbaats und des Orange-Freistaats durch die baldige Erteilung voller Bürgerrechte an die Buren gegeben haben. Mit welchem Erfolge, zeigt die Entwicklung des südafrikanischen Bundes. Aber daß man ein Volk durch Verweigerung von Rechten entfremdet, durch Gewährung voller Freiheit gewinnt, will natürlich nicht in den Kopf borsischer Polizeibureaokraten.

Die nämliche Denkungsweise ist es denn auch, die die nämlichen Staatsweisen, wenn auch auf anderen Wegen, dazu bringt, den Preußen das gleiche Wahlrecht vorzuenthalten, das die Angehörigen anderer Bundesstaaten haben und das allen Deutschen, auch den Preußen, als Reichsbürgern zusteht.

Im Reichstag war von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß die Preußen von ihrer Regierung noch nicht einmal desjenigen Wahlrechts für würdig erachtet werden, das den Elfaß-Lothringern zugesprochen ist und das, so mangelhaft es ist, doch immerhin hoch über dem elenden und widersinnigen Dreiklassenwahlrecht in Preußen steht. Der deutsche Reichsanwalt und preußische Ministerpräsident erwiderte darauf, die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen würde zur Desorganisation des Reichs führen. Preußen müsse sein Wahlrecht so gestalten, daß es eine konstante staatsverhaltende Reichspolitik führen kann. Man muß diese Behauptung ausführlich im Zusammenhang des Berichtes lesen, um sich über ihre ganze Ungeheuerlichkeit klar zu werden. Daß diese Ausführungen gleichzeitig eine Verurteilung des Reichstagswahlrechts enthalten, wird natürlich von dem Philosophen der Bureaokratischen Staatsauffassung wieder bestritten werden, wie er es vor kurzem mit gleichartigen Ergüssen gemacht hat. Doch das ist ein Kapitel für sich. Hier kommt es auf die Helotenstellung an, die er im Reich den Preußen zuweist. Sie dürfen nicht das Reichstagswahlrecht oder auch nur ein annähernd soweit gehendes Recht erhalten, damit Preußen eine konstante staatsverhaltende Politik führen kann. Das heißt, das Bureaokratisch-junkerliche Regierungssystem in Preußen darf nicht durch ein demokratisches Wahlrecht gefährdet werden, damit die verjüngerte Bureaokratie, die die preußischen Staatsgeschäfte leitet, auch im Reich unbeirrt das nämliche veraltete Herrschaftssystem zur Geltung bringen kann wie bisher; einem auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählten Reichstag zum Trotz, wenn je eine andere Mehrheit als im preußischen Landtage sich dort herausbilden sollte.

Oder mit anderen Worten: Die Preußen müssen, was für Rechte in den anderen Einzelstaaten die Staatsbürger auch sonst genießen mögen, stets entrechtete Heloten bleiben, damit die Minderheitsherrschschaft der Junker und Bureaokraten nicht nur in Preußen selbst, sondern durch die Machtmittel Preußens auch im Reich dem deutschen Volke dauernd auferlegt bleibt.

Daß diese Gedanken hinter dem staatsrechtlichen Philosophischen des Herrn v. Bethmann Hollweg verbergt waren, haben wir stets gesagt, daß er sie endlich einmal unverhohlen zum Ausdruck gebracht hat, ist erfreulich. Mit diesem Eingeständnis wird man die Aufführung über die Unhaltbarkeit unserer Zustände um so leichter betreiben können.

Den Elfaß-Lothringern rufen wir zu, wollt Ihr dauernd Deutsche zweiter Klasse bleiben, weil es angeblich Elfaß-Lothringens Beruf ist, Deutschlands Glacis zu sein? Den Preußen rufen wir zu: Wollt Ihr dauernd Deutsche zweiter Klasse bleiben, weil es angeblich Preußens Beruf ist, ein Werkzeug zu sein in den Händen der junkerlich-bureaokratischen Regierung zur Anhebung des Deutschen Reiches im Interesse einer selbstthätigen Herrschaftsklasse?

Wollt Ihr das nicht, dann rafft Euch auf zum unbedroffenen Kampf für ein freies, gleiches Wahlrecht wie für die Selbstregierung des Volkes im Reich und in allen seinen Einzelstaaten!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Januar 1911.

Innere Kolonisation und Landerbeitermangel.

Das Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung zu Ende beraten. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Frage der inneren Kolonisation und des Landerbeitermangels. Redner aller bürgerlichen Parteien bekannten sich zu den von der Regierung angebotenen Maßnahmen zur Förderung der inneren Kolonisation. Die Konservativen verbanden damit die bekannten Klagen über die Arbeiternot auf dem Lande, für die sie, wie stets, die Industrie verantwortlich machten, ohne jedoch auf die tieferen Ursachen der Landflucht einzugehen. Als besonders warmer Anhänger des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft entpuppte sich Dr. Bachnick von der fortschrittlichen Volkspartei, der energisch für eine Bauernpolitik eintrat und sich dahin äußerte, daß liberale Politik Bauernpolitik sei. Der fortschrittliche Redner erging sich also in ähnlichen Uebersetzungen, wie die Agrarier. Aber trotz des von ihm konstatierten Gegensatzes zwischen agrarischer und liberaler Politik will er doch den Agrariern nicht wehe tun. Das liegt in seiner Natur nicht, und deshalb verlangt er nicht etwa die gänzliche Verjüngung der Jölle, sondern nur die patriotische Behandlung von Industrie- und Agrarjölle. Trotz dieses freundlichen Entgegenkommens rühten die Agrarier mit einem deutlichen Ausdruck von Herrn Bachnick ab und gaben ihm den Rat, seine Ansichten lieber einmal in Bauernabermählungen zum besten zu geben, weil das die geeignetste Art sei, die Bauern zu Anhängern der konservativen Partei zu machen. Wann wird Herr Bachnick endlich zu der Einsicht kommen, daß es mit der Modära zu Ende ist und daß die Konservativen von liberalen Annäherungsversuchen nichts mehr wissen wollen, weil sie es lieber mit dem Zentrum halten?

Nach Erledigung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung begann die Beratung des Gesetzentwurfs, der nach Ansicht der Mehrheit des Dreiklassenparlamentes bekanntlich der wichtigste aller Etats ist. Die Mehrheit des Volkes denkt darüber freilich anders, aber Parlamentsmehrheit und Volksmehrheit decken sich in Preußen eben nicht.

Am Montag wird der Etat weiter beraten. Die Gesetzentwürfe über den Zweckverband sollen, obwohl der Minister des Innern um sofortige Beratung gebeten hat, auf einmütigen Wunsch aller Parteien erst nach Erledigung des Justizetats in Angriff genommen werden.

Geschäftsdispositionen des Reichstags.

Der Seniorenkonvent trat heute aufs neue zusammen, um das Arbeitspensum festzustellen, das durch die lange Dauer der zweiten Lesung des Wertzuwachssteuergesetzes abzuändern notwendig wurde. Man kam überein, daß Montag zunächst der kleine Gesetzentwurf betreffend die bei einem obersten Landesgericht einzulegenden Revisionen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten beraten werden soll, alsdann Petitionen. Dienstag und Mittwoch hofft man die dritte Lesung des Wertzuwachssteuergesetzes erledigen zu können. Alsdann tritt eine Pause bis Montag, den 6. Februar, ein. Am 6. Februar beginnt die zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes, die man bis zum 11. Februar beenden will. Am 13. Februar soll alsdann unter allen Umständen die zweite Lesung des Etats beginnen.

Parlamentarischer Anstand.

Herr v. Kröcher, der wohlwollende und geistreichende Präsident des preußischen Dreiklassenparlamentes, hat bekanntlich auf die treffende Antwort, die ihm der Genosse A. Hoffmann erteilte, mit der nichts weniger als witzigen trivialen Behauptung repliziert, Hoffmann habe nicht nur die Ordnung des Hauses, sondern auch das Ansehen des Parlaments in einer in Deutschland noch nicht dagewesenen Weise verletzt. Daß diese Meinung des Herrn v. Kröcher, wie so viele seiner Meinungen, unrichtig ist, haben wir bereits im Leitartikel der Freitagnummer nachgewiesen. Der Kriegsminister v. Moon hat lange vor Hoffmann im Reichstag genau in derselben Weise das Wort „Unverschämtheit“ gebraucht.

Jetzt veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ eine andere parlamentarische Reminiscenz aus dem Reichstage, die beweist, daß der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg im Jahre 1898 sogar den Kriegsminister v. Moon noch um ein Beträchtliches in der Schmälderung des „Ansehens des Hohen Hauses“ überboten hat. In der Reichstagsitzung vom 17. Juni 1898 hatte der Abgeordnete Bebel bei Gelegenheit einer Interpellation Hompesch über das Jesuitengesetz mit Bezug auf den Kulturkampf gesagt, hier wie auf anderen Gebieten sei „in der Beurteilung geistiger Strömungen der große Staatsmann Fürst Bismarck ein kleiner jammervoller Stümper“ gewesen. Hierauf gab nun der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg folgende Antwort (Sten. Berichte S. 2063 D):

... wenn er (der Abgeordnete Bebel) den Fürsten Bismarck einen kleinen, jammervollen Stümper genannt hat, so meine ich, daß der Fürst Bismarck sich in der bekannten Rolle des Rindes zu einem gewissen Grad befindet. Ich meine, daß Fürst Bismarck sich das ganz ruhig gefallen lassen kann, ohne deswegen eine Minute seines ruhigen Schlafes zu opfern; aber wenn im Deutschen Reichstag derartige Gefüge werden kann, so fällt es nicht auf den Fürsten Bismarck, sondern man darf dann von einem jammervollen, stümperhaften, talklosen Präsidium sprechen, das so etwas nicht rügt!

Also sprach ein Mitglied der Rechten, ohne im geringsten persönlich provoziert zu sein, von — einem freisinnigen Vizepräsidenten, dem Abgeordneten Schmidt (Eiberfeld), der gerade amtierte. „Große Unruhe und lebhafter Bewegung im ganzen Hause“ verzeichnet hierzu der stenographische Bericht. Vizepräsident Schmidt (Eiberfeld) aber bemerkte:

Der Herr Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg hat soeben die Würde dieses Hauses in einer Weise verletzt, wie es wohl noch niemals vorgekommen ist. (Sehr richtig!) Ich rufe den Herrn Abgeordneten zur Ordnung. (Sehr gut!)

Diese wenigen Worte, nichts weiter. Es folgte damals auch sonst nichts; weder eine Protesterklärung der nichtantimilitarischen Parteien, noch etwa eine Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstags. Daß die Herren Antimilitaristen sich wegen der Aeußerung ihres Führers nicht entschuldigten, ist wohl eine unnötige Feststellung.

Ebensoviele ist etwas davon bekannt geworden, daß sich damals die Konservativen sonderlich über das Verhalten des Herrn Liebermann entrüstet hätten; sie schmunzelten vielmehr im Stillen darüber, daß der große Liebermann von Sonnenberg es dem freisinnigen Vizepräsidenten mal ordentlich gegeben hätte. Der Vorfall zeigt, wie erkünstelt die ganze heutige moralische Entrüstung der Herren ist, oder sollten sie vielleicht den Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg so viel tiefer einschätzen als den Genossen

Hoffmann, daß sie an ihn nicht die gleichen Anforderungen in bezug auf den sogenannten parlamentarischen Anstand stellen.

Jagows Kaiserrede.

Herr v. Jagow, Berlins weltberühmter Polizeipräsident, ist ein vielseitiger Mann. Nachdem er durch seine bekannten Verfügungen so viel für die Hebung des Plafonds geleistet hat, sucht er neuerdings auch die preußische Hofredakunst zu verbessern, und, wie anerkannt werden muß, sein erstes Debüt auf diesem Gebiet ist recht vielversprechend.

Die Gelegenheit zu diesem Debüt bot dem Leiter der Berliner Polizei die gestrige Kaisergeburtstagsfeier. Wie so manche anderen Beamten hatten sich gestern auch die höheren Angestellten des Berliner Polizeipräsidenten zu einem schönen Festmahle zusammengefunden. Als alles in schönster Stimmung war, stand Herr v. Jagow auf, um seine Meinung über die Moabitischen Urnen und die segensreiche Tätigkeit der Berliner Polizei auszusprechen. Er sagte:

„Meine Herren! Bebel sagte in Magdeburg: „Der preußische Staat ist ein ganz anderes Ding, als jeder andere Staat; er ist in seiner Art einzig in der Welt; aber wenn wir einmal diesen Staat in der Gewalt haben, haben wir alles.“ Nun, meine Herren, in der Abwehr einer derartigen, mit so erschwerender Offenberzigkeit dem preußischen Staate angebrochenen so selbstverleumdenden Gewalt Herrschaft hat das königliche Polizeipräsidentium der Reichshauptstadt die Ehre, in erster Reihe zu stehen, voran unsere brave Schützmannschaft, und ich benutze den heutigen patriotischen Tag, um — gegenüber ungezählten Angriffen, Entsprungen aus Phantasie, Suggestion, System — auch an dieser Stelle grund eingehendster Aufmerksamkeit es auszusprechen, daß der Ehrenschild unserer Schützmannschaft rein ist. Sie hielt tadellose Mannesucht. Auch die Preußischen schienen ja 1870 ihren Gegnern Barbaren. Viel Feind, viel Ehr! Wer seine Pflicht erfüllt, ist gepanzert gegen die Angriffe seiner Feinde. Durch ein halbes Jahrtausend waltet nunmehr in diesem Staate Brandenburg-Preußen das unvergleichliche Herrscherge-schlecht der Hohenzollern. Seit bald einem Vierteljahrhundert blickt Europa, blickt die Welt — bei jeder Auslandsreise empfinden wir es mit stolzer Genugtuung — ehrfurchtsvoll, manche Republik vielleicht mit Reiz, empor zu dem zeitigen Träger der Krone Preußens und des Deutschen Reiches. Wir aber, das Polizeipräsidentium Berlin, sind mit der besonderen Aufgabe des unmittelbaren Schutzes seiner Allerschärfsten Person betraut. Möge uns dies Vertrauensverhältnis Ansporn sein zu besonders treuer Pflichterfüllung! Erst am vorigen Sonntag ermiesen S. M. der Kaiser und S. M. die Kaiserin zahlreiche Beamten unserer Behörde die Huld persönlicher Ansprache. So sei denn, in tiefer Dankbarkeit, eines jeden von uns Bestreben, seinen Dienst stets so zu tun, daß er jederzeit vor dem forschenden Auge seines Königs bestehen könne. Wir geloben unwandelbare Treue mit dem Ruf: Unser uns von Gott gesegnet König S. M. Wilhelm II., unser Allergnädigster Landes-herr und oberster Kriegsherr hurra!“

Herr v. Jagow hat vom preußischen Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern recht schnell gelernt, wie man's macht, um in gewissen Kreisen Weisheit zu finden. In mancher Beziehung übertrifft er sogar bereits diese Staatsgrößen — im Wahren. Kein Einzelfall von polizeilicher Ausbreitung ist in Moabit vorgekommen; nur tadellose Mannesucht, treue Hingebung an den Beruf, Humanität und edle Menschenliebe haben dort, wie immer — jeden einzelnen Schützmann besetzt. Zwar haben Duhende von Zeugen das Gegenteil ausgesagt und beschworen. Auch haben zwei Gerichte in ihren Urteilen bestätigt, daß in mehreren Fällen grobe polizeiliche Ausbreitungen festgestellt worden sind. Doch was kümmern solche Gerichtsurteile das Polizeipräsidentium. Kein Schützmann hat auf Befragen erklärt, daß er Ausbreitungen begangen hat; und ebensowenig hat Herr v. Jagow etwas davon in den Polizeiakten gefunden — folglich sind keine polizeilichen Ausbreitungen vorgekommen. Alles tadellos!

Aber nicht nur diese eigenartige Auffassung ist bemerkenswert; noch charakteristischer ist, wie schon Herr v. Jagow auf dem Gebiete höfischer Diplomatie Weisheit weiß. Wie er seine Schützmannschaft als Vollwerter des Thrones preist und im gleichen Atem das unvergleichliche Herrscherge-schlecht der Hohenzollern feiert. Zwar trägt er zunächst noch die Farbe etwas düd auf — man merkt allzu deutlich die Abficht — doch was tut's, ungewisselhaft hat er Talent für das Fach des Hofmanns. Er hat, wie es scheint, tatsächlich die Karriere verfehlt.

Die römische Kurie und der preussische Staat.

Das bisher nur durch kurze Auszüge bekannt gewordene Schreiben des Papstes an den Erzbischof Fischer von Köln wird jetzt von verschiedenen Zeitungen im vollen Wortlaut veröffentlicht. Politisch interessant sind an diesem Schreiben besonders die Sätze über den Antimodernisteneid und die vom Papste ergebene Forderung, daß auch jene katholischen Professoren an staatlichen deutschen Hochschulen, die formell den Eid nicht abzulegen brauchen, doch diesen freiwillig leisten sollen, falls sie nicht als nicht feige Verleugner ihres katholischen Glaubens gelten wollen.

Es heißt nämlich in dem Schriftstück:

„Was die von uns aus Gründen der Vereinfachung den Bischöfen erteilte Ermächtigung zur Absetzung der Pfarren betrifft, so wundern wir uns nicht, daß alle, die für sich zu fürchten haben, dieser Bestimmung widerstreben und vielleicht gar von den Staatsbehörden verlangen werden, ihre Ausführung zu hindern. Obgleich nun der Gebrauch dieser Ermächtigung alle Umsicht und Behutsamkeit verlangt, wollen wir nicht, daß das Streben nach Vorzicht in Kleinmütigkeit ausarte und der Bischof aus unberechtigter Furcht vor äußeren Schwierigkeiten sich vor den Schritten scheue, die er als durchaus nötig fürs Seelenheil erkennt...“

Was die verabschiedeten Irrlehren der Modernisten betrifft, so haben wir im Gespräch mit Dir eine milde Auslegung der Vorschrift zugelassen und ausgesprochen, daß zu der von uns vorgeschriebenen Eidesformel durch jenes Motuproprio diejenigen Geistlichen nicht angehalten werden, die an staatlichen Hochschulen Theologie lehren. Dagegen lag und liegt es durchaus nicht in unserer Absicht, diejenigen von der allgemeinen Eidesverpflichtung auszunehmen, die als staatliche Lehrer zugleich ein Priesteramt als Prediger oder Weichtiger versehen, eine geistliche Pfründe inne haben oder irgendwelches kirchliche oder geistliche Amt bekleiden. Auch jene aber, die als staatliche Lehrer sich des Eides enthalten dürfen, werden vielleicht, falls sie vorziehen von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, noch keinen Verdacht gegen die Reinheit ihrer Lehmeinungen erwecken, aber sicherlich eine lässliche Unterordnung unter die Meinungen der Menschen bekunden, indem sie feige der Autorität über-jeneigen sich beugen, die nicht aus aufrichtiger Ueberzeugung, sondern aus Furcht gegen das katholische Bekenntnis mit lautem Schalle verkünden, durch solchen Glaubenseid werde die Würde der menschlichen Vernunft bergewälgt und der Fortschritt der Wissenschaft gehemmt. Daher empfiehlt sich nicht, die

Erklärung von diesem Eide aus anderer als der angegebenen Ursache zu gewähren. Uebrigens hegen wir die Ueberzeugung, daß gerade diejenigen, denen wir den Eid erlassen, behufs Befundung ihres männlichen Charakters, ihn vor allen anderen leisten und nötigenfalls dafür Schimpf erdulden werden: denn sie würden sich gewiß als des christlichen Bekenntnis unwürdig vorfinden, wenn sie sich schämten, zu Dienern unseres Herrn Christi zu gehören!

Die von dem preussischen Kultusminister Trost zu Solz vorgetragenen Erklärungen werden durch dieses Schreiben größtenteils ad absurdum geführt. Zwar hat die römische Kurie der preussischen Regierung zugestanden, daß die Religionslehrer an staatlichen Hochschulen nicht zur Ablegung des Antimodernisten-Eides gezwungen werden sollen, von hinten herum verlangt der Papst aber doch von ihnen den Eid, indem er die Unterlassung der Eidesleistung als unvereinbar mit der katholischen Gewissenspflicht bezeichnet und jene, die den Eid nicht freiwillig ablegen, für „unwürdig ihres christlichen Bekenntnis“ erklärt.

Die römische Kurie hat demnach die preussische Regierung wieder mal gründlich gesoppt. Ein Beweis dafür, wie hoch sie die Intelligenz dieser Regierung einschätzt. Die Kurie weiß, durch ihre unfähige Politik ist die Regierung in eine detestische Sackgasse geraten, daß sie die Hilfe des Zentrums notwendig gebraucht; und diese Tatsache nützt der Kurie zur Stärkung seiner eigenen Position gegenüber dem preussischen Staat nach allen Regeln diplomatischer Kunst aus. Das begreift trotz ihrer Liebäugerei mit dem Zentrum selbst die „Kreuz-Ztg.“. Entrüstet schreibt sie:

„Hiernach kann wohl kein Zweifel mehr bestehen, daß der Papst die Absicht hat, einen Konflikt mit der preussischen Staatsverwaltung herbeizuführen. Am Montag sagte der Minister D. v. Trost zu Solz, er sehe in der Wohnnahme, daß die katholischen Theologieprofessoren den Antimodernisten-Eid nicht zu schwören hätten, ein Anzeichen dafür, daß auch die katholische Kirche wünsche, das friedliche Nebeneinanderwollen von Staat und Kirche nicht gestört zu sehen. Diese Annahme stütze sich offenbar auf die dem Minister von deutschen kirchlichen Behörden gegebene Auslegung der Absichten der römischen Kurie. Diese Auslegung wird vom Papste in dem Schreiben vom 31. Dezember ausdrücklich zurückgewiesen und die Veröffentlichung des Schreibens unmittelbar nach jener Rede des preussischen Kultusministers kann nur als eine feindliche Gegendemonstration angesehen werden. Die Konsequenzen lassen sich zurzeit noch nicht übersehen. Man wird abwarten müssen, ob die Theologieprofessoren den Eid trotzdem verweigern und ob dann den jungen Alerixern der Besuch ihrer Vorlesungen „widerraten“ wird. In diesem Falle wären die theologischen Fakultäten ihres Zweckes beraubt und dem Untergange geweiht.“

Und die „Köln. Ztg.“ meint: „Das Jaubern und Abwarten der Staatsbehörde in dieser wichtigen Frage, das sich aus der unglücklichen politischen Konstellation erklärt, hat die Kurie in ihrer Stellungnahme bekräftigt und sie vielleicht dazu verlockt, das gefährliche Grenzgebiet zwischen Kirche und Staat nicht nur zu betreten, sondern sogar in Besitz zu nehmen. Der vom 31. Dezember datierte und jetzt trotz der Erklärung des preussischen Kultusministers veröffentlichte Brief des Papstes an den Kardinal Fischer zeigt, was eine jaubernde List gegenüber der Gewaltpolitik des Ultramontanismus wert ist. Es ist spät, aber noch nicht zu spät, dieser Gewaltpolitik ein entschiedenes „bis hierher und nicht weiter entgegenzurufen.“

„Vom Standpunkt der „Köln. Ztg.“ ist diese Forderung erklärlich. Aber besitzt die preussische Regierung auch die Fähigkeit und befindet sie sich ferner auch in der politischen Lage, irgend einen ernstlichen Konflikt mit der römischen Kurie auszusprechen?“

Reichsverbandssflugblätter als Lehrmittel.

Ein Schuldirektor in Waltershausen (Gotha) hat an die dortigen Lehrer und Lehrerinnen folgende Verfügung erlassen:

„Die Feier von Kaisers Geburtstag, mit der die Feier des 40. Reichsgeburtstages zu verbinden ist, soll am Freitag, den 27. Januar, vormittags, abgehalten werden.“

Das der „Waltershäuser Zeitung“ in der Donnerstagsnummer voriger Woche beigefügte Flugblatt des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie enthält beachtenswerten Stoff, auf den hiermit hingewiesen wird. Den Schülern der Klasse VIII sowie der S. R. ist am Donnerstag, den 26. Januar, in der letzten Stunde unter Angabe des Grundes zu sagen, daß Freitag schulfrei ist.

W., den 21. 1. 11. **Walt.**
Es handelt sich um das „sentimentale“ Reichsverbandssflugblatt: „40 Jahre Deutsches Reich“.

Kolonialwirtschaft

Beschäftigte dieser Tage das Kriegsgericht der 8. Division zu Halle a. S. Auf einer Bank bei Windhof und der während des Krieges dort etablierten „Truppenküche“ kam es im Jahre 1906 zu erheblichen Viehdiebstählen und unerlaubten Tauschgeschäften. Daran teilgenommen zu haben ist der Reichsadvokat Otto Striegler angeklagt. Er war „Truppenkuchener“ und soll als solcher über das ihm überantwortete Vieh häufig zum Nachteil des Bistums veräußert haben. So soll er mehrfach reife Ochsen gegen magere umgetauscht und dafür Tringelder bis zu fünf Mark erhalten haben. Demnach hätten den Löwenanteil an der Beute die Ankläger zu diesem unredlichen Tun genommen, die der Angeklagte nicht nennen will. Einmal tauschte er 10 fetten Ochsen gegen 10 magere um. Ferner tauschte er fünf tragende Schafe gegen nichttragende um, wofür er von einem Kaufmann 10 M. erhielt. Eine andere Beschuldigung lautete, daß er 24 Hammel gegen eine nicht ermittelte Entschädigung aus dem Truppenkuchentrakt verkauft habe. Empfänger dieser Herde soll ein Speisewirt gewesen sein, der ausfallend billig Fleisch verkaufen konnte. Dazu soll der Angeklagte noch sieben Ochsen an einen Farmer für den Preis von 1500 M. verkauft haben. Endlich vermutet man, daß er dem oben erwähnten Speisewirt fortgesetzt auch frisches Fleisch geliefert hat.

Der unredliche Schläger führte an, daß ihm mehrfach Vieh aus dem Stall ausgebrochen und nicht wiedergebracht sei. Den ihm beschriebenen Auslagen der Pereros usw. sei kein Gewicht beizumessen, da sie sich stets als unzuverlässig erwiesen hätten. Im übrigen ist er wegen ähnlicher Schandgeschäfte vor drei Jahren zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die diesmal zur Verhandlung stehenden Unterschleife wurden erst nachträglich entdeckt. Es scheint da unten demnach im großen „gearbeitet“ worden zu sein.

Dem Angeklagten war es im vorliegenden Falle hauptsächlich darum zu tun, daß Striegler dem deutschen Namen in Südwestafrika keine Ehre gemacht habe. Was nützen die Leute, die eben erst zum Christentum übergetreten seien, von diesem und dem Deutschtum denken. Durch solche Verfehlungen werde der Erfolg der Kolonisationsarbeit beeinträchtigt. Demgegenüber führte der Verteidiger an, daß Striegler nicht zur Verbreitung des Christentums nach Südwest, sondern zum Viehdiebstahl nach dort geschickt worden sei. Solche Erwägungen dürften nicht zur Strafverschärfung führen.

Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Die Kräfte-Reform.

Die an die Budgetkommission zurückverwiesene Fernsprech-Gebührenordnung soll auf Wunsch der Regierung bereits in der nächsten Woche einer erneuten Beratung unterzogen werden. Der Regierungswunsch, die Vorlage auf jeden Fall noch in dieser Session zu erledigen, soll von den Konservativen und dem Zentrum unterstützt werden. Zu Beginn der nächsten Woche soll ein Kompromiß abgeschlossen werden, nach dem die Grundgebühr erhöht werden soll und die pauschalierte Gesprächsgebühr eine Ermäßigung erfahren soll. Der Entwurf soll noch im Februar in zweiter Lesung vom Plenum verabschiedet werden.

Reichstagswahlwahl im Siebener Wahlkreise.

Die Reichstagswahlwahl im ersten hessischen Wahlkreise (Sieben-Grünberg-Ridda) findet der „Darmstädter Zeitung“ zufolge am Freitag, den 10. März, statt.

England.

Die englische Arbeiterpartei.

Der Bericht der Arbeiterpartei zu der Anfang Februar in Leicester stattfindenden Jahreskonferenz ist soeben erschienen. Er enthält viel interessantes Material über die Wahlen, die allgemeine politische Lage und die Folgen des Osborne-Urteils.

Das Ergebnis der Wahlen, ein Reingewinn von zwei Mandaten für die Arbeiterpartei, erklärt der Bericht unter den obwaltenden Umständen für durchaus zufriedenstellend. Das finanzielle Hindernis des Osborne-Urteils und die Gültigkeit der veralteten Wählerlisten erschweren die Lage der Partei ganz außerordentlich. Der Bericht weist aber auch darauf hin, daß in mehreren Wahlkreisen „eine beklagenswerte Schwäche unserer Organisation“ zutage trat, und auf diesen Umstand führt der Bericht den Verlust der drei Wahlkreise zurück. Der Bericht klagt ferner darüber, daß in vereinzelten Fällen Kandidaten, die die Parteistatuten unterzeichneten, später gegen deren Bestimmungen handelten und ihr gegebenes Wort brachen, um einige Stimmen zu ergattern. Das könne nicht geduldet werden. Die betreffenden Vorkommnisse würden gegenwärtig von der Partei untersucht. Im ganzen wurden in den letzten Wahlen auf die Arbeiterpartei abgegeben 370 802 Stimmen, was im Vergleich mit den Januarwahlen einem Rückgang von 134 888 Stimmen gleichkommt. Dieser Rückgang ist aber fast gänzlich auf die alten Wählerlisten und auf die geringe Anzahl der Arbeiterkandidaturen zurückzuführen.

Die Mitgliedschaft der Partei ist gleichfalls zurückgegangen. Sie beträgt jetzt 1 842 610, während sie sich am Anfang des Berichtsjahres auf 1 458 308 belief. Die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften ist von 172 auf 187 zurückgegangen, ebenso die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaftszweige und lokalen Arbeiterorganisationen von 155 auf 125. Dieser ganze Rückgang ist ausschließlich auf das Osborne-Urteil zurückzuführen, indem einer Anzahl von gewerkschaftlichen Organisationen die Parteimitgliedschaft durch gerichtliche Injunktionen untersagt worden ist. Zur Partei gehören ferner die sozialistische Unabhängige Arbeiterpartei (I. A. P.) mit 28 000 Mitgliedern, die ebenfalls sozialistische Fabianische Gesellschaft mit 3377 Mitgliedern, die Arbeiterinnenliga mit 4000 und eine Konsumgenossenschaft mit 760 Mitgliedern. Die Entwicklung der Arbeiterpartei seit ihrer Gründung im Jahre 1900 läßt sich an folgender Tabelle überblicken. Ihre Mitgliederzahl betrug:

1900/01	875 981	1906/07	998 888
1901/02	489 311	1907	1 072 413
1902/03	881 150	1908	1 158 595
1903/04	968 800	1909	1 486 308
1904/05	900 000	1910	1 842 610
1905/06	921 280		

Die Einnahmen und Ausgaben der Partei waren im Berichtsjahre fast doppelt so groß als im vorhergehenden, was sich daraus erklärt, daß beide allgemeinen Wahlen in dieses Jahr fielen. Die Einnahmen betragen rund 100 000 M., die Ausgaben etwa 5000 M. weniger. Die Einnahmen zum separat verwalteten Parlamentarischen Fonds betragen rund 250 000 M., die Ausgaben fast 880 000 M. Die angeschlossenen Ausgaben erklären sich daraus, daß die amtlichen Wahlkosten in den beiden Wahlen auf diesem Fonds gedeckt wurden, aus dem Anwachsen der Zahl der Parlamentarier der Partei, die aus diesem Fonds ihre Gehälter beziehen und schließlich aus dem Umstand, daß die Partei vorläufig auch die Wahl- und Unterhaltskosten jener Abgeordneten deckt, deren Organisationen infolge des Osborne-Urteils jetzt zu den Parteifonds nicht beisteuern dürfen.

Mit dem Osborne-Urteil beschäftigt sich der Bericht sehr ausführlich. In einer Tabelle werden die Widersprüche der verschiedenen richterlichen Instanzen, aber auch der 5 Lordrichter untereinander recht überschüssig aufgedeckt und einer unerbittlichen Kritik unterzogen. In diesem Zusammenhange lenkt der Bericht die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die zunehmende Sittlichkeit der Richter, sich bei ihren Urteilen von ihren politischen Vorurteilen leiten zu lassen. Wenn das englische Richteramt, erklärt der Bericht, von Leuten besetzt ist, die nicht die erforderliche Selbstkontrolle und gewöhnlichen Anstand besitzen, und wenn solche Richter nicht entfernt werden, dann wird die allgemeine Achtung und die feste Stellung, die die englische Justiz sich erworben hat, nicht sehr lange dauern.

Infolge des Osborne-Urteils haben bisher 23 Organisationen gerichtliche Injunktionen erhalten, von denen 20 Abgeordnete direkt betroffen sind. Mit Bezug auf die in Zukunft zu unternehmenden Schritte führt der Bericht aus, daß das vom Ministerpräsidenten vor den Wahlen abgegebene Versprechen viel zu unbestimmt und zweideutig ist und daß die Partei von neuem auf die Widerrufung des Osborne-Urteils drängen wird.

Rußland.

Das Verbot von Studentenversammlungen.

Aus Petersburg wird vom 25. Januar geschrieben: Der Kampf der Regierung gegen die Studentenschaft wird immer scharfer. Nachdem sie bereits Hunderte von Studenten mit Geld- oder Gefängnisstrafen belegt, nachdem sie mehrere Tausende relegiert, bezug in die Verbannung verschickt hat, kommt sie jetzt mit einem allgemeinen Verbot von Studentenversammlungen. Es heißt zwar in dem Beschluß des Ministerkabinetts nur, daß studentische Versammlungen nicht mehr in den Räumen der Hochschulen abgehalten werden dürfen, aber dies kommt in Rußland einem allgemeinen Verbot gleich, da sonstwie jegliche studentische Zusammenkunft erst recht auf strengste Verfolgung wird. Der bereits offiziell veröffentlichte Beschluß des Kabinetts bedeutet einen harten Schlag für das studentische Leben und für die akademische Freiheit. Gibt es doch in allen Hochschulen eine ganze Reihe von studentischen Einrichtungen, Diskussions u. dgl., deren Tätigkeit von jetzt ab lahmgelegt wird. Der scharfe Ton, der im genannten Beschluß gegenüber den Hochschulverwaltungen und der Studentenschaft angeschlagen wird, die Drohung mit der Polizei und die Anweisung an diese, ohne Höflichkeit sofort einzuschreiten, werden sicherlich nur dazu dienen, dieörung innerhalb der Studentenschaft zu verstärken. Unabsehbar sind aber die Folgen für jene Momente, da die Studentenschaft, durch außerordentliche Brutalitäten gereizt, ihren Gefühlen in Demonstrationen Luft zu machen suchen werden. Die Zusammenstöße werden dann unvermeidlich sein und verhängnisvolle Krisen nach sich ziehen.

Aus Industrie und Handel.

Das Holzgeschäft des preussischen Forstbestandes.

Die jüngsten Ziffern der forstlichen Holzverkäufe stammen aus dem Jahre 1908. Nach ihnen hat der preussische Staat 11 977 836 Festmeter Holz aus „seinen“ Forsten schlagen lassen, der Geldwert dieser Mengen beträgt 118 046 270 M. Der Vorrat betrug 16,8 Millionen Mark. Es verteilt sich die Gesamtmenge in folgende Eingelassen:

Bau- und Nutzholz	6 262 857 Festmeter	88 056 950 M.
Brennholz	5 704 740	29 989 320

Die Forstholzernte betrug bei dem ersteren 28 000 und dem letzteren rund 1 648 000 M. Die größten Holzmenzen liefern die forstlichen Waldbesitzungen in den Regierungsbezirken Kassel, Marienwerder, Potsdam, Allenstein, Frankfurt und Posen.

Besonders beachtlich erscheint eine Tabelle, die zeigt, daß der preussische Staat seit 1896 für den Festmeter Holz ständig steigende Preise erhielt. 1908 zeigt einen kleinen Rückgang, der sich durch die Abschwächung der Konjunktur erklären läßt.

Preise in Mark für den Festmeter:

Rechnungsjahr	Holz überhaupt	Bau- und Nutzholz	Brennholz
1896	6,70	10,89	8,91
1897	7,44	11,78	4,91
1898	8,01	12,54	4,92
1899	8,72	13,48	4,49
1900	9,43	14,26	4,90
1901	8,79	13,09	4,89
1902	7,78	12,08	4,35
1903	8,70	12,47	4,80
1904	9,21	13,20	4,48
1905	9,78	14,14	4,76
1906	10,11	14,72	5,04
1907	10,67	15,21	5,35
1908	9,86	14,06	5,26

Seit dem Rechnungsjahre 1896 ist das Bau- und Nutzholz im Werte pro Festmeter um 35 Proz. gestiegen, dagegen machte das Brennholz einen Sprung von 47 Prozent. Das Geschäft blüht also!

Fusion Krupp-Weisfällische Drahtindustrie. Die Friedrich Krupp-Alliengeseellschaft übernimmt 6 Millionen Mark neu zu schaffende, nur bis zu 4 Proz. mit Vorrück am Gewinn teilnehmende Vorrückaktien der Weisfällischen Drahtindustrie und hat sich vom 1. Juli 1911 ab auf die Dauer von 30 bezw. 40 Jahren den maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsführung der Gesellschaft gesichert.

Abbruch der Holzmannen. Aus Washington wird unterm 28. Januar gemeldet: Präsident Taft hat den Kongreß den Gegenstandsvertrag mit Kanada mit einer längeren Wartezeit überlassen, in der er dringend die Ratifizierung des Vertrages empfiehlt. Der Vertrag sieht Gegenstandsvertrag vor für die Hauptnahrungsmittel, Getreidearten, Obst, Vorkerprodukte, Gemüse, Fleisch, Geflügel und Fisch. Zollfrei werden Baumwollsamens, rohes Bauholz, Zinnplatt, Drähte, Mariengras, Gips und Trudpapier. Gegenständig berabgelegt werden die Raten für Motorfahrzeuge, Messer, Schmiedewaren, Uhren, Lederwaren, landwirtschaftliche Geräte und Eisenzeug. Der Gesamtbetrag der von den Vereinigten Staaten zugestandenen Holzmannen beläuft sich auf 4 850 000 Dollars. Kanada ermäßigt seine Zölle um 2 660 000 Dollars.

Ein 1. 1. Donau-Schiffahrtskartell. Zwischen der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, der Sächsischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und der Ungarischen Fluß- und Seeschiffahrtsgesellschaft ist ein Kartell geschlossen worden, das die Tarife erhöht und die Frachtbegünstigungen geregelt hat. Dieses Kartell kann nur mit Äpfeln und Äpfeln der Wiener Regierung geschlossen worden sein, die ohne Befragung des Parlaments übrigens die Mehrheit der Sächsischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft aufgekauft hat und die der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft erst letzthin die Jahressubvention von 1 200 000 Kronen verträglich erhöht hat. Selbstverständlich aber ist der christlichsoziale Handelsminister Weiskirchner, der diese Dinge macht, ein prinzipieller Gegner der Kartelle und des Großkapitals. Das sind sie ja alle ...

Textilfabriken in den Vereinigten Staaten.

Die Textilindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika konnte im Jahre 1910 die Zahl der vorhandenen Textilfabriken um weitere 274 (einschließlich der am Schlusse des Jahres noch nicht vollendeten Neubauten) vermehren. Die Gesamtzahl bleibt zwar hinter der für das Vorjahr zurück, doch sie ist größer als die für 1908 und 1907.

Außer in Massachusetts hat sich die Zahl der Baumwollfabriken 1910 um 13 vermehrt, in North-Carolina um 10, in Rhode-Island um 9, in Süd-Carolina um 6, im Staate New York und in Pennsylvania um je 5 usw. Infolge dieser Neuanerwerbungen hat sich in New England die Zahl der Spindeln um 468 714 (gegen 599 000 für 1909) und die der Webstühle um 6117 erhöht, in den Südstaaten um 214 028 (527 428) bezw. 3738 und in den übrigen Staaten um 72 500 (79 064) bezw. 388. Die Gesamtzahl der 1910 hinzugekommenen Spindeln (696 242) bleibt wesentlich hinter der für 1909 (1 208 496) zurück. Doch man muß bis auf das Jahr 1902 zurückgehen, um eine größere Ziffer als die letztjährige angustreffen.

In Wollen- und Kammgarnfabriken sind im letzten Jahre in den New Englandstaaten (Connecticut 5, Massachusetts 6 und Rhode-Island 2) 13 erbaut worden; in den Mittelstaaten (New Jersey 1, New York 4 und Pennsylvania 9) 14 und in den westlichen Staaten (Ohio 3 und Washington 1) 4; somit zusammen 31 gegen 47 im Jahre 1909.

In Seidenfabriken sind im letzten Jahre allein in New Jersey 14 hinzugekommen, darunter 10 Stoffwebereien und 2 Spinnereien; in Pennsylvania 15, darunter 6 Stoffwebereien, 4 Webwebereien und 3 Zwirnereien; je eine Seidenfabrik ist in Kalifornien, Connecticut, Massachusetts, New York und Rhode-Island erbaut worden. Insgesamt sind es 18 neue Stoff-, 6 Webwebereien, 4 Zwirnereien und 3 Spinnereien; dazu kommen 6 sonstige neue Fabriken der Seidenindustrie.

Die größte Unternehmungslust hat sich im letzten Jahre hinsichtlich des Baues von Wirkwarenfabriken befunden. Tatsächlich ist noch in keinem früheren Jahre eine so große Zahl neuer Fabrikunternehmungen dieser Art zu melden gewesen, und das ungeachtet dessen, daß für Wirkwaren übermäßiger Wettbewerb die Preise auf einen nahezu verdrücklichen Tiefstand herabgedrückt und im Laufe des letzten Jahres mehrere Wirkwarenfabrikanten zur ZahlungsEinstellung genötigt hat. Die Ermüdung für den Neubaub solcher Fabriken liefert die Entwicklung der Industrie. Die meisten derartigen Fabriken sind 1910 in Pennsylvania erbaut worden, nämlich nicht weniger als 55. Dann folgen: New York mit 13, North-Carolina mit 8, Massachusetts mit 5, New Jersey und Wisconsin mit je 4, Michigan, Ohio und Virginia mit je 3, Illinois, Indiana, Washington, Georgia und Tennessee mit je 2, sowie Connecticut, New Hampshire, Rhode-Island, Oklahoma und Louisiana mit je einer neuen Wirkwarenfabrik.

Der Kapitalismus in Japan hat im Jahre 1910 weitere Fortschritte gemacht. Nach den Erhebungen der Bank von Japan wurden im Jahre 1910 in Aktien-Gesellschaften und Gef. m. b. H. 268 Mill. Yen für Kapitalerhöhungen investiert. Von diesen 459 Mill. entfallen nicht weniger als 173 Mill. auf die elektrischen Unternehmungsgebiete.

Gewerkschaftliches.

Kein internationaler Seemannstreik!

Von der Internationalen Transportarbeiter-Federation erhalten wir eine Zuschrift, in der wir gebeten werden, die nachfolgende Mitteilung der Öffentlichkeit zu übergeben:

Erst vor einigen Wochen waren wir gezwungen, Gerüchten entgegenzutreten, wonach im Frühjahr 1911 ein allgemeiner Seemannstreik, von England ausgehend, beginnen soll. Es war in diesen Mitteilungen der Presse darauf hingewiesen worden, daß die kontinentalen Verbände der Seeleute den Beschluß gefaßt hätten, gemeinschaftlich mit dem englischen Verband zu der angegebenen Zeit in den Streik zu treten. Wir, als die zuständige Instanz, erklärten dazu, daß ein solcher Beschluß nicht existiert und warnten alle die der Internationalen Transportarbeiter-Federation angeschlossenen Organisationen davor, sich durch sensationelle Zeitungsnachrichten etwa täuschen zu lassen. Jede Organisation möchte sich deshalb vor Schaden hüten und den nicht von uns herkommenden Nachrichten keinen Glauben schenken, denn der Zentralrat lehne für alle daraus entstehenden Folgen jede moralische und finanzielle Verantwortung entschieden ab. Neuerdings meldet nun wiederum der Telegraph aus London und New York, daß ein weitreichender Ausstand der Seeleute und Transportarbeiter bevorstehe, an dem auch die Seeleute in Deutschland, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien, Dänemark und Nordamerika teilnehmen würden. In England würde der Streik für die Zeit der Krönung des Königs vorbereitet. Der Ausstand sei unter den gegenwärtigen Umständen unvermeidlich. Die Pläne jedoch müßten geheim gehalten werden. Der Ausstand werde, wenn er statthände, innerhalb 24 Stunden in britischen, deutschen und amerikanischen Häfen begonnen. Diese Leute, die auf eine solche Art die „geheimen Pläne“ ausplaudern, die sich jeden Tag mehrere Male interviewen lassen, damit ihre Weisheit in alle Welt hinaustelegraphiert werden kann, sind natürlich von keinem die Verhältnisse kennenden Menschen ernst zu nehmen, denn es sind Schwäger. Uns ist von geheimen Plänen nichts bekannt. In Kopenhagen ist auf dem internationalen Kongreß von den Vertretern der seemannischen Organisationen das Versprechen gegeben worden, in der Streikfrage nichts zu unternehmen, was nicht in Einklang mit den von den allein zuständigen Körperschaften gefaßten Beschlüssen zu bringen sei. Ein Beschluß über die Durchführung eines internationalen Seemannstreiks liegt nicht vor. Trotzdem wird hintertäts versucht, durch Verteilung von in englischer Sprache verfaßten Flugblättern in Häfen des Kontinents, für den internationalen Streik in einer Art und Weise Propaganda zu machen, die ein Hohn ist auf jede gesunde und vernünftige Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftstaktik. Das Flugblatt trägt den Titel: „International Seamen's Strike“ und ist unterzeichnet: „By Order of the Committee of the international Movement“. Wer ist dieses „Committee“? Wo hat es seinen Sitz? Wer hat es eingesezt? Wer gab ihm den Auftrag, ein solches Flugblatt herauszugeben? Wir stehen zu dem Flugblatt in feindlicher Beziehung. Es ist unbedingt notwendig, daß den Verbreitern solcher Flugblätter, die im Auftrag eines Komitees herausgegeben werden, welches sich im Dunkeln verbirgt, von den Mitgliedern der uns angeschlossenen Organisationen in ganz energischer Weise das Handwerk gelegt wird.

Der Zentralrat der Internationalen Transportarbeiter-Federation. Im Auftrage: S. Jochade.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter haben vorige Woche eine Bautenkontrolle vorgenommen, um zu erfahren, wie die Arbeitslosigkeit im kommenden Frühjahr sein wird. Ermittelt wurden 530 Bauten, davon waren 268 Bauten dritter Klasse oder sogenannte „Klamottenbauten“, 195 Bauten zweiter Klasse und 76 Bauten erster Klasse. Nur 50 Bauten, wo Arbeiter arbeiteten, waren in Angriff genommen. Die Konjunktur wird als ziemlich gut angesehen, denn die Anzahl der Bauten wird für den Sommer noch größer sein. — Die Arbeiter hörten den Bericht über die Kontrolle in einer Versammlung, die sie am Freitagabend im Lokal von Neveit in der Oranienstraße abhielten. Darauf nahmen sie den Bericht der Tarifkommission entgegen, der eingehend diskutiert wurde. Die Arbeiter sind bereit, auf Grund des Tarifs vom Jahre 1907 wieder zu verhandeln und nur geringe Veränderungen im Tarifvertrage vorzunehmen. Sonderabmachungen sollen aber keine Gültigkeit haben, und der Arbeitsnachweis soll obligatorisch eingeführt werden, auf diese Punkte legen die Arbeiter besonderes Gewicht. Die Arbeitswoche soll 48 Stunden betragen und der Lohn 80 Pf. pro Stunde. Zusätze usw. werden sich nach dem Tarifvertrage des Verbandes der Tapezierer richten. Die Versammlung nahm eine genaue Durchsicht der einzelnen Positionen in dem Affordatir vor und einigten sich auf bestimmte Sätze.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Goldmann, Köpenicker Straße 126, sind unsere Kollegen in der Schneidererei wegen Lohnunterschieden entlassen worden. Wir warnen die Kollegen davor, bei der Firma in Arbeit zu treten.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Der Allgemeine Deutsche Musikerverband, der der internationalen Konfederation der Musiker angeschlossen ist, hat über den Zirkus Ab. Schumann, Berlin, die Sperre verhängt. Grund zu diesem Vorgehen sind die unzulänglichen Engagements- und Dienstverhältnisse in diesem Etablissement. — Alle Musiker werden vom Allgemeinen Deutschen Musikerverband ersucht, Engagement für den Zirkus Ab. Schumann-Berlin abzulehnen.

Deutsches Reich.

Der Streik in der Stahlrohrfabrik in Farge bei Bremen ist nach 13wöchiger Dauer beendet. An der Bewegung waren 100 Arbeiter und 50 Arbeiterinnen beteiligt. Durch Vermittelung von Gomburger Streikbrecheragenten bekam die Firma eine große Anzahl Arbeitswilliger. Daß der Firma an den Arbeitswilligen nichts mehr liegt, geht daraus hervor, daß in den getroffenen Vereinbarungen festgelegt wurde, familiäre Arbeiter und Arbeiterinnen kommen an ihre alten Plätze. Der Streik kam zum Ausbruch, weil die Firma die Lohn- und Affordatir kürzen wollte. Vereinbarung ist nun, daß die alten Lohnsätze der Lohnarbeiter bestehen bleiben und daß nach Aufnahme der Arbeit die Affordatir in einzelnen Fällen zwischen einer von den Arbeitern und Arbeiterinnen gewählten Kommission und der Fabrikleitung festgesetzt werden sollen. Falls innerhalb vier Wochen eine Einigung über die neuen Affordatir nicht erzielt wird, soll ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Bremer Gewerbeberichters zusammentreten und verpflichten sich beide Parteien, sich dem Spruch desselben zu fügen. Bevor nicht sämtliche Streikenden wieder eingestellt sind, sollen andere Arbeitskräfte nicht herangezogen werden.

Achtung! Fensterputzer! Bei der Firma Heinrich (Reinigungsanstalt) in Exrath befinden sich die Fensterreiniger in einem Abwehrkampf. Der Unternehmer, der mit der Organisation bis zum 30. April dieses Jahres ein Tarifverhältnis hat, sucht die organisierten Arbeiter aus dem Betriebe zu entfernen. Um dies

zu verhindern, haben sämtliche Fensterputzer die Kündigung ein- gereicht. Der Unternehmer Heinrich hat Vermittlungsverhandlungen abgelehnt und weist Arbeitswillige, so unter anderem in Bremen. Deshalb wird um Fernhaltung des Zuguges gebeten.

Die organisierten Metallarbeiter der Firma Herbst u. Comp., Tegethmaschinenfabrik in Halle a. S., stehen seit den 2. Januar wegen vorgekommener Abzüge bis zu 50 Proz. und Verzögerung der Vertrauensleute und Kommissionsmitglieder im Abwehrstreik. Von Berlin und aus den übrigen Teilen Deutschlands werden durch Agenten Arbeitswillige herangezogen. Gegenwärtig beherrscht die gelbe Kolonne Karmarck mit den üblichen Hilfsmitteln den Betrieb. Wie lange diese Verhältnisse die Situation beherrschen, ist noch nicht abzusehen. Wir ersuchen um Fernhaltung jeden Zuguges. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Maßregelung der Victoria-Einnehmer in Dortmund. Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ hat den sämtlichen Einnehmern ihrer Inhabergesellschaft Dortmund gekündigt wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband der Bureauangestellten (Sitz Berlin). Sie sucht jetzt nach Ersatzkräften unter den Einnehmern anderer Städte. Der Betrieb ist gesperrt. Bezug ist unter allen Umständen fernzuhalten. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Weitere Beschimpfung der polnischen Vergarbeiter durch die Christlichen.

Der christliche Gewerkschaftsführer Hüskens läßt sich weiter in der Beschimpfung der polnischen Vergarbeiter. In einer Versammlung in Datteln (Münsterland) erklärte er, wie uns erst jetzt mitgeteilt wird, am Sonntag, den 22. Januar:

„Ich nehme von meinen Behauptungen in Herne (über die Polen) nichts zurück. Die Polen sollen sich erst von den Hosen den Dred abputzen, den sie mit nach dem Ruhrgebiet gebracht haben, dann können sie in der Lohnfrage mitreden.“ Dieser ordinäre Anwurf läßt christliche Kameradschaftlichkeit sehr vermissen. Die polnischen Vergarbeiter müssen ihr Brot eben so teuer verdienen wie die Christlichen. Dessen sollte auch ein christlicher Gewerkschaftsführer eingedenk sein und deshalb die polnischen Kameraden als Klassengenossen behandeln und sie nicht beschimpfen.

Zur Lohnbewegung der Lithographen in Leipzig.

Nach wiederholten Verhandlungen mit dem Schuhverband Deutscher Steindruckereibesitzer machte dieser zur Verlegung der Differenzen bei seinen Mitgliedern Vorschläge, die, wenn sie angenommen werden, eine Besserung gegenüber dem jetzigen Zustand bedeuten, obgleich die Beseitigung der Affordatir nicht ausgesprochen ist. Darüber sollen nicht driliche, sondern zentrale Verhandlungen entscheiden; ebenso soll auf zentralem Wege die Lehrlingsfrage geregelt werden. Werden die Vorschläge von den Beteiligten angenommen, so scheidet ein weiterer nicht unerheblicher Teil aus der Bewegung aus. Es kann dann zwar immer noch zum Ausstand kommen, wenn die Unternehmer es nicht vorgehen, sich doch noch dieser Vereinbarung anzuschließen. Bis jetzt sind die Arbeitsverhältnisse erst in 32 Privatlithographien geregelt. Es ist deshalb notwendig, daß aus Leipziger Privatlithographien kommende Arbeit vor der Weiterverarbeitung erst genau kontrolliert wird.

Ausland.

Eine Sitzung der internationalen Vergarbeiterföderation.

London, 28. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Gestern fand in Dover eine außerordentliche Sitzung des Komitees der Internationalen Vergarbeiterföderation statt. Wie verkauert, soll die Lage im deutschen Bergbau beraten und absolute Einstimmigkeit erzielt worden sein.

Der Kampf der englischen Buchdrucker.

London, 26. Januar. Die Lage im englischen Buchdruckergetriebe verhärtet sich mehr und mehr. Falls in den nächsten Tagen keine Einigung zustande kommt, so ist der Streik zunächst in London unvermeidlich. Bisher haben sich die Unternehmer hartnäckig geweigert, die Forderung der Arbeiter auf die sofortige Herabsetzung der Arbeitszeit von 52 1/2 auf 50 Stunden der Woche mit der Zulassung der späteren Einführung der 48-Stundenwoche zu gewähren. Eine gestern in London abgehaltene Konferenz zwischen den beiden Parteien ist ergebnislos verlaufen. Die Führer der Arbeiter teilen mit, daß bereits 180 Londoner Unternehmer bereit seien, ihre Forderungen zu bewilligen. Inzwischen hat sich unter den Unternehmern schon ein Einigungs-komitee gebildet, das ein Drittel des Londoner Buchdruckergetriebes umfassen soll. Dieses Komitee will den Arbeitern die 50-Stunden-woche unter der Bedingung anbieten, daß sie in den nächsten fünf Jahren keine neuen Forderungen aufstellen. Die Arbeiter, die für nächstes Jahr die 48-Stundenwoche verlangen, werden sich schwerlich auf dieses Kompromiß einlassen, aber es ist für sie doch wertvoll als Symptom der Unetnigkeit unter den Unternehmern.

Beeidigung der Schularbeiterausperrung in Schweden. Auf Vorschlag des Schlichtungsbeamten ist im Laufe der verflochtenen Woche für die Schulindustrie Schwedens ein Hebereinkommen erzielt worden, das die Zustimmung beider Parteien gefunden hat. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Aus der frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht, ein politisches Erziehungsmittel.

Wiederholt haben sich Mitglieder der reaktionären Zentrums-partei in den letzten Jahren für das Frauenwahlrecht ausgesprochen. Einmal geschah das in bedingter Form vom Professor Aurocher auf dem Katholikentag in Straßburg, ein anderes Mal vom Abgeordneten Dr. Stein im bayerischen Landtag. Ob gegebenenfalls das Zentrum in Paris am 1. März für das Frauenwahlrecht stimmen würde, ist freilich eine andere Frage. Geschähe es, dann sicher nicht aus grundsätzlichen, sondern aus praktischen Erwägungen, in der Hoffnung, durch den Einfluß, den die besten politischen Agitatoren des Zentrums, die Geistlichen, auf die katholischen Frauen ausüben, ihre politische Macht wieder mehr zu befestigen, die durch das all-mächtige Erwachen der katholischen Arbeiter zum Klassendewußtsein leise aber sicher ins Wanken geriet.

Zweifelslos steht das eine fest: Bei dem ungeheuren Gewissens-zwang, den das Zentrum ausübt, am meisten bei den Frauen, würde die Erringung des Frauenwahlrechts zunächst eine Ver-stärkung der Reaktion bedeuten.

Diese Gefahr, die das Frauenwahlrecht zunächst für den poli-tischen Einfluß der Sozialdemokratie bedeuten könnte, viellecht sicher bedeuten würde, kann uns natürlich nicht einen Augenblick in unserer grundsätzlichen Auffassung und der praktischen Verwer-tung des Frauenwahlrechts wankend machen. Wenn solche Ge-fahren einen Einfluß auf unsere Stellungnahme und auf unser Ver-halten ausüben, so nur insofern, als sie uns anspornen, mit ver-doppelter Eifer an der politischen Erziehung und Erziehung der Frau zu arbeiten, um sie politisch reif und urteilsfähig zu machen. Die Sozialdemokratie hat noch nie eine grundsätzliche Forderung preisgegeben, um einen Augenblicksvorteil zu erhaschen. Aber un-geachtet hat sie sich häufig mit einem leinen Gegenwartsfortschritt begnügt, mit einer Hüßlingszahlungen an die grundsätzliche vertretene Forderung, wenn im Moment mit den vorhandenen Machtmitteln nicht mehr zu erreichen war.

Die Preisgabe einer ihrer wichtigsten Grundforderungen ober-würde es sein, wollte die Sozialdemokratie sich gegen das Frauen-wahlrecht und damit gegen die weitgehendste Demokratisierung des bestehenden Wahlrechts wenden, weil diese zurzeit der Reaktion zu-gute kommen, erst im weiteren Verlauf unseres Kampfes ein vor-zügliches Mittel zur politischen Erziehung und Erziehung der Massen wird. Haben die Frauen erst einmal das Wahlrecht, wird keine politische Partei, auch die aller-

reaktionärste, sie mehr vom politischen Kampffeld fortweisen wollen. Im Gegenteil: von allen Seiten wird man um ihre Stimmen werben, und um diese zu erlangen, wird man die Frauen geradezu herauszerren aus der Enge des Hauses auf das weite Feld des politischen Kampfes. Ob mit ihrem Willen oder gegen ihren Willen werden sie sich mit den politischen Fragen be-fassen müssen und alsdann werden sie erkennen, welche Macht das Wahlrecht ihnen verleiht und werden sie lernen, von dieser Macht in ihrem und ihrer Klassengenossen Interesse Gebrauch zu machen. Unter den Frauen wird sich, sobald sie im Besitz des Wahlrechts sind, genau dieselbe Einteilung nach Klassen und Interessengruppen vollziehen, wie sie heute unter den Männern sich zeigt. Heute, wo die proletarischen und bürgerlichen Frauen gleichermaßen als die politisch Rechtlosen erscheinen, bleibt die Scheidung vielen verhüllt.

Das Frauenwahlrecht wird also ungemein zur Erweckung des politischen Interesses und Verstandnisses der bisher indifferenten beitragen, es wird gleichermaßen das Klassendewußtsein der Frauen entwickeln und ihnen die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Klassenkampfes einhämmern. Daß diese Erkenntnis den Pro-letarierinnen möglichst schnell und gründlich kommt, dazu hat die Sozialdemokratie zwar immer ihr Bestes getan, der Erfolg wird aber um so größer sein, wenn die Frauen durch den Besitz des Wahlrechts einen größeren direkten Einfluß bei diesen Kämpfen ausüben, einen ausschlaggebenden Faktor bilden. Die Zeit des Wahlkampfes, die die Massen in ein Wahlfieber versetzt und die als günstigste Zeit politischer Ausfall bezeichnet werden muß, wird viel mehr aufwühlend unter der weiblichen Bevölkerung wirken, sobald sie persönlich interessiert ist.

Im Besitze eines politischen Macht- und Kampfmittels, wie es das Wahlrecht ist, wird bei der Frau auch das politische Verant-wortlichkeitsgefühl erweckt und entwickelt werden. Bürgertugenden werden mit dem Besitz politischer Rechte bei den Frauen entwickelt und gestärkt. So kommen zu den grundsätzlichen Erwägungen solche praktische Art für die Sozialdemokratie hinzu, um mit Eifer und Zähigkeit für das Frauenwahlrecht einzutreten. Daß dies geschieht, beweist die Einberufung des sozialdemokratischen Frauentages zum 19. März.

Lesabend.

- Friedenau, Montag, den 30. Mai, im Lokal von Reckelle, Handwer-straße 60/61. Vortrag: „Einführung in das Erfurter Pro-gramm“.
- Zehlendorf (Barnseebahn), Mittwoch, den 1. Februar, bei Venno-Ricken, Potsdamer Straße: Vortrag.
- Grünau, Montag im Lokal „Zur grünen Ede“. Vortrag, Gen. Schulte: „Sexuelle Erziehung“.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Am Sonntag, den 5. Februar, feiert der Verein in Freyherz Festhallen, Köpen-straße 20, sein 12. Stiftungsfest. Mitwirkende: Berliner Volks-chor unter Leitung des Herrn Dr. Zander, Herr Prof. Alexander und Will Pechschloff, Violine, Herr Leo Hestenberg, Klavier, Herr Friedrich Kappler vom Deutschen Theater, Regitation. Rader Tanz. Einladungen a 50 Pf. sind zu haben im Ge-werkschaftshaus bei Horsch, bei Frau Klopisch, Fichtestr. 1, Frau Köhler, Schleißer Str. 58, Frau Kallide, Prinzenstr. 102, Frau Döring, Steinmühlstraße 23, Frau Jolob, Wiesenstr. 10 U, Frau Guhn, Bornsdorfer Str. 39.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Fleischer hielt am Dienstag im Rosen-thaler Hof seine Generalversammlung ab. Den Jahresbericht gab Bergmann. Er führte aus, daß das Jahr 1910 das beste, aber auch das bewegteste der Organisation gewesen sei. Mit den Arbeitgeber hatte man manchen Streit auszufechten. Die beiden Sektionen Engrösschlächter und Darmarbeiter haben sich gut ent-wickelt, speziell die letztere. Im Berichtsjahr waren 8 Streiks zu verzeichnen. 7 hatten Erfolg. In 2 Fällen wurden die Kollegen ausgeperrt, jedoch gelang es in einem Fall, die Firma zur Wieder-einstellung der Ausgesperrten zu zwingen. Kleine Differenzen waren sehr zahlreich. Die Arbeitgeber können sich vielfach nicht daran gewöhnen, den Gesellen beim Arbeitsantritt Lohn und Papiere sofort auszuhändigen. Mit 8 Firmen wurden Tarifverträge ab-geschlossen, für über 200 Kollegen konnten geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Zum Kassenbericht bemerkt Bergmann, daß sich die Finanzen gebessert haben. An Auf-nahmen waren 721 zu verzeichnen. Beitragsmarken wurden 26 600 umgesezt, gegen 16 505 im Vorjahre. An Unterstühtungen wurde gezahlt: für Reisende 19 M., für Gemagregelte 248,50 M., für Erwerblosse 1508 M., für Rechtschutz 250,50 M. Für die Arbeits-lofen wurden Weihnachten 301 M. als Unterstühtung gezahlt. Für Streiks wurden 824,85 M. gebraucht. An die Hauptkasse wurde gezahlt 8140,95 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 6149,95 M. Der Kassenbestand der Ortskasse ist um 606,07 M. gestiegen. Der Jahresbericht wurde mit Befriedigung aufge-nommen. Als erster Geschäftsleiter wurde Bergmann ein-stimmig wiedergewählt. In den Vorstand wurde gewählt: als erster Vorsitzender Bergmann, als zweiter Miller, als Kassierer Schnaubert, als Schriftführer Jäschke, als Beisitzer wurden die Kollegen Vogt, Sonntag, Jellonek, Westow und Balduhn gewählt. Als Delegierte zur Berliner Gewerkschaftskommission wurden Bergmann und Schwendy wieder-gewählt.

Hierauf gab Bergmann den Bericht von der Gesellenausstufungswahl. Trotz aller Manipulationen der „Gelben“ und der Innungs-meister gelang es diesen nicht, den Sieg für sich zu holen. Die Wut der Innungsmeister über den Sieg der Organisation kennt keine Grenzen; überall suchen sie sich zu rächen. Jedoch auch dies wird vergebens sein.

Mit der Aufforderung, auch im neuen Jahre mit allen Kräften an den Ausbau der Organisation mitzuarbeiten, erfolgte Schluß der außerordentlich besuchten Versammlung.

Letzte Nachrichten.

„Räuberhauptmann“ Mohr vor Gericht.

Das Urteil in dem Prozeß gegen den Tischler Karl Mohr und die Arbeiterin Frida Ladewig (siehe den Bericht über die Verhandlung in der 3. Weilage) wurde erst in der zwölften Stunde des gestrigen Tages gefällt. Dem Wahrpruch der Geschworenen gemäß wurde Mohr wegen einfachen und schweren Diebstahls, Unter-schlagung, Anstiftung und Beihilfe zum schweren Raube und schweren Raubes zu der Höchststrafe von

15 Jahren Zuchthaus

und 10 Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiauf-sicht verurteilt. Die Mitangeklagte Ladewig wurde freige-sprochen.

Wegen Totschlags verurteilt.

Straubing, 28. Januar. (B. S.) Nach viertägiger Ver-handlung verurteilte das Schwurgericht den Maurermeister Lem-berger, der den Jagdgehilfen Fürst bei einem Rentonke im Jagd-revier erschossen hatte, zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehr-verlust.

Von niedergehenden Felsstücken getötet.

St. Ingbert, 28. Januar. (B. S.) Auf der Steingrube in Frankenhof wurde der Bergmann Blaumeister durch Felsstücke ver-schüttet und getötet.

Reichstag.

116. Sitzung. Sonnabend, den 28. Januar 1911, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, Dr. Lisco, Wermuth, Born u. Sulach.

Entsprechend den Anträgen der Geschäftsordnungs-Kommission wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Behrens (wirtsch. Bg.) in einer Privatklage wegen Verleumdung verweigert, ebenso die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Hue (Soz.) zur Vernehmung als Zeugen in der Strafsache gegen Ludwig Schröder und Genossen vor dem Schwurgericht in Essen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Verfassung Elsaß-Lothringens fortgesetzt.

Abg. Windler (L.): Mit aller Entschiedenheit lege ich Verwahrung ein gegen die spöttische Art, mit welcher der Abg. Kaumann über den Bundesrat gesprochen hat; wir müssen verlangen, daß der eine Faktor der Gesetzgebung den anderen mit Ehrerbietung behandelt (Demonstrativer Weisfall rechts). — Das Maß von Autonomie, welches der Entwurf bringt, eine solche völlige Ausschaltung der Organe des Reichs kann nach der Meinung meiner politischen Freunde nicht gewährt werden. Man hätte das Gebiet an der unteren Mosel und Saar der Rheinprovinz angliedern sollen, dann hätte sich vielleicht dort die Verschmelzung schneller vollzogen. Auch die Aufhebung des Diktaturparagraphen war ein Fehler; solange Vorkörper einfach verboten werden konnten, war die Gründung einer Zeitung mit französischem Gelde ein gefährliches Unternehmen. (Abg. Wetterlé (Els.): Infame Insinuation!)

Präs. Graf Schwerin: Herr Abg. Wetterlé, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Windler (fortfahrend): Wie sind denn gegenwärtig die Zustände in Elsaß-Lothringen? Einem Juge heimkehrender Soldaten legt die Polizei Schwierigkeiten in den Weg, und dieselbe Polizei gestattet der Sozialdemokratie einen ein Kilometer langen Zug, der den Verkehr in ganz anderer Weise stört, einen Zug mit Trommlern und Pfeifern an der Spitze. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr schmerzhaft!) Auch die Vorgänge in Metz beweisen, wie stark noch die französische Gesinnung ist. Würden wir, wenn die Vorlage Gesetz wird, berechtigt sein, über Dinge der inneren Verwaltung Elsaß-Lothringens Interpellationen einzubringen? Wäre es nicht mehr der Fall, so wären diese Lande auch keine Reichslande mehr. Ferner meinen wir ebenso wie der Abg. Dirksen, daß die Zusammenlegung der Zweiten Kammer in die Verfassung hineingearbeitet und der Elsaß-Lothringischen Landesgesetzgebung entzogen werden müßte.

Auf das Wahlrecht zur Zweiten Kammer selbst gehe ich nicht ein, wir können es nicht billigen, und zwar aus Gründen der Gerechtigkeit für Elsaß-Lothringen. Dem Lande gar eine stimmberedrigte Vertretung im Bundesrat zu geben, wäre, solange die Lande Reichslande sind, ein unmöglicher staatsrechtlicher Konstruktionsfehler. — Wenn die Verfassung, die man jetzt den Reichsländern geben will, sich als ein Fehler erweist, wird es kaum möglich sein, sie ohne weiteres wieder aufzuheben. Deshalb haben meine Freunde die erste Besorgnis gegen die in der Vorlage gemachten Vorschläge; wir sehen daher der Kommissionsberatung mit Interesse entgegen, vielleicht gelingt es dort, die Besorgnisse etwas zu mildern. (Bravo! rechts.)

Reichskanzler von Bethmann Hollweg: Die Ankündigung einer Fortentwicklung der Elsaß-Lothringischen Verfassung wurde vor einem Jahre sehr günstig aufgenommen; diese überwiegend günstige Stimmung scheint jetzt einer skeptischen Auffassung Platz gemacht zu haben. Das hat auch die eben gehörte Rede bestätigt. Die Konsequenz der pessimistischen Auffassung ist die Forderung der Einderleibung Elsaß-Lothringens, die allerdings hier nicht vertreten wurde, aber publizistisch und hinter den Kulissen allen Ernstes vorgeschlagen ist. (Hört! hört!) Das würde im schärfsten Gegensatz zu der bisherigen Politik, zu der Politik Bismarcks gegenüber Elsaß-Lothringen sein. Es ist doch erklärlich, daß der Verschmelzungsprozeß nicht so schnell vor sich geht, wie wir alle wünschen. Aber es wäre ein Fehler, aus dieser Langsamkeit den Schluß zu ziehen, daß wir die Hände in den Schoß legen sollen. Es drängt sich vielmehr die Frage auf, ob es nicht ein Fehler gewesen ist, die von Bismarck angelegte, aber seit 20 Jahren fast zum Stillstand gekommene Politik weiter ruhen zu lassen, und ob nicht gerade dieser Stillstand für manche unerfreulichen Erscheinungen verantwortlich gemacht werden muß. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Ich bin geneigt, diese

Frage zu bejahen, und deshalb lege ich mich für die Vorlage ein. Aber eine Politik der Nachgiebigkeit und des Entgegenkommens gegen die Elemente, die gegen den Anschluß an Deutschland kämpfen und begehren, bringt uns nicht vorwärts, sondern rückwärts. (Weisfall.) Diese Elemente müssen die Hand des Gesetzes fühlen. Und diese Vorgänge haben mich nicht in der Überzeugung wankend machen können, daß es ein Fehler wäre, an dem bisherigen Wege der Elsaß-Lothringischen Politik eine Änderung vorzunehmen.

Von unserer Vorlage fürchtet man eine weitere, dem Reichsgedanken abträgliche Förderung des Elsaß-Lothringischen Partikularismus. Eine partikularistische Richtung läßt sich nicht ablegen, man sollte sie aber nicht schlechthin einer Stärkung des Protektionsrechts gleichsetzen. Weiter sagt man, der Entwurf sei ungenügend und unzulänglich, speziell darin, daß Elsaß-Lothringen keine Stimmen im Bundesrat und keine volle Autonomie erhält. Bei dem Abgeordneten Vonderheer ist dieser Wunsch begreiflich, als Eiferer würde ich ihn möglicherweise teilen. (Hört! hört!) Aber — Herr Kaumann mag mir die Zwischenbemerkung gestatten — nicht auf republikanischer, sondern auf monarchischer Grundlage. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Ich möchte Sie dringend bitten, treiben Sie nicht eine Alles-oder-nichts-Politik, sie würde nur zu nichts führen, verfolgen Sie auch nicht Probleme, die, solange Elsaß-Lothringen kein Bundesstaat ist, unlöslich sind. Wenn Herr Vasser mann die Erteilung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen in inneren wirtschaftlichen Fragen befürwortet hat, so habe ich doch in seinen Worten nicht eine Lösung des Rätsels gefunden, wie man aus dem Gesamtanliegen der vom Bundesrat zu erledigenden Geschäfte die innerwirtschaftlichen Fragen herausfindet. (Sehr richtig! rechts.) Auch in ihren Beschränkungen bedeutet die Vorlage der verbündeten Regierungen einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege zu größerer Selbständigkeit des Reichslandes.

Die Institutionen, in denen sich das Eigenleben Elsaß-Lothringens entwickeln soll, können nicht von ferne hinein getragen werden, sondern müssen sich aus den Verhältnissen des Landes entwickeln. Deshalb kann ich die Einwände, die in der konservativen Presse gegen die Gestaltung des Wahlrechts zur Zweiten Kammer für Elsaß-Lothringen erhoben sind, nicht für stichhaltig erklären. Wir können nicht nach Elsaß-Lothringen ein bestmögliches fremdes Wahlrecht verpflanzen, sondern wir müssen auf der Grundlage weiterbauen, die dem Lande kraft seiner Geschichte und kraft der Schichtung und Denkart seiner Bewohner eigentümlich ist, sonst verlieren wir jede Verührung mit den Realitäten des Lebens. Das möchte ich auch Herrn Kaumann entgegen, der die Systematik ironisiert hat, in der ein preussisches Wahlrecht neben einem freieren Elsaß-Lothringischen Wahlrecht besteht. Wer an unbedingte politische Institutionen

glaubt, wer im Besitz eines absoluten Dogmas ist, hat einen bequemen Kommando, über den er alles führen kann, der kann sich leicht über die Individualitäten der Länder und Völker hinwegsetzen. Nach meiner Ansicht soll man nicht die Doktrin, sondern die nach Geschichte, nach Lebensart und politischen Begriffen verschiedenen bedingten Verhältnisse zum Maßstab der Vergleichung nehmen. Ein Vergleich der Frage, wie man hier das Festhalten an einem abgefesten Wahlrecht als gut oder erträglich bezeichnen, dort ein freieres allgemeines Wahlrecht empfehlen kann, hat doch nur für diejenigen einen Sinn, die den Wert staatsrechtlicher Existenzen danach bemessen, ob das Wahlrecht mehr oder weniger demokratisch gestaltet ist. Diesen Schematismus kann ich nicht mitmachen, ich kann mich bei Elsaß-Lothringen nur fragen, wie ist das in diesem Lande üblich, seinen Bewohnern gewohnt geworden Wahlrecht zu gestalten, damit die aus ihm hervorgehende Landesvertretung die Geschäfte so besorgen kann, daß die Wohlfahrt des Landes und zugleich die des Reiches besser gefördert werde.

Auf demselben Standpunkt stelle ich mich auch in der preussischen Wahlrechtsfrage.

Es ist ganz unmöglich, die Aufgaben, welche Preußen dem Reiche gegenüber übertragen sind, mit der Stellung irgend eines anderen Landes des Reiches in Vergleich zu setzen. Wenn sich Preußen nach den radikalen Wünschen mit einem Wahlrecht ausdrückte, das den Massen die Herrschaft über das Parlament und dann auch die Herrschaft über die Regierung ausfolgte, so daß je nach den Stimmungen im Parlament und jedenfalls nach dem wechselnden Wahlausfall das Ministerium in Preußen und mit ihm der Reichskanzler und seine Stellvertreter wechseln würden, wenn die Reichsleitung bald diese bald jene vom preussischen Parlament gewünschte Politik sich zu eigen machen müßte, so würde das einer Desorganisation des Deutschen Reiches gleichkommen. (Sehr richtig! rechts. Weiterleut links.) Preußen wird sein Wahlrecht nach seinem eigenen Bedürfnis so gestalten, daß es als Präsidialmacht eine konstante, staatsverhaltende Reichspolitik führen

kann. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Und mit Bezug hierauf ist es vollkommen unbedenklich, ob wir Ihnen jetzt für Elsaß-Lothringen ein freieres oder weniger freies Wahlrecht vorschlagen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das wollen wir abwarten!)

Wenn Sie die Bestimmungen über das Wahlrecht zur Zweiten Kammer ins Auge fassen, so können Sie die Vorschriften über die Bildung der Ersten Kammer davon nicht loslösen. Beide stehen in notwendiger Wechselwirkung zu einander. Ich will bei der ersten Bezug auf Einzelheiten nicht eingehen, ich will nur sagen, in der Stellung des Statthalters an der Spitze der Elsaß-Lothringischen Regierung und in der Stellung des Reichskanzlers zum Statthalter wird durch die Vorschläge, die wir machen, nichts geändert. Zum Schluß noch eine allgemeine Bemerkung: Wir schlagen Ihnen für Elsaß-Lothringen ein Zweikammersystem vor, und ich muß schon jetzt mit aller Bestimmtheit erklären, daß die verbündeten Regierungen von der Forderung dieses Systems nicht abgehen werden, und daß in diesem System die Erste Kammer

ein Volkswert

sein muß, das unter allen Umständen ein jedem Zweifel entrückte deutsche Politik in den Reichslanden gewährleistet. Das sind keine Forderungen theoretischer Doktrin, sondern das sind nationale und politische Forderungen. Deutschlands Söhne haben auf den Elsaß-Lothringischen Schlachtfeldern nicht darum geblickt, daß sich in diesem dem Reich neu angegliederten Lande deutschfeindliche Tendenzen ungehindert und ungestrukt breit machen. (Sehr richtig!) Aber auch nicht darum, daß wir bei der Ordnung seiner staatlichen Institutionen nach doktrinären Grundfragen verfahren. Es handelt sich darum, dem Lande zu geben, was das Land ist und dem Reiche, was das Reich ist. (Lebhaftes Bravo! rechts und im Zentrum.)

Abg. Freiß (Els.): Bei der Eroberung Elsaß-Lothringens handelte es sich in erster Linie um die Eroberung eines Territoriums und erst in zweiter Linie um die von 1 1/2 Millionen Menschen. Aber Sie müssen unser Streben nach Gleichberechtigung verstehen, wir wollen als Mitglied, nicht als Werkzeug des Reiches betrachtet werden. Wie kann man bei dieser Behandlung überhaupt erwarten, daß wir uns wohl fühlen. Wer bei dieser Behandlung sich nicht in sich zurückzieht, sondern Patriotismus zeigt, ist ein Heuchler und ein Verräter, dem jeder anständige Mensch den Rücken kehrt. Wichte aber sind die Elsaß-Lothringer nicht.

Das mächtige Deutsche Reich, eine der ersten Kulturnationen der Welt, hat es in 40 Jahren nicht fertiggebracht, Elsaß-Lothringen eine gleichberechtigte Stellung im Rahmen des Reiches anzuweisen — wahrlich ein bescheidenes Schauspiel! Alle Pflichten haben wir Elsaß-Lothringern übernommen müssen; Rechte wurden uns nicht zugebilligt. Die Sicherheit des Deutschen Reiches kann nur gewinnen, wenn Elsaß-Lothringen als gleichberechtigtes Glied anerkannt und damit eine Quelle der Unzufriedenheit verstopft wird. Elsaß-Lothringen steht durchaus auf der durch den Frankfurter Frieden geschaffenen völkerrechtlichen Basis; es weiß, daß es nur in und mit dem Deutschen Reiche sich wirtschaftlich entwickeln kann. (Hört, hört!) — Zur Unzufriedenheit im Reichslande trägt auch namentlich die Ueberbürdung mit fremden, preussischen Beamten bei. Was würde wohl Bayern sagen, wenn es von Hunderttausend Beamten überschwemmt würde? (Große Heiterkeit.) — Man hat Herrn v. Köller vorgeworfen, er habe mit den liberal-nationalistischen Elementen geliebäugelt, habe Schlangen an seinem Busen genährt. (Heiterkeit und Zuruf.) Auch Herr Vasser mann wiederholte vorgestern diese Vorwürfe. In der Tat aber war, was Köller getan hat, das Gebot einer klugen und umsichtigen Politik. Auch nach der Vorlage bleibt Elsaß-Lothringen Objekt und wird nicht Subjekt der deutschen Reichspolitik. — Von einer alten oder neuen Dynastie will man im allgemeinen in Elsaß-Lothringen nichts wissen. Wir sind ein demokratisches Volk und viele haben sich — wie befremdend das auch auf manche Kreise in Norddeutschland wirken mag — für die

republikanische Staatsform

ausgesprochen. Da aber die Einführung der Republik zurzeit nicht zur praktischen Diskussion steht, so beanspruchen wir wenigstens einen lebenslänglichen, vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats ernannten Statthalter als Träger der Souveränität. — Im Grunde verdient der Entwurf gar nicht seinen Namen. Eine Verfassung, die nur durch außerhalb stehende Faktoren — Bundesrat und Reichstag — abgeändert bezw. abgeschafft werden kann, ist keine Verfassung mehr. — Nun zu Einzelheiten des Entwurfs. Wir Elsaß-Lothringer sind von der französischen Zeit her an das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gewöhnt, wie es ja auch zum Reichstag besteht. Man sagt uns nun, um uns über die Schönheitsfehler am Wahlrecht zur Zweiten Kammer zu trösten, daß im Gegensatz zur Verfassung das Wahlgesetz durch Landesgesetz geändert werden kann. Aber was hilft

Kleines feuilleton.

Präsidentenwechsel in der Sezession. Max Liebermann hat das Präsidium der Sezession niedergelegt. Er tat es, weil es ihm genug schien, zwölf Jahre an der süßen Last getragen zu haben; weil er die Sezession heute stärker glaubt, als sie je war. Nun, ganz überzeugend ist es nicht, daß ein Führer die Seinen im Zenith des Sieges verläßt. Richtiger dürfte es sein, zu sagen, daß Liebermann, als kluger Diplomat, einen mit dem Schein des Erfolges vergoldeten Waffenstillstand benutzte, um sich zurückzuziehen. Dieweil: was kommen muß, nun kommen wird. An der Sezession erfüllt sich das Schicksal von Revolutionären, die satt wurden. Das heißt: nicht, was die Ausstellungen anbelangt, wohl aber innerlich der Verwaltung. Bei weitem den meisten Mitgliedern, bei Liebermann vor allem, ist der Instinkt für das künstlerische viel zu stark, um es nicht zu spüren, auch wenn es ganz ungewöhnlich, ganz unerhört sich gebärdet. Man weiß gar gut, daß Neues heraufsteigt, man will es auch nicht hindern; nur möchte man die Träger, die Neuen, nicht von heute auf morgen an Thron und Krippe heranlassen. Menschlich, allzu menschlich. Wer teilt gern seinen Ruhm; und, was den Bilderhändler angeht: warum sollte er der Neuen pfeifen, wenn er den Keller gefüllt hat mit Weintrauben der Herrschenden. Wer zu fehen vermag, sieht Tage des Kampfes dämmern. Louis Corinth wird es nicht ganz leicht haben. Er ist zwar robust und stiernadig; aber mit Gewalt läßt sich dem Wind nicht bestimmen, von wannen er wehen soll. Genauer zugehört, ist Corinth weit weniger geeignet als Liebermann, solch freisenden Zeiten ein Diena und Herr zu sein. Corinth ist von Natur ein Akademiker, ist vielleicht der produktivste und blutkräftigste; er wird nicht halb so gut wie Liebermann die neue Monumentalität und den Rhythmus, nach dem die Jugend dürstet, empfinden, noch solchen Durst begreifen können. So wird es wohl an Konflikten nicht fehlen. Doch was tut das; wenn nur das Leben bleibt, die Leidenschaft zur Kunst und der unbewingbare Wille zur Persönlichkeit. Und diese Tugenden werden der Sezession nicht so leicht verloren gehen. Mögen sich die Jünglinge getrost von ihr spalten; es muß Widerstand geben. In Beharrung sieht auch dann noch eine Kolonne von Menschen, die sich bewußt dem Faulbett der offiziellen, der mit Orden gesegneten Kunst entzog. Wenn Liebermann heute auch philosophisch wird, wir dürfen nie vergessen, daß er einst ein Stürmer und Dränger war. Er hat ein volles Recht, zu sagen, daß erst die Sezession und sie allein dazu half, das Berliner Kunstleben auf ein achtbares Niveau zu bringen. Er hat ein volles Recht, daran zu erinnern, daß die Sezession unter seiner Führung die amtlich abgestempelte, kundenahme Kaiserweiterei zum Teufel

jagte. Und in solchem Erinnern will es verstanden sein, wenn der scheidende Präsident, der grau gewordene Revolutionär, seinen Genossen von einst zuruft: „Kommt wieder einmal eine Zeit der Stürme, und glauben Sie, daß ich Ihnen noch nützlich sein kann: Ich werde immer bereit sein.“ R. Br.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspiel. „Graf Esfer“ von Heinrich Laube. Spannend dramatisch ist die Tragödie gestaltet. In dieser Hinsicht könnte mancher noch viel von dem alten Bühnenpraktiker lernen. Auch läßt sich Esfer sehr gut als Schulbeispiel verwenden, wenn es noch jemand einfallen sollte, ein historisches Drama nach älterem Muster zu schreiben. Daß die Königin Elisabeth ihren Günstling dem Tode überantwortet, nicht, weil er mit seinem Heer auf eigene Faust nach London gekommen ist und sich so „rebellischer“ Taten schuldig gemacht hat, sondern weil er, während er mit ihr liebte, „frech“ genug gewesen war, sich mit einer ihrer Hofdamen heimlich zu verheiraten: das ist der Kern des Dramas. Daraus wird dann eine Handlung entwickelt mit sehr gewissenhafter, wenn auch nüchternen Steigerung der theatralischen Effekte. Angesichts dieser einst hoch bewunderten technischen Kunstgriffe ist nur wieder erkennbar, wie gewaltig vorwärts heute die dramatische Dichtung durch Ibsen gekommen ist. „Graf Esfer“ hält sich noch zeitweilig auf der modernen Bühne — seiner „Reiz“ wegen. Die Titelrolle und die Königin sind glänzende schauspielerische Paraderollen. Karl Bistig gab den Grafen Esfer als derben Landsknecht, im ganzen — wenn man absieht von seinem etwas spröden Organ — gut umrissen und teilweise zu starker Wirkung erhoben. Als Königin Elisabeth bot Eugenie Berner eine kaum das übliche Durchschnittmaß überschreitende Darbietung. Die Regie Rudolf Bettingers hatte für eine passable Aufmachung des Stückes gesorgt. Das Publikum unterhielt sich ausgezeichnet. e. k.

Lustspielhaus: Der unbekannte Tänzer. Lustspiel von Tristan Bernard. Ein Stück, in dem Herr Walden, der sonst als Darsteller von Kavalieren glänzt, ein naives Mädchen zu mimen hat, das, aus reiner Verliebtheit, einen Abschieber in die Doppelreiterlinie riskiert, treuherzig schwindelt, treuherzig seine Augen eingestekt und gerade so ans Ziel kommt. Der arme kleine Rädelzeiger, der als ungeladener Gast und Pseudokavalier bei einem Fest sich einschleicht und die Importenliste plündernd, erhält das Mädchen, das er liebt, wird Schwiegerjohn des Millionärs. Dieser Rolle für Walden verbannte die Komödie wohl die Aufführung, und sein liebenswürdiger Charm verhehle nicht die Wirkung. Wie er, nachdem er dem Freunde seine Not geklagt, durch einige Gläser Champagner in stille Selbstei versetzt, den Mut gewinnt, der

unbekannten jungen Dame seine Bewunderung kund zu tun, wie er munter im leichten Wortgeplänkel ihr Herz gewinnt, das war gewiß ergötlich anzusehen. Er nutzte jede Möglichkeit zu feineren Nuancen aus. Doch alle Schauspielerlüste konnten das Defizit an Geist und an Erfindung in der Komödie nicht wett machen. Das Abkommen mit dem Freunde, der Galbel für ein Verprechen von 50000 Fr. beim Zustandekommen der Heirat als großen Herrn in das Haus seiner Angebeteten lancieren will, ist ebenso unmöglich, wie dann die weitere Ausführung des Planes, in der der künftige Schwiegervater und dessen Freunde als wahre Ausgeburt idiotischer Vertrauensseligkeit erscheinen. Die psychologische Durchführung der Hauptfigur geht völlig in die Brüche, und zu einer Schwanfonik fehlt es an drohenden Ueberrassungen. Herr Bach, als Freund und Gelegenheitsmacher, war ausgezeichnet in den Ausbrüchen moralischer Entrüstung über die mangelhafte Bühnenfertigkeit seines Schüßlings. Die junge Dame, die sich ihren Liebhaber nach dessen Weichte und Flucht zurückholt, fand in Fräulein Poldi Müller eine amnuttige Vertreterin. dt.

Humor und Satire.

Mohrenwäsche.

Jagow, Generalfeldwebel Der Berliner Schutzmansschaft, hat zitiert am Freitag Weibel — Rander hat wohl schon gegafft. Daß der August voll Empfindung für den Prochstaat Preußen sei, bracht' er Logik in Verbindung Mit dem Loch der Polizei.

O wie tugendhaft ist diese Und wie tabelle und brav! Wer da zur Empörung diese, Wär' ein höchst naives Schaf, Denn beherzt mit blankem Schilde, Der von Pleden gänzlich frei, Dämpft den tollsten Aufstand milde Die Berliner Polizei.

Ja, nach Jagows stolzem Worte Ist kein Kind so engelrein, Wie die blaue Schutzhorte, Die in Noabit schlug drein. Lachen dröhnt zwar rings im Lande Und es schwillt zum Hohngekrei — Jagow, bist Du bei Verstande! — Aber Jagow tiebi dabei ...

Mischel

und das, so Herzog die Zustimmung der Ersten Kammer und des Kaisers nötig ist? — Die Erste Kammer ist für und unannehmbar — mindestens ist das Ernennungsrecht des Kaisers restlos zu beseitigen, und wenn man über- haupt eine Erste Kammer will, so lasse man sie von den Bezirks- raten, den Gemeinderäten der großen Städte und den organi- sierten Berufsständen wählen. — Der Wert der Vorlage reduziert sich für uns auf nicht viel mehr als Null, und ohne uns auf den Standpunkt des alles oder nichts zu stellen, müssen wir die Vorlage, so wie sie ist, ablehnen. — Man beseitige das un- würdige Provisorium, wie man den Diktaturparagrafen beseitigt hat. (Beifall bei den Elsässern.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirt. Bg.): Die Elsäßer werden ganz über Verdienst gütig behandelt. Auch der Vorredner ist ein Beispiel dafür. Man hat ihn außer der Reihe zum Wort kommen lassen, und ich bin nun in die unange- nehme Lage versetzt, nach ihm sprechen zu müssen. (Zuruf links: Vor leeren Haus! Weiterkeit.) — Die Elsäßer-Lothringer sind noch nicht reif für das was ihnen geboten wird. Sie müssen erst umlernen. Man sollte die Vorlage zurückziehen. Das wäre echt bismarckisch gehandelt. Der verständige Elsäßer-Lothringer muß mit den unerbittlichen Feinden. — Leider haben wir 1871 nicht belohnt genommen. Die Gefahren von Westen haben sich nicht vermindert, sondern vergrößert. (Oh-Juch bei den Elsässern.) — Der Revanchegedanke ist nicht schwächer, sondern stärker geworden. Er lodert auf in den Reden des Herrn Zaurès. — Die Altsoldaten leben in Elsäßer-Lothringen wie im Feindeslande. Die deutschen Soldaten, die dort in Quar- tieren liegen, werden auf jede Weise überverteilt. (Stürmische Zurufe bei den Elsässern: Unwahrheit! Un- erhört!) Ich habe das von zuverlässigen Gewährsmännern gehört. (Erneutes Jochen und Zurufe bei den Elsässern und links.) Ich laut brüllen) verlange, daß man mich nicht hört. (Weiterkeit und Unruhe.) Wir haben Elsäßer-Lothringer erobert, wir müssen es behalten! O Straßburg, o Straßburg, du wunder- schöne Stadt!

Ein starker Procentsatz der elsäßer-Lothringischen Bevölkerung steht in einer Verbindung mit Frankreich, die nicht mit der Sicherheit des Reiches vereinbar ist. (Hul hul bei den Elsässern und links.) Und sie werden dabei unterdrückt natürlich von der Sozialdemokratie. (Schallende Weiterkeit links.) Wir können nicht für Kommissions- beratung stimmen, sondern würden die Zurückziehung der Vorlage am liebsten sehen. Nach dem nächsten Kriege wird man Elsäßer-Lothringer wohl aufteilen, und der nächste Krieg ist durch die elsäßer-Lothringische Verfassung in eine Nähe gerückt. (Schallende Weiterkeit), ja wohl, Frankreich bekommt neue An- reizungen. (Abg. Emmel (Soz.): Frankreich ist vernünftiger als Sie!) Mein lieber Herr Emmel! (Große Weiterkeit.) Der Revanchegedanke ist in Frankreich noch immer lebendig. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ja wohl, mein lieber Herr Ledebour (Weiterkeit.) Die Gräber von Metz und Straßburg sprechen eine deutliche Sprache, und nichts darf preisgegeben werden von dem, was mit Blut erlauft ist. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Staatssekretär Dr. Delbück: Was hat eigentlich der Abgeord- nete Reich mit seinen Ausführungen begedacht! Sympathien für weitergehende Forderungen hat er nicht erweckt, das zeigte seine Zurückweisung durch den Vorredner. Der Vorredner hat aber weiter erklärt, daß die deutschen Soldaten unfreundlich von der elsäßer-Lothringischen Bevölkerung behandelt werden. Das ist in dieser Allgemeinheit falsch; die Generale sprechen regelmäßig nach den Truppenübungen den Dank für die freundliche und gute Behandlung aus, deren die Mannschaften sich von selten der Bevölkerung zu erfreuen hatten. (Hört! hört! bei den Elsässern und links.) Die Auffassung, die Herr Reich hier vertritt, entspricht nicht der Auffassung der Mehrheit der elsäßer-Lothringischen Bevölkerung. Auch ist es noch nicht lange her, daß Herr Reich das, was die Vorlage jetzt bietet, für unerfüllbare Wünsche erklärt hat; im Jahre 1905 schlug er hier vor die Einber- lebung Elsäßer-Lothringens in das Reich als Bundesstaat, die Auf- schaltung des Reichstags als Landtag für Elsäßer-Lothringen, und die Umwandlung des Landesauschusses in ein vollwertiges Parla- ment und als dritten Paragraphen: „Die Staatsgewalt wird ausgeübt durch den Kaiser und den Landtag.“ Wenn jetzt das, was die Vorlage bringt, dem Abgeordneten Reich über- haupt nicht diskutierbar ist, so scheint es, als ob die Elsäßer selbst noch nicht wissen, was sie wollen.

Der Abgeordnete Emmel stellte es so dar, als ob der Ver- such, den Kaiser als gesetzgebenden Faktor in der Verfassung hinein- zubringen, eine Verdunklung des gegenwärtigen Zustandes sei. Das ist nicht wahr. Vor der Einführung der Reichsverfassung in Elsäßer-Lothringen war für die Landesgesetzgebung der Kaiser und der Bundesrat zuständig, nach der Einführung der Reichsver- fassung war ausschließlich der Reichstag und der Bundesrat zu- ständig, und seit dem Gesetz von 1877 und der Verfassung von 1879 ist zuständig der Kaiser, der Bundesrat und der Landesaus- schuß. (Abg. Emmel: Und die Erklärung des Staatssekretärs Herzog.)

Der Linken scheint die Vorlage zu wenig zu geben, der Rechten zu viel; also hält sie wohl die richtige Mitte ein, und ich hoffe, daß dies in der Kommission anerkannt wird.

Abg. Freiherr v. Hertling (B.): Die Ausführungen des vor- letzten Redners waren als Vorbereitung für ein Versöhnungswerk, zu dem wir uns anschicken, wenig geeignet, ebensowenig wie die Ausführungen des Abgeordneten Reich. Wir werden uns dadurch nicht beirren lassen. Unser Redner Dr. Benderscheer hat die Vorlage bereits als eine brauchbare Grundlage für die Kommissionsberatung bezeichnet. Wir waren vor 40 Jahren nicht der Meinung, nur ein Glacié, einen Grenzwall gewonnen zu haben, sondern wir meinten, das uralte Kulturland werde uns wieder ganz gehören. (Bravo! im Zentrum.) Diese Hoff- ungen sind nicht ganz in Erfüllung gegangen; allerdings existiert eine elsäßer-Lothringische Frage nicht, weder als deutsche, noch als internationale Frage, noch auch als eine elsässische Frage. (Leb- hafte Zustimmung im Zentrum.) Es ist begrüßenswert, daß der Abgeordnete Emmel betonte, die sozialdemokratische Arbeitererschaft in Elsäßer-Lothringen sei der stärkste Träger des deutschen Gedankens. Ich muß aber be- tonen, daß sie nicht der einzige Träger desselben ist; auch die Mit- glieder der Zentrumspartei in Elsäßer-Lothringen gehören zu den Trägern des deutschen Gedankens. (Zustimmung im Zentrum.)

Es ist auch von Hertling gesprochen. Der Hauptfehler ist, daß die staatsrechtliche Entwicklung von Elsäßer-Lothringen nicht rascher gefördert wurde, so daß jetzt nach 40 Jahren es noch nicht zum vollwertigen Bundesstaat ausgestaltet ist. Wir im Säben verstehen unter dem Reich nicht etwa Preußen und die umliegenden Ostschaffen, sondern die Zusammen- fassung der deutschen Stämme. Das ist unser Reichsgedanke, und deshalb muß auch Elsäßer ein vollwertiger Bundesstaat in das Reich eintreten können.

In bezug auf das Wahlrecht zur Zweiten Kammer wünschen meine Freunde das Reichstagswahlrecht. Die Vorlage ent- hält es ja auch, freilich modifiziert durch ein Vorklausulsystem. Diese Differenzierung trifft keine Partei schwerer als eine andere. Jedenfalls werden wir bei der Vorlage nicht scheitern lassen.

Das Zweikammersystem findet sich in den allermeisten europäi- schen Verfassungen. Man hielt es für nötig, der Volkammer als dem Faktor des Fortschritts eine Erste Kammer als Faktor des Beharrens zur Seite zu stellen. (Zuruf links: Demnach!) Gemischte sind oftmals sehr notwendig. (Weiterkeit. Zustimmung rechts.) Zu tabeln haben wir an der Ersten Kammer, wie sie uns vorgeschlagen wird, einmal, daß der Procentsatz der ernannten Mitglieder zu hoch ist, zweitens, daß auch die Mitglieder der Ersten Kammer Diäten beziehen sollen, drittens und hauptsächlich, daß die Wahl nur auf fünf Jahre stattfinden soll. Eine Erste Kammer muß unabhängig sein,

vor allem auch gegenüber den Wählern. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen eine längere Amtsdauer fordern — am besten wäre Lebenslänglichkeit. (Sehr richtig! rechts.) — Wenn Elsäßer-Lothringen nicht die volle Stellung eines gleichberechtigten Bundes- gliedes gewährt wird, so sollte ihm doch wenigstens Vertretung im Bundesrat zugestanden werden, wobei freilich Garantien dagegen geschaffen werden müssen, daß diese Stimmen ein bloßes Anhängsel Preußens werden. — Wir stellen uns im all- gemeinen auf den Boden der Vorlage und werden in der Kom- mission sie in Einzelheiten zu verbessern trachten. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Föhl (Soz.):

Herr Hertling nahm auch für seine Parteifreunde in Anspruch, daß auch die katholischen Arbeiter auf demselben deutschen Stand- punkt stehen wie die sozialdemokratischen Arbeiter in Elsäßer-Lothringen. Da möchte ich ihn doch daran erinnern, daß Jahrzehnte hindurch gerade der Klerus die Arbeitererschaft in dem Glauben hielt, es würde der Tag erscheinen, an dem Elsäßer wieder Frankreich an- gegliedert werde. Erst von dem Augenblick an, als die Sozial- demokratie festen Fuß in Elsäßer-Lothringen setzte, sah sich der Klerus zu einer anderen Stellungnahme genötigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Ausführungen des Herrn v. Liebermann eingu- gehen ist nicht nötig, er ist bereits vom Staatssekretär abgeferligt. Der Reichskanzler hat zugegeben, daß der Verfassungsge- setz Elsäßer-Lothringens mit dem Deutschen Reich ein so langamer ist auch zufolge von Fehlern der Regierung. Meine Parteifreunde sind sich darüber klar, wenn die Regierung mit ihrem Landes- parlament hätte weiter kommen können, wenn sie mit ihrer Befeh- lungsmaschinerie nicht vollständig auf dem Gesichtspunkt angekommen wäre, so wäre es ihr nicht eingefallen, einen neuen Verfassungs- entwurf vorzulegen. Tatsächlich ist die Unzufriedenheit in Elsäßer-Lothringen in allen Schichten der Bevölkerung vor- handen, bei den Arbeitern, bei den Lehrern, den Pro- fessoren, bei dem Bürgertum, ebenso auch in den Stadt- verwaltungen; die Regierung hat eben zu lange gewartet, dem Volke das Recht, mitzuarbeiten, zu geben. Infolgedessen haben wir einen

Stillsand auf allen Gebieten.

Zunächst bei der Arbeitererschaft. Für den Bauarbeiterschutz ist nichts getan. Heute ist noch ein Dekret aus dem Jahre 1730 maß- gebend. Freilich haben die Bezirkspräsidenten Verordnungen er- lassen, doch gelten diese nur für die Städte und Orte mit über 10 000 Einwohnern.

Die Unzufriedenheit beschränkt sich keineswegs auf die Arbeiter. Seit langen Jahren führt die Lehrerschaft bis herauf zu den Professoren der Straßburger Hochschule Klage über Benachteiligung, Vernachlässigung, Veruntreuung und fast alle Kategorien der Ve- amtenerschaft stimmen in diese Klagen ein; Abhilfe ist vom Landesauschuss und seiner klerikalen Mehrheit nicht zu erwarten.

Das Steuersystem ist veraltet und laßbrig;

die Finanzlage schlecht; gegenüber den hier gesungenen Lobliedern auf die wirtschaftliche Wüste des Landes ist auf die Be- völkerungssabnahme des Elässes zu verweisen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) dadurch, daß Elsäßer-Lothringen nicht im Bundesrat vertreten wird, und die Interessen des Reichslandes bei dem Zolltarif, bei der Finanzreform, bei den Schiffahrtsabgaben arg ins Hintertreffen geraten. Daß die für Elsäßer-Lothringen wirt- schaftlich am meisten in Betracht kommenden auswärtigen Staaten keine konsularische Vertretung im Reichslande haben, führt zur schwersten Schädigung der reichsländischen Industrie, des reichsländischen Handels. Jahrzehnte lang sind alle Gesuche der Handelskammer um Genehmigung konsularischer, russischer usw. Konsulate in Elsäßer-Lothringen einfach unbeantwortet geblieben. (Hört! hört! links.) Endlich hat man sich wenigstens zu einer Antwort herabgelassen und sie lautet: Die Errichtung aus- wärtiger Konsulate in Elsäßer-Lothringen ist zurzeit nicht angängig. Augenblicklich fürchtet man, daß, wenn man konsularische, amerikanische, schweizerische Konsulate gestattet, man auch französische Konsulate gestatten muß, und daß dann — o Schrecken! — ge- legentlich einmal die französische Flagge in Elsäßer-Lothringen aufgehht werden könnte. Man scheint also aus der Zeit heraus zu sein, in der man nur Gott fürchtet. (Weiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.) So werden aus lächer- licher politischer Angstmeierei die vitalsten wirtschaftlichen Lebens- interessen des Reichslandes mit Füßen getreten!

Einige Worte zum Meyer Fall! Es sind ein paar Aus- schreitungen junger Leute vorgekommen, die gewiß zu miß- billigen sind. Aber die Hauptsache trägt die Polizei. Statt strafrechtlich gegen den Verein vorzugehen und dadurch die Möglichkeit der Entscheidung durch die ordentlichen Gerichte zu schaffen, fuhr sie mit der Verhinderung des Konzertes dazwischen. Das mußte aufreizen wirken, zumal es in Elsäßer-Lothringen kein verwaltungsgerichtliches Verfahren gibt und der Weichwadelweg notorisch so gut wie nie zum Ziele führt.

Unglaublich ist die

Polizeiwirtschaft in Elsäßer-Lothringen.

Der Kampf gegen alles angeblich oder wirklich „französische“ streift nicht nur die Lächerlichkeit, sondern erklimmt den Gipfel der Pöcherlichkeit. Es ist nur zu verwundern, daß man den Kampf gegen französische „Abzweiger“ usw. nicht auch auf die aus- fremdlische Zeit kommenden Teile der Richter- und Priestertracht ausdehnt. (Sehr gut! und Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Vom Spielen der Parcellaire fürchtet man augenschein- lich den Umsturz alles Bestehenden und neuerdings kämpft die Polizei mit ganz besonderer Energie gegen die staatsgefährlichen Kinematographen. (Weiterkeit.)

Rum zu den Ausführungen des Herrn v. Hertling. Er meinte, die Mehrheit des elsäßer-Lothringischen Volkes sei mo- narchisch gesinnt. Ich möchte ihn doch bitten, eine Volks- abstimmung zu veranstalten, da würde er sich vermutlich bald vom Gegenteil überzeugen. (Lebhafter Beifall bei den Sozial- demokraten.) Die Klerikalen waren früher für den Proporz, dann haben sie ihre Stellung geändert, jetzt wollen sie ihn wieder — aber nur für die Erste Kammer. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Dirksen haben es die eventuellen Arbeitervertreter in der Ersten Kammer angetan; dem will er nie zustimmen, wohl aber gefällt ihm, daß das Reich sich die Eisenbahnhoheit vor- behalten hat. Aber dem elsässischen Volk würde das nicht gefallen, es würden dann Verschlechterungen gegen den jetzigen Zustand ein- treten. Weiter will der Entwurf dem zukünftigen elsäßer-Lothringischen Landtag nur ein

papiernes Budgetrecht

geben. Da kann man sich nicht wundern, daß die Elsäßer-Lothringer dem Reichskanzler nicht Hofmann rufen. Zum Wahl- recht hat schon mein fraktionslosge Emmel betont, daß wir es für alle Personen beiderlei Geschlechts vom 21. Jahre an fordern. Auch beim Zentrum gibt es doch schon Vertreter des Frauen- wahlrechts, z. B. Herrn Schädler. Die Zeit wird nicht fern sein, wo noch mehr bei Ihnen für das Frauenwahlrecht eintreten werden, namentlich wenn sie ohne dasfelde ins Hinter- treffen kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und die Forderung des Wahlrechts für Personen von 21 Jahren ist doch auch nicht unerhört; vor der Annexion konnte jeder der 21 Jahre alt war, in Frankreich wählen. Die Wohnst- klauseln, die im Jahre 1895 für das Wahlrecht eingeführt sind,

verdanken ihre Entstehung der Kuruz der Arbeitererschaft und der Sozialdemokratie.

Diese sollte man fallen lassen, nicht erweitern. Weiter können wir nicht einverstanden sein mit der Bestimmung, daß Personen, die wegen eines Vergehens oder Verbrechen verurteilt sind, wegen dessen auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, das Wahlrecht auf fünf Jahre verlieren.

(Ebensowenig können wir billigen, daß das passive Wahlrecht an das Alter von 30 Jahren gebunden wird, statt wie bisher bei den Stadtvertretungen an das Alter von 25 Jahren. Haben sich denn hierbei irgendwelche Mifstände herausgestellt?)

Der Staatssekretär hat mit Recht — wir können ihm für diese Ausführungen nur dankbar sein — erklärt, daß man mit dem Landes- ausschuss nicht mehr weiter kommt. Alle Versuche, den Landes- ausschuss weiz zu machen, sind mißlungen und müssen mißlingen. Der ganzen Natur der Dinge nach ist der Landesauschuss ein

Parlament der Kirchturnpolitik.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vierzig Jahre sind seit der Annexion Elsäßer-Lothringens ver- flossen, während England zwei Jahre nach Beendigung des Krieges Transvaal die Autonomie gegeben hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat das Land mit dem Diktatur- paragrafen heimgeführt, man hat es einer geradezu un- erhörten Polizeiwirtschaft unterworfen: von Haus zu Haus laufen die Schupsteute und nötigen zur Illumination bei Kaisers Geburtsfest, und wehe dem Hauswirt, der es waagt, dem Verlangen nicht nachzukommen! Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wird er mit allen möglichen Schikanen heimgeführt.

Die Ausführungen des Herrn v. Dirksen standen auf der- selben Höhe, wie die unerhörten Beschimpfungen, mit denen eine gewisse Presse, namentlich die „Deutsche Zeitung“ in Vers und Prosa seit Wochen die Elsäßer-Lothringer überhäuft, um die Verleihung auch nur einer Schattenverfassung zu verhindern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Elsäßer-Lothringer denken nicht daran, sich von Deutschland loszureißen.

Sie bedanken sich aber dafür, weiter als eine rechtlose Hammelherde behandelt zu werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten treten ein für die

Autonomie Elsäßer-Lothringens.

Von ihr erwarten wir auch eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland, wie sie im Interesse liegt der Freiheit, der Zivilisation, der gesamten Menschheit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Grogire (lib. Lothringer): Wir protestieren auf das entschiedenste gegen die Ausführungen des Abg. Liebermann v. Sonnenberg. (Lebhafter Beifall.) Das war die Sprache des Siegers an den Besiegten! Mit solchen Tiraden wird Herr Liebermann sicherlich der deutschen Sache in den Reichsständen keine neuen Freunde gewinnen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.) Herr Liebermann scheint uns nur das Recht lassen zu wollen, den Mund zu halten. Indessen lassen wir den Herrn. (Sehr gut! im Zentrum und links.)

Was den vorliegenden Entwurf betrifft, so können wir ihn nicht betrachten als die uns schon von Bismarck verheißene Regierung des Landes im Lande, sondern vielmehr eine Ab- schlagszahlung, die uns unserer besten Hoffnungen beraubt. Immerhin bedeutet sie einen gewissen Fortschritt und darum wollen wir sie objektiv prüfen. Am besten noch sind die Bestimmungen über das Wahlrecht zur Zweiten Kammer, obwohl entgegen den Wünschen des Landesauschusses bedenkliche Beschränkungen eingefügt worden sind. Der größte Mangel des Entwurfs ist, daß Elsäßer-Lothringen keine Vertretung im Bundesrat erhält. Will man den Einfluß Preußens auf Elsäßer-Lothringen beseitigen, so bleibt nichts übrig, da der deutsche Kaiser vom König von Preußen nicht zu trennen ist, so bleibt nur übrig, da für eine Dynastie die historischen Voraussetzungen fehlen, uns eine Republik auch nicht angängig erscheint, die Einsetzung eines unabhängigen Statthalters oder Regenten.

Werkstatt sind die Ausdehnungen in Metz erwähnt worden. Als Vertreter von Metz sehe ich nicht an, sie zu bedauern, wie sie jeder anständige Mensch bedauert. Aber diese Ausdehnungen sind doch außerordentlich ausgebaut worden. Am besten begeben Sie solchen Strömungen, wenn Sie uns die Verschmelzung erleichtern, indem Sie das Mißtrauen aufgeben, das auch aus dieser Vorlage spricht.

Abg. Dose (Sp.): Wir erkennen an, daß die Vorlage, wenn sie auch die volle Autonomie für Elsäßer-Lothringen nicht bringt, sich doch in der Richtung dahin bewegt. Eine Vertretung des Reichs- landes im Bundesrat ist sehr wohl möglich, und für die wirtschaftlichen Interessen Elsäßer-Lothringens sehr wichtig. (Zustimmung bei der Volkspartei.) — Eine Wendung meines Freundes Raumann hat man so aufgefaßt, als ob er die Frage der republikanischen Verfassung aufwerfen wollte. Er meinte, im Reichsland ist diese Verfassung weit verbreitet; meine Partei hält sich nicht für diskutierbar. (Hört! hört! bei den Sozial- demokraten.) Was die Einzelheiten des Entwurfs betrifft, so halten wir die Erste Kammer für entbehrlich, ebenso das Ueber- bleibsel des Wahlrechts; man sollte lieber dem Gedanken des Pro- portionalwahlrechts näher treten. Der Reichskanzler sollte auf unsere Mitwirkung bei diesem Gesetz Wert legen; sonst könnte es, wie so manche anderen großen Entwürfe, die uns vorgelegt sind, nicht zu- stande kommen und, ohne Propheet zu sein, kann man sagen, daß der Reichskanzler am Schluß der Session vielleicht nur vor einer Menge von Scherben steht. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Haefel (Sp.): Die Vorgänge in Metz sind stark aufgebläht, man sollte sie nicht allzu tragisch nehmen. Man hat uns 1871 zu einem partikularistischen Staat ge- macht, und über die Entwicklung dieses Partikularismus darf man sich nicht wundern. — Entgegengetreten muß ich der Anschauung, als ob die Mehrheit der elsäßer-Lothringischen Bevölkerung republikanisch gesinnt ist. (Abg. Ledebour (Soz.): Lassen Sie doch darüber in Elsäßer-Lothringen abstimmen.) In seinen weiteren Ausführungen erklärt der Redner die Vorlage für eine brauchbare Grundlage der Kommissionsberatung.

Abg. Wetterlé (El.) weist scharf die Angriffe des Abg. v. Dirksen auf die Elsäßer-Lothringer zurück und schließt sich im allgemeinen den Ausführungen des Abg. Reich an. — Man hat das Verhältnis zwischen Deutschland und Elsäßer-Lothringen eine Vernunft- he genannt. (Weiterkeit.) Auch eine Vernunft- he kann glücklich sein, wenn keine Seite den Bogen überspannt. Wir Elsäßer-Lothringer sind doch kein unzivilisierter Regentamm. — Der Fürst Dohenslohe hat in seinen Memoiren geschrieben: „Es scheint, daß man in Berlin durch degoratorische Maßnahmen die Elsäßer-Lothringer zu Bergweilungsstufen treiben möchte, um Vorwände zur Ver- handlung des Belagerungszustandes zu haben.“ (Lebhaftes Hört! hört!) Die Altsoldaten, nicht wir, wollen den Krieg, wir wollen den Frieden, aber den Frieden in Ehren! Wir wollen nicht mehr Eigentum des Reiches, wir wollen mit- eigentum des Reiches sein! (Lebhaftes Bravo! bei den Elsässern.)

Elsäßer-Lothr. Staatssekretär Horn v. Sulach: Die Vorlage der Verbündeten Regierungen will die Gegensätze abschwächen, Reden, wie die des Vorredners, verhärschen die Gegensätze. Die Politik, die Herr Wetterlé und seine Freunde betreiben, liegt nicht im wahren Interesse Elsäßer-Lothringens. Diese Politik ist ebenso schädlich, wie auch der anderen Seite die Uebertreibungen altsoldatischer Mänter! Was uns da Herr Wetterlé vorgegetragen hat, entspricht nicht der Wahrheit! (Erregte Zurufe von den Elsässern.) Wenn die Vorlage auch nicht die vollständige Autonomie bringt, die auch ich als guter Elsäßer wünsche, so ist sie doch ein Schritt dazu, und ich hoffe noch lange genug zu leben, um die vollständige Autonomie zu erleben.

Abg. Graf v. Nitzky (B.) tritt für die vollständige Autonomie Elsäßer-Lothringens ein. Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte an- genommen.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 23 Mitgliedern. Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Revisionen bei bürgerlichen Rechtsfreigeistlichen vor einem obersten Landesgericht, Petitionen.) Schluß 1/8 Uhr.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine erfreuliche Entwicklung hatte der stark ländliche Bezirk Oldenburg-Ostfriesland im letzten Quartal 1910 zu verzeichnen. Er gewann in dieser Zeit 831 männliche und 119 weibliche Mitglieder. Wenn auch 554 männliche und 73 weibliche Mitglieder ausgeschieden (reichlich 60 Proz. Abmeldungen nach anderen Orten), bleibt dem Bezirk immer noch ein reiner Mitgliederzuwachs von 328 Mitgliedern. Am 1. Januar 1911 zählte er 5889 männliche und 1240 weibliche Mitglieder.

Der Sozialdemokratische Verein für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Stadt) hat im vergangenen Halbjahr — Juli bis Dezember 1910 — einen unter den gegebenen Verhältnissen erfreulichen Fortschritt gemacht; seine Mitgliederzahl ist von 3072 am 31. Juni v. J. auf 3882 gestiegen. Die Zunahme beträgt 298 männliche und 42 weibliche Mitglieder. Dieser Fortschritt ist um so bemerkenswerter, als der 12. Wahlkreis das Zentrum von Leipzig umfaßt, das durch die Niederlegung aller Wohnhäuser und die Erbauung von Geschäftshäusern ständig an Arbeiterbevölkerung verliert. — Einmalig ist ein Kasernenbestand von 4637 M. betrug die Einnahme im genannten Halbjahr 12 798 Mark, davon aus Beiträgen 7264 M. Für die Bibliothek, die gegenwärtig 7700 Bände umfaßt, wurden 1259 M. aufgewendet; Entlehnungen wurden 6926 registriert. An den Parteivorstand sind 1000 M., an das Leipziger Bezirksagitationskomitee 1100 M. abgeführt worden. Der Kasernenbestand beträgt 6058 M. Die Parteigenossen hoffen trotz aller ungünstigen Verhältnisse das Geschäftsjahr mit mindestens 4000 Mitgliedern abzuschließen.

Jugendbewegung.

Eine Konferenz der niederösterreichischen Jugendorganisation

hat ein erfreuliches Bild. In 34 Zweigvereinen des Reichsverbandes jugendlicher Arbeiter sind in Niederösterreich 2472 jugendliche Arbeiter organisiert. Imposante Ziffern liefert die Statistik der Bildungsvereinstellungen; auch die Behörden und Gerichte waren nicht müde, und es regnete förmlich Beurteilungen wegen des Kolportageverbotes. Auf der Konferenz wurde unter anderem auch die Wichtigkeit der Propaganda gegen den Alkoholismus hervorgehoben.

Soziales.

Feststellung eines Unfalls durch Zeugenaussagen.

Der Monteur Wilhelm R. erlitt im Mai 1907 dadurch einen Unfall, daß er beim Gehen mit voller Wucht mit dem Kopf gegen einen eisernen Träger stieß. Die Gewalt des Stoßes war derart, daß R. benommen wurde und sich eine halbe Stunde setzen mußte. Am nächsten Tage stellten sich Kopfschmerzen ein. R. ging aber trotz der Beschwerden weiter seiner Beschäftigung nach. Dem Rat seiner Ehefrau, einen Arzt zu konsultieren, kam R. zunächst nicht nach. Am 24. April 1908 mußte R. die Arbeit einstellen und wurde vollständig erwerbsunfähig. Da die geistigen Kräfte des R. völlig geschwunden waren, er seine Angelegenheiten nicht mehr selbst wahrnehmen konnte, wurde die Ehefrau als Pflegerin für ihn eingesetzt.

Dieselbe stellte nunmehr bei der zuständigen Berufsgenossenschaft für Feinmechanik und Elektrotechnik den Antrag, ihren Ehemann für die Folgen des Unfalls vom Mai 1907 zu entschädigen, da die Krankheit, die nervösen Störungen, ursächlich auf diesen Unfall zurückzuführen seien. Die Genossenschaft lehnte jedoch den Anspruch ab, da der Nervenarzt Dr. W., den die Genossenschaft hörte, den Zusammenhang der Krankheit mit dem Unfall verneinte. Der Unfall wurde als nur geringfügig angesehen.

Gegen den ablehnenden Bescheid der Genossenschaft wurde Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtkreis Berlin eingelegt. Der von R. zuerst konsultierte Arzt konnte den Patienten nicht freier her. Er war der Ansicht, daß ein Zusammenhang zwischen der Erkrankung und dem Unfall gegeben sei. Desgleichen der Vertrauensarzt der Landes-Versicherungsanstalt Berlin, Dr. Fr., gelegentlich der Untersuchung infolge eines Invalidenrentenantrages.

Das Schiedsgericht holte nunmehr ein Gutachten vom Geh. Med. Rat Dr. L. ein. Dieser Arzt erklärte:

„Die Forderung des nachgewiesenen zeitlichen Zusammenhangs ist durchaus nicht erfüllt. . . . R. hat nach seinem Unfall weiter gearbeitet, erst beinahe ein Jahr später ist er zum Arzt gegangen. . . . Wenn R. unmittelbar im Anschluß an seinen Unfall nervös erkrankt wäre, so würde ich unbedingt den Zusammenhang für gegeben betrachten.“

Das Schiedsgericht wies auf Grund dieses Gutachtens die Berufung zurück.

Nunmehr wurde Refurs beim Reichsversicherungsamt eingelegt. In der Refurschrift wurde darauf hingewiesen, daß R. kurze Zeit nach dem Unfall anfangs über Kopfschmerzen zu klagen; daß im Laufe weniger Monate förmliche Depression eintrat und R. ein ganz verändertes Gebaren zeigte. Die Annahme des von der Genossenschaft gehörten Arztes Dr. W., daß es sich offenbar nur um einen geringfügigen Unfall gehandelt habe, werde durch das Zeugnis des Mitarbeiters des R. widerlegt. Die Mitarbeiter wurden vom Reichsversicherungsamt vernommen und befragt, daß R. mit aller Wucht gegen den Pfeiler lief und nach diesem Stoß wie geistesabwesend war. Des Weiteren wurde bezeugt, daß R. in der Folgezeit immer wieder über Kopfschmerzen klagte.

Das Reichsversicherungsamt übermittelte die Akten mit den Zeugenaussagen dem Geh. Med. Rat Dr. L. mit der Anfrage, ob er nunmehr zu einer anderen Auffassung über den Zusammenhang zwischen Unfall und der Krankheit komme.

Geh. Med. Rat Dr. L. erklärte nunmehr, daß, wenn die Aussagen der Mitarbeiter als zutreffend angesehen werden, auch der ursächliche Zusammenhang zwischen Krankheit und dem Unfall anzunehmen sei.

Das Reichsversicherungsamt verurteilte nunmehr die Berufsgenossenschaft zur Entschädigung.

Für unser Leser ergibt sich aus diesem Fall wiederum die Mahnung, bei derartigen Unfällen sofort einen Arzt zu Rate zu ziehen. R. wäre sicher abgemeldet worden, da er nach seinem Unfall keinen Arzt konsultierte, wenn nicht zufällig durch die Zeugenaussagen seiner Mitarbeiter einwandfrei nachgewiesen werden konnte, daß der Unfall erheblicher Art war und daß R. nach dem Unfall über Kopfschmerzen klagte.

3 1/2 Jahre langer Kampf eines Landarbeiters um eine Hinterbliebenenrente.

Am 27. April 1907 morgens 4 1/2 Uhr ging der Haushalter Philipp Kramer in Bietdorf (Herzogtum Lauenburg) von seiner Wohnung nach dem güterherrlichen Stall, um dort die Milch zur Verfertigung nach der Stadt zu beschaffen. Er trug dabei mit einem Kuhfütterer gemeinschaftlich schwere Kübel mit Milch nach einem Wagen. Bei dieser Tätigkeit kam er auf dem glatten Boden des Stallhofes zu Fall und stürzte mit der linken Seite auf den eisenschlagenden Kübel aufschlagend heftig hin. Er lag darauf nach seiner auf dem Gute belegenen Wohnung und erzählte seiner Frau den Vorfall, wobei er sehr über anbauende und heftige Schmerzen in der linken Seite und besonders im linken Schenkel klagte. Seine Schmerzen wurden bald so schmerzhaft, daß er sich zu Bett begeben mußte und die Frau den Inspektor des Gutes holte, dem Kramer seinen Unfall mitteilte. Es wurde gleichseitig ein Arzt Herr Dr. Reupold-Krampe telefonisch herbeigerufen. Er erschien um 2 1/2 Uhr nachmittags und stellte starke Konvulsion am linken Oberschenkel fest. Weitere ärztliche Hilfe der Arzt nicht unter suchte. Am 29. April 1907 erkrankte die Ehefrau Kramer wiederum den Inspektor um ärztliche Hilfe, da sich der Zustand ihres Mannes verschlechtert habe. Er fieberte und spuckte auch Blut. Der Arzt wurde erst zum 30. April bestellt. Dieses Mal konsultierte der Arzt „Krampe“.

Am 2. Mai besuchte er wieder Kramer und stellte jetzt fest, daß dieser an „Bundrose, Lungenentzündung und Gelenkrheumatismus“ erkrankt sei, daß seine Lebensführung in das Krankenhaus notwendig sei. Daraufhin wurde Kramer auf offenem Wagen in das benachbarte Krankenhaus zu Radeburg geschafft. Dort wurde Kramer an „akuten Gelenkrheumatismus“ behandelt. Am 9. Mai 1907 verstarb er. Als Todesursache wurde vom leitenden Arzte des Radeburger Krankenhauses — „Entzündung des Herzens infolge akuten Gelenkrheumatismus“ angegeben. Bis zum Unfall war der Beschorbene stets gesund gewesen. Die Witwe, die nun mit vier kleinen Kindern hilflos dastand, stellte bei der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Sektion Lauenburg, den Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenrente für sich und ihre vier Kinder. Der Antrag wurde aber am 5. August 1907 abgelehnt mit der Begründung, es sei nicht erwiesen, daß Kramer an den Folgen eines erlittenen Unfalles gestorben sei.

Nunmehr legte die Frau durch das Lübecker Arbeitersekretariat Berufung bei dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Schleswig ein.

Das Schiedsgericht kam zur Abweisung der Berufung am 1. November 1907. Eine Reihe Zeugen, denen unmittelbar nach dem Unfall von demselben Kenntnis gegeben war, sowie der behandelnde Arzt Herr Dr. Reupold waren nicht gehört.

Auf Refurs hob das Reichsversicherungsamt am 1. Mai 1908 das Urteil auf und verwies die Sache zur anderweitigen Behandlung an das Schleswiger Gericht zurück.

Dr. Reupold wurde nun vom Schiedsgericht vernommen. Sein Gutachten ging im wesentlichen dahin:

„Die Untersuchung ergab eine sehr schwere Wundinfektion (Bundrose mit Blutvergiftung), septisches Sepsisblut und eine Lungenentzündung hinten. Ich bin der Ansicht, daß die Lungenentzündung direkt durch den Fall verursacht ist infolge Blutergusses mit folgender Entzündung desselben und daß auch die sich später anschließende Endocarditis, welche von Herrn Dr. Verendenis erwähnt ist, auf den Unfall zurückzuführen ist. Die „rheumatischen Gelenkschmerzen“, von denen die Rede ist, sind meines Erachtens ebensowenig wirklich rheumatisch, wie die Endocarditis, sondern beide sind zweifellos septischen Ursprungs, das heißt Folgen der aufgetretenen schweren Wundinfektion, die von der kleinen, beim Falle entstandenen Hautwunde ausgegangen ist. Es ist also infolge des Falles eine Oberschenkelverletzung, ein Bluterguß in die Lunge, mit anschließender Entzündung, eine Hautwunde am Oberarm mit schwerer Wundinfektion, Bundrose und Sepsis, die zu Gelenkschmerzen und mäßiger Endocarditis mit tödlichem Ausgange geführt hat, entstanden. Da Kramer von der Entzündung der Bundrose mit Sepsis mit ihren anschließenden Folgen — Sepsisblutungen usw. — und in der Lungenentzündung als Vate keine Kenntnis gehabt hat und andererseits die Schenkelverletzung bei der schweren Allgemeinerkrankung und der Bettruhe wenig geschmerzt hat, ist es leicht erklärlich, daß er den Unfall bei der Aufnahme im Krankenhaus nicht erwähnt hat.“

Die Nichterwähnung des Unfalles im Krankenhaus wurde hervorgehoben, weil Dr. Verendenis, der Arzt des Krankenhauses, auf diesen Punkt Gewicht gelegt hatte.

Dr. Verendenis blieb in einer Gegenäußerung dabei, seine Diagnose (akuter Gelenkrheumatismus) treffe zu und wenn Kramer einen Unfall erlitten habe, so müsse derselbe geringfügig gewesen sein und stehe mit dem tödlichen Ausgange der Krankheit in keinem Zusammenhange.

Das Schiedsgericht kam am 4. September 1908 abermals zur Abweisung des Rentenanspruches.

Zum zweiten Male wurde Refurs eingelegt. Der Refurschrift wurde das Gutachten eines Dr. Schlomer überreicht, der zu demselben Schluß wie der behandelnde Arzt kam. Das Reichsversicherungsamt ordnete umfassende Beweisnahme an. In dieser befandeten eine Reihe Zeugen, daß von dem Unfall des Kramer erzählt war. Ein von der Direktion des Lübecker allgemeinen Krankenhauses erfordertes Obergutachten wurde von dem Leiter des Krankenhauses, Herrn Professor Dr. Noth, erstattet und kam dieses in seinem Schluß nach längerer eingehender Begründung zu dem Schluß, daß der Tod Kramers durch Unfallfolgen erfolgt sei.

Am 15. März 1910 — also nach beinahe drei Jahren vom Tage des Unfalles gerechnet — entschied das Reichsversicherungsamt, daß hier ein entschädigungspflichtiger Unfall vorliege und erkannte der Witwe und ihren vier Kindern die Hinterbliebenenrente zu.

Run hob ein Kampf um die Höhe der Rente an.

Die Berufsgenossenschaft legte der Berechnung der Rente nur den Jahresverdienst geschätzter ländlicher Arbeiter zugrunde. Demgemäß kam den Bestimmungen der §§ 16 und 17 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes zufolge der von der höheren Verwaltungsbehörde für den Bezirk Lauenburg zugrunde gelegte Jahresarbeitsverdienst dort beschäftigter ländlicher Arbeiter in Frage. Das war aber nur ein Betrag von 500 M. pro Jahr. Wäre die Witwe für sich und ihre vier Kinder nur je 60 M. Rente pro Jahr, im ganzen also 300 M. erhalten.

Der Beschorbene war aber sogenannter Haushalter. Das heißt, er hatte gewisse Vorgesetztenqualifikation. So z. B. mußte er die Aufsicht über die vorkommenden Arbeiten ausüben, besonders beim Melken, der Fütterung des Viehes, das Mästen der Milch regulieren, die Pflege der Weiden lag ihm ob, auch mußte er die De- und Geburtsregister des Viehes führen usw. Arbeiten, die erlernen sein wollen, und für die auch tatsächlich Kramer eine gewisse Zeit früher auf einem anderen Gute durchgemacht hat. Es war ein besonderer schriftlicher Dienstvertrag mit seiner Gutsherrschaft geschlossen, in dem die von ihm zu leistenden Arbeiten und Beauftragungen genau fixiert worden waren und ein Lohn von etwa 1300 M. — inklusive aller Nebeneinnahmen — vereinbart war.

Die dahin gerichteten Darlegungen des Arbeitersekretariats hatten Erfolg. Die Berufsgenossenschaft hob am 4. August 1910 ihren Bescheid vom April wieder auf und bewilligte den Hinterbliebenen eine Rente gemäß einem Jahresarbeitsverdienst von 1275 M. Danach erhält sie für sich und jedes Kind je 153 M., im ganzen also 765 M. jährlich. Die Rente vom 9. Mai 1907 ab wurde nachgezahlt.

Der Fall zeigt, wie ungeheuer — leicht es einige Ärzte und Schiedsgerichte mit Gutachten in Unfällen nehmen, und wie ungeheuer schwer die Durchführung eines Rentenanspruchs für die Witwe und Kinder ist. Er beweist aber auch, wie notwendig eine unentgeltliche Rechtshilfe der Unbemitteltesten ist und wie segensreich sich unsere Arbeitersekretariate erweisen. Ohne deren Hilfe wäre die Frau wohl niemals in den Besitz der Rente gelangt.

Gerichts-Zeitung.

Sum Lichtenberger Urteil gegen die Jugendbewegung.

Gegen das am letzten Dienstag gefällte Urteil ist von den erstinstanzlich Verurteilten Berufung eingelegt. Das „Lichtenberger Tageblatt“ berichtet in seiner Freitagnummer über den Prozeß unter Fortlassung aller Wesentlichen und unter Lobpreisungen der Lichtenberger Kriminalpolizei. Ganz besonders arg hat es das Blättchen oder seinen kriminalpolizeilichen Einbläser verschärft, daß wir in Unkenntnis des Polizeiranges des Zeugen Baumann diesen als Wachtmeister bezeichnet hatten. Das Blättchen schreibt: „Der ‚Vorwärts‘ glaubt sich für diese Verurteilung an dem Kriminalkommissar Baumann dadurch rächen zu können, daß er ihn in einem Bericht als Wachtmeister bezeichnet.“ Delleke Einfall! Wuppoll entziehen wir hiermit den Herrn Baumann seines Wachtmeisterpostens.

Entsefelung des Gewerkschaftshauses in Gäßtebiede.

In Gäßtebiede in der Neumark hatte sich belanntlich die dort zahlreich vertretene organisierte Arbeiterschaft ein eigenes Heim geschaffen. Der Maurer Jäckel, damals der grundbuchlich eingetragene Eigentümer, erhielt aber für die Versammlungsräume die Schankkonzession nicht. Man trank dort aber doch öfter Bier. Jäckel wurde darauf wiederholt im Jahre 1908 wegen ungesetzlicher

Ausübung der Schankwirtschaft verurteilt. Dann wurden Schankgefäße beschlagnahmt und schließlich erfolgte nach vorheriger Androhung die Verriegelung der Räume, in denen nach Annahme der Behörden ein gewerbemäßiger Schankbetrieb stattgefunden haben sollte. Das Oberverwaltungsgericht wies feinerzeit die Klage Jäckels als unzulässig ab, weil gegen die Ausführung einer Zwangsmahregel die Klage nicht gegeben sei, die Androhung der Zwangsmahregel aber nicht angefochten war. Jene frühere Verriegelung verlor inzwischen ihre Kraft; das grundbuchlich eingetragene Eigentumsrecht ging auf den Maurer Jordan über. Nun folgte in neuerer Zeit der zweite Akt der Verriegelung. Der Vorstand des Zweigvereins Gäßtebiede des Deutschen Maurerverbandes hatte dem Amtsvorsteher für den 9. Januar 1910 ein geschlossenes Vereinsvergnügen mit Tanz angezeigt. Dagegen wurde nichts eingewandt. Jedoch machte der Amtsvorsteher den Vereinsvorstand darauf aufmerksam, daß gelegentlich der Tanzlustbarkeit ein Schankgewerbe auf keinen Fall ausgeübt werden dürfe; widrigenfalls würden die Räume amtllich verriegelt werden. Das Fest verlief in aller Ruhe und Gemütlichkeit. Man trank Bier, das der Verein angeschafft hatte und an die Mitglieder zum Selbstkostenpreise abgab. Der Vereinsvorstand hielt sich zu diesem Vorgehen, weil es nicht die Ausübung eines Schankgewerbes darstelle, berechtigt. Zunächst wurde auch nichts vom Amtsvorsteher unternommen. Am 28. Januar aber, also nach mehr als 14 Tagen, verriegelte der Amtsvorsteher auf Anweisung des Landrats die Räume, in denen nach seiner Meinung ein unerlaubter Schankbetrieb erfolgt sei. Die Widerrechtlichkeit dieser Maßnahme haben wir feinerzeit kritisiert.

Der Maurer Jordan beschwerte sich und verlangte die Aufhebung der Verriegelung. Der Landrat und der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. verworfen die Beschwerden. Sie bestritten aus verschiedenen Gründen, daß Jordan überhaupt legitimiert sei, gegen die Verriegelung vorzugehen. Besonders wurde behauptet, er sei als Eigentümer vorgeschobene Person (Strohmann), in Wirklichkeit hätte der Zweigverein des Maurerverbandes das Verfügungsrecht.

Jordan klagte nun beim Oberverwaltungsgericht, vor dem ihn Rechtsanwalt Wolfgang Heinz vertrat. Dieser erörterte eingehend die verschiedenen in Betracht kommenden Rechtsfragen und kam zu dem Schluß, daß auf keinen Fall die Verriegelung aufrechterhalten bleiben könne. Jordan sei sicher legitimiert zur Klage als der grundbuchlich eingetragene Eigentümer. Er sei in seinen Rechten verlehrt. Für ihn sei die Verriegelung auch nicht bloß die Durchführung einer angeordneten Zwangsmahnahme, denn ihm gegenüber sei die Verriegelung gar nicht angeordnet worden. Was die Maßnahme selbst angeht, so stehe hier der (übrigens durchaus zulässige nichtgewerbemäßige) Bierauschank im Vereinskreise vom 9. Januar 1910 fest. Die erst am 28. Januar vorgenommene Verriegelung könne also gar keine Zwangsmahnahme zu seiner Behinderung sein und müsse schon deshalb fallen.

Das Oberverwaltungsgericht hob am Donnerstag den Bescheid des Regierungspräsidenten auf und setzte die darin aufrechterhaltene Verriegelung außer Kraft. Es wurde ausgeführt: Der Kläger Jordan sei als Hauseigentümer zum Vorgehen im Verwaltungsrecht verfahren legitimiert, denn es liege nichts vor, woraus entnommen werden könnte, daß die Auflassung des Grundstücks an ihn das Eigentumsrecht nicht übertragen hätte. Könnte aber J. als Eigentümer klagen, dann könnte es nur auf die Verriegelung an, nicht auf die Androhung an den Vereinsvorstand. Da außer dem Schankbetrieb vom 9. Januar nichts weiter vorlag, so konnte die Verriegelung vom 28. Januar keinen anderen Zweck haben, als einen Betrieb zu verhindern, der 14 Tage vorher erfolgt war. Das sei ein Widerspruch in sich selbst, der zur Aufhebung der Verriegelung führen müsse.

Ist ein Konzert eine einer Tanzmusik oder einem Ball ähnliche Lustbarkeit?

Von der Entscheidung dieser Frage hing der Ausgang eines Strafverfahrens ab, das gegen den Musikdirektor Wöhner aus Ransfeld wegen Übertretung der Verordnung vom 27. Oktober 1905 eingeleitet worden war. Diese Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen entfällt gleich den in andern Provinzen erlassenen Verordnungen zum Schutze der äußeren Heiligkeit der Sonn- und Feiertage die Bestimmung, daß die in Gastwirtschaften veranstalteten Tanzmusiken, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten, auch wenn sie in geschlossenen Gesellschaften stattfinden, an Sonn- und Feiertagen nicht vor drei Uhr nachmittags beginnen dürfen.

Herr Wöhner hatte am 1. Mai bei der sozialdemokratischen Musikfeier im Pajemannschen Lokal zu Helbra verträglich die Musik zu stellen. Die Strafkammer in Eisenach als Berufungsinstanz verurteilte ihn wegen Übertretung der zitierten Bestimmung zu einer Geldstrafe, weil das Konzert seiner Kapelle am 1. Mai, einem Sonntage, schon vor 3 Uhr nachmittags begonnen habe. Die Strafkammer ging davon aus, daß ein Konzert eine Veranstaltung wäre, die einer Tanzmusik oder einem Ball ähnlich sei.

Das Kammergericht gab der vom Angeklagten eingelegten Revision statt und sprach ihn frei. Begründend wurde ausgeführt: Die angezogene Bestimmung könne auf das Konzert nicht angewendet werden. Ein Konzert sei nicht eine Lustbarkeit, die einer Tanzmusik oder einem Balle ähnlich sei. Mit dergleichen „ähnlichen“ Veranstaltungen meinten die Verordnungen über die äußere Heiligkeit der Sonn- und Feiertage Karnevalsveranstaltungen, Kostentzüge und ähnliches. Nun enthalte die Verordnung allerdings noch eine Bestimmung, wonach während der für den Nachmittagsgottesdienst festgesetzten Zeit, soweit sie nicht über drei Uhr nachmittags hinausreicht, Musikaufführungen nicht gestattet seien. In Helbra gebe es aber keinen Nachmittagsgottesdienst. So scheide diese Bestimmung auch aus und der Angeklagte müsse ohne weiteres freigesprochen werden.

Verfammlungen.

In einer imposanten Kundgebung gegen den preussischen Beamtenstaat kam es am Dienstag im „Noobiter Gesellschaftshaus“ in der Bielefelderstraße. Dort sollte Genosse Ledebour über das Thema „Volkstaat oder Beamtenstaat“ sprechen. Gerade die Bevölkerung von Noobit hat ja über den Beamtenstaat ihre eigenen Erfahrungen machen können. Was Wunder, wenn sie in Massen herbeiströmte. So füllte sich denn rasch der große Saal, bis er die Menge der Erschienenen nicht zu fassen vermochte. Noch ein Saal mußte zur Hilfe genommen werden. Und dann noch einer. In drei Sälen staute sich schließlich die Menge von 5000 Personen. Neben dem Genossen Ledebour mußten als Nebener noch die Genossen Lepnich und Dr. Rofe einspringen. Alle Redner fanden bei ihrer Kritik des preussischen Beamtenstaates natürlich brausen den Beifall. Hochbefriedigt von dem Verlauf der über Erwartung gelungenen Kundgebung verließen dann die Teilnehmer derselben den Schauplatz der imposanten Demonstration.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Arnswalde - Friedberg, Ostpreußen Berlin. Heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr, bei Paul Thimm, Küster Straße 79: Generalversammlung. Gäste willkommen.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen in Deutschland (E. S. 26). Offenbach a. M. Verwaltungsstelle Berlin II. Sonntag, 29. Januar, abends 6 Uhr, im Lokale von S. Gohrstr. 2: Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter Halle Berlin 2. Sonntag, 29. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Volgt, Badstr. 59: Mitgliederversammlung.

Literarische Rundschau.

Aus dem letzten Jahrhundert der freien Reichsstadt Frankfurt.

Unter den deutschen Städten, deren Geschichte eine allgemeinere Bedeutung hat, nimmt Frankfurt a. M. eine hervorragende Stelle ein. Lange die finanzielle Hauptstadt Deutschlands, spielte es zuvor schon eine große Rolle als ein Hauptmittelpunkt des Zwischenhandels; man braucht bloß an die Zeiten zu erinnern, als die Frankfurter Messen weltberühmt waren. Wie die alte Stadt am Main für unsere Wirtschaftsgeschichte bedeutungsvoll ist, so hat sie auch in der politischen Vergangenheit Deutschlands hienieder den Schauplatz wichtiger Ereignisse abgegeben. War die in Frankfurt a. M. stattfindende Wahl und Krönung der römischen Kaiser deutscher Nation zuletzt nicht eben ein weitersehenderes Ereignis, so hat im 19. Jahrhundert Frankfurt als Sitz zweier Körperschaften gedient, wovon die eine mit Recht überliefert ist, der Bundestag, die andere zwar auch nicht übermäßig viel schöpferische Tätigkeit entfaltet hat, immerhin aber als erste Volksvertretung der ganzen deutschen Nation unübergehtlich ist, die Frankfurter Nationalversammlung von 1848-49. Schließlich haben auch für die Geschichte der Arbeiterbewegung bedeutungsvolle Vorgänge sich in Frankfurt abgespielt: Gründe genug, um die Geschichte der alten freien Reichsstadt, zumal im letzten Jahrhundert ihres Bestehens nicht nur für ihre Insassen interessant erscheinen zu lassen, sondern auch für Angehörige anderer Gauen in den historischen Gesichtskreis zu rücken.

So durchfließt, wer sich für die deutsche Vergangenheit interessiert, mit Vergnügen das Buch, in dem jüngst Hermann Wendel *) die Geschichte der freien Reichsstadt „Frankfurt am Main von der großen Revolution bis zur Revolution von oben (1789-1806)“ behandelt hat. Die Wendelsche Schrift fesselt um so mehr, als sie die bunten Schicksale der Kaufmannsrepublik am Main an der Hand der geschichtsmaterialistischen Methode behandelt, die Dinge in inneren Zusammenhängen bringt, während sonst gerade Städtegeschichten leicht einen kronleuchtigen Wust von Tatsachen zusammentragen, deren ursächliche Verknüpfung dem Historiker selber nicht recht klar ist. Indem hingegen Wendel als Anhänger des historischen Materialismus von den ökonomischen Grundlagen ausgehend, die Interessen- und Klassengegensätze im Auge behält, entdeckt er den roten Faden, der durch die innere Geschichte der freien Stadt in ihrem letzten Jahrhundert hindurchgeht; das ist der Gegensatz zwischen dem von Alters her dominierenden Handelskapital, das, rückwärts gewandt, auch in gewerblichen Dingen konservativ ist und am Junktivismus festhält, und dem aufkommenden Industriekapital, das den Ruf nach Gewerbefreiheit erhebt, aber erst in den letzten Jahren der Frankfurter Selbstständigkeit damit zum Siege gelangt. Angellungen hat das Verlangen nach Gewerbefreiheit aber bereits bei den Sendenbergschen Händlern, an der Schwelle der Zeit, deren Behandlung durch Wendel hier mit ein paar Strichen skizziert werden mag, um eine Vorstellung von dieser erfreulichen Vereinerung unserer geschichtlichen Literatur zu geben.

Dieser Sendenberg war nach Mitte des 18. Jahrhunderts seinen Kollegen im Frankfurter Senat ein Dorn im Auge. Er war selbst nicht eben der beste Bruder, aber immerhin aus ganz anderem Holz geschnitten, als die patrizische Sippe, deren Klängelwirtschaft er rüchlichlos angriff, um ihnen freilich schließlich zu erliegen und von endloser Haft erst durch den Tod befreit zu werden zu einer Zeit, als schon mit der französischen Revolution eine neue Epoche auch an das morsche Gebäude der freien Reichsstadt rührte und auch hier wie überhaupt im Deutschen Reiche, das Alte wenigstens teilweise zum Stürzen brachte. Frankfurt suchte sich mit Rücksicht auf die Handelsinteressen der tonangebenden Kreise durch die Kriegsjahre der Revolutionszeit hindurchzuwinden, ohne es mit der einen oder anderen Partei zu verderben, wobei es dann mitunter zwischen zwei Feuer geriet. Der erste Einzug der Franzosen unter Custine brachte den Geldleuten den tiefen Schmerz, daß eine schwere Kontribution auf sie fallen sollte, während sie doch gewohnt waren, alle Lasten auf die Masse abzuwälzen; das kleinbürgerliche Gros der Bevölkerung war aber zu rückständig, um sich für die revolutionären Ideen zu erwärmen, sondern leistete zum Teil den Verbündeten 1792 bei der Mäheroberung Frankfurts Beistand. Bei alledem kam die Stadt aber schließlich doch in der napoleonischen Zeit dauernd unter französischem Einfluß, wurde mit einem größeren Gebiet erst zum Primatialstaat, dann zum Großherzogtum Frankfurt als dessen Hauptstadt zusammengefaßt unter dem Fürsten von Dalberg. Der Einfluß der Erbbarkeit blieb, als nun die revolutionäre Bewegung ihren Einfluß auch in Frankfurt geltend zu machen begann, doch so groß, daß unter anderem die Junktverfassung die Franzosenzeit überlebte, freilich mit Vernichtung bedroht, ein Hauptgrund, warum sich das Patriziat schließlich, als es mit Napoleon bergab ging, auf die Seite der Verbündeten neigte.

Somit war die Franzosenzeit für den Frankfurter Besitz eine goldene Zeit gewesen. Der Schmuggel mit Kolonialwaren und englischen Industrieerzeugnissen, der infolge der Kontinentalperre blühte, hatte in Frankfurt eine Hauptstätte und brachte viel Geld unter die Leute, d. h. die Kaufleute. Neben diesem Geschäft gedieh

besonders das der emporkommenden hohen Finanz. Die Familie Rothschild vor allen „arbeitete“ sich in die Höhe. Mayer Amiel Rothschild trieb, zuerst mit dem Blutgeld, das der fürsüchtige Soldatenhändler von Hessen-Kassel ihm anvertraut hatte, seine Börsen- und Anleihegeschäfte mit großem Erfolg, während seine Söhne im Schmuggel riesige Profite machten. Als Frankfurt nach dem Wiener Kongreß wieder als freie Reichsstadt eine selbstliche Urständ erlebte, spielte die jüdische Finanzaristokratie bald eine große Rolle in der Stadt wie in der Welt. In der Welt jedenfalls eine größere als die oberste Behörde des deutschen Bundes, die seit 1815 in Frankfurt tagte, der deutsche Bundestag setzten Angebensens. Die neue Verfassung der Stadt war zwar reaktionär genug, aber doch nicht mehr so mittelalterlich wie vor der Revolution. Besonders hatte sich inzwischen der Uebergang der Regierungsgewalt aus der Hand des Patriziats in die unmittelbare Verfügung des Kaufmannskapitals vollzogen. Dieses verbandete noch immer seine Interessen mit denen des Junktbürgertums und war wirtschaftlich reaktionär. Hierin erwies sich dann die Frankfurter Regierung halbtätig bis zum Selbstmord, als die preußische Zollvereinspolitik begann. Frankfurt wollte davon nichts wissen und wurde nunmehr eingekreist, handelspolitisch in die Stellung einer belagerten Stadt gebracht, so daß der Handel ersärend zurückging und schließlich doch nichts anderes übrig blieb, als der Anschluss an den Zollverein. Damit trat ein wirtschaftliches Wiederaufblühen Frankfurts ein, wenn auch in stark veränderter Richtung. Aber auch die Bestrebungen der jüngeren Elemente begannen sich zu erfüllen. Die Außenwelt beeinflusste jetzt Frankfurt mehr als zuvor, zumal auch bald Eisenbahnen angelegt wurden. Im Handwerk gab es steigende Bedrängnis, und wiewohl Frankfurt nun zunächst in erster Linie die Vörsenstadt war, so begann es aber auch, Fabrikindustrie zu bekommen.

Auch politisches Leben begann sich regen. 1830 nach der Juli-revolution war es noch bei einem vereinigten Krawall und einer originellen Demonstration geblieben. 1833 unternahmen die burschenschaftlichen Vorkämpfer ihren unglückseligen Sturm auf die Frankfurter Konstablerwache, der den Reaktionen so gelegen kam zur Junkenierung einer neuen Demagogie. Dann war es wieder geraume Zeit still. In den vierziger Jahren aber fand die deutsch-katholische Bewegung auch in Frankfurt Eingang als Verflechtung oppositioneller Bestrebungen. Neben dem Liberalismus zeigte sich in Turnvereinen u. dergl. die kleinbürgerliche Demokratie, und auch die Angst vor proletarisch-kommunistischen Bestrebungen fuhr wenigstens den Herrschaften vom Bundestag schon in die Glieder. Handwerksburschen brachten die Weitzlingschen Ideen herein. Indes beruhigte sich die städtische Regierung damit, daß unter der vorwiegend kleinbürgerlichen einheimischen Bevölkerung kein Boden für derartige Bestrebungen sei. Man glaubte überhaupt an keine revolutionäre Gefahr an der Stelle des Allerheiligsten der hohen Finanz, die nachgerade, dem Dunkel der alten Judengasse läuflig entwandern, anfang, für die feudalen Herrschaften vom Bundestag umgangsfähig zu erscheinen. Aber das tolle Jahr zog auch die ruhige Stadt am Main in seinen Bereich. Im März gab es in Frankfurt Sturm- und Demonstration. Die städtische Regierung verhängte sich freilich zunächst hinter den Bajonetten des preussischen und österreichischen Militärs, fand es aber dann doch geraten, die liberalen Forderungen zu bewilligen, ebenso wie der Bundestag auf einmal entgegenkommend wurde. Und bald tagte zu Frankfurt, wie das Vorparlament in der Paulstirche, die deutsche Nationalversammlung mit endlosem Wortschwall. Als im September 1848 die Bourgeoisliberale Vertretung in der Schleswig-holsteinischen Angelegenheit den Sieg der Konterrevolution in bedrohliche Aussicht rückte, kam es in Frankfurt zu einem revolutionären Ausbruch, der den ihrer Uebermacht gewissem Reaktionen nicht unerwünscht war, zu blutigem Straßenkampf und zur Liquidierung des verhassten feudalen Abgeordneten Eichnowsky und des Generals v. Auerswald.

Seitdem verhinderte die militärische Okkupation der Stadt jede gewalttätige Explosion der Empörung, auch als Blum in Wien ermordet wurde, als die Reichsverfassungskampagne begann und die Nationalparlamentarier in den letzten Tagen lag. Nur eine Demonstration gab es noch nach dem völligen Siege der Reaktion im September 1849, als der Prinz von Preußen durchkam und einen lauten Einbruch des Hornes über die badischen Standrechtsmorde hervorrief. Ein großer Teil der Handwerksgehilfen, vor denen man sich besonders fürchtete, war schon nach dem Septemberaufstand abgeschoben worden. Die proletarischen Regungen, die auch in Frankfurt nicht ganz fehlten, waren dem Besitz, auch dem gemäßigt-liberalen, ein Dorn im Auge. Streiks hat es hier und da gegeben, dann etablierte sich auch ein allgemeiner Arbeiterverein, der zwar im Herbst 1848 aufgelöst wurde, aber als Arbeiterbildungsverein wieder entstand und der großen proletarischen Organisation, der Arbeiterverbrüderung, beitrug. Die Verbrüderung hatte in Frankfurt ein Bezirkskomitee und war den Geldsäden höchst unheimlich, wenn etwa herausgeschüttelt wurde, daß das kommunistische Manifest da gelesen und vertrieben werde. Als die Stadtregierung schließlich 1852 die Arbeitervereine verbot, da war sie allgemeinen Weisfalls in Bourgeoiskreisen sicher, auch unter den Gemäßigten-Liberalen, die sich hier sehr charakteristisch „Konservativ-Liberal“ nannten und in ihrem Organ das größte Mißvergnügen über die „sozialdemokratischen Parzelsäume“ beklagten hatten.

Inzwischen war natürlich auch in den städtischen Angelegenheiten längst der Sieg der Konterrevolution erfolgt. Der Völkerrückfall hatte der Stadt schließlich auch eine Bürgerrechtsvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gebracht. Man

arbeitete an einer neuen Verfassung. Liberale und Demokraten standen einander gegenüber. Den wirtschaftlichen Hintergrund der Kämpfe aber bildete wiederum hauptsächlich die Frage, ob Junktweien oder Gewerbefreiheit, wobei die junktlerischen Elemente sich als noch recht stark erwiesen. Der Senat fühlte sich schließlich seiner Sache sicher, als er 1850 einen lokalen Staatsrecht inszenierte, der verfassungsgebenden Versammlung einfach ein Ende machte und den alten Wahlmodus mit drei Klassen wieder in Kraft setzte, worauf während der nächsten sieben Jahre in der Hauptsache die „Konservativ-Liberalen“ schlecht und recht reaktionär wirtschafteten, weil die Kleinbürgerliche Demokratie sich der Teilnahme an den Wahlen grundsätzlich enthielt. Das Handelskapital blieb bis auf weiteres maßgebend und mit ihm das Junktweien. Die Lage des Frankfurter Kleinergewerbes wurde aber in der Reaktionszeit mit ihrem raschen wirtschaftlichen Fortschritt in Deutschland immer bedrängter, während gleichzeitig keine erhebliche großindustrielle Entwicklung vor sich ging infolge der Hindernisse, die die mittelalterliche Wirtschaftspolitik dem in den Weg legte. Dagegen regte sich nun aber auch unter den Frankfurter Besitzenden mit nicht auf die städtische Bannmeile beschränktem Blick zunehmender Widerspruch. Die Lehre vom freien Spiel der Kräfte fand in der freien Reichsstadt starken Anhang; die „Freihandelshausierburschen“ bekamen hier einen Hauptmittelpunkt. Bei der wirtschaftlich reaktionären Haltung der Gemäßigten-Liberalen schlossen sich die Gewerbefreieitskämpfer der Bourgeoisie an die Kleinbürgerliche Demokratie an, die dadurch einen ganz anderen Charakter bekam, als sie in der Revolutionszeit gehabt hatte. Es zeigte sich dies, als 1857 der Unwille über die konservativ-liberale Wirtschaft mit ihrer Politik der indirekten Steuern die Demokratie zur Beteiligung an den Wahlen brachte und zum Siege führte. Die reichen Leute und die Streber, die sich an die Spitze gedrängt hatten und an Sonnemanns Vörsenblatt ihr Organ bezogen, trieben, zu Mandaten gelangt, die reine Opportunistspolitik und fanden sich mit dem Senat zu Kompromissen zusammen, die auf die reißlose Durchführung der demokratischen Forderungen verzichteten; die Herren setzten aber nun das durch, woran ihnen wirklich etwas lag, nämlich die Gewerbefreiheit, die 1864 zur Einführung gelangte. Die echten Demokraten, mit Sadernann an der Spitze, waren aber seitdem mit den Pseudodemokraten uneinig, und Sadernann bekam sogar gegenüber dem grundsätzlichen Eigennuß der Bourgeoisie sozialdemokratische Anwendungen.

Der Sieg des Industriekapitals war der letzte wichtige Vorgang in der inneren Geschichte der freien Reichsstadt; zwei Jahre darauf verlor Frankfurt seine Selbstständigkeit im Zusammenhang mit dem Kampf zwischen Preußen und Oesterreich, wobei Frankfurt sich auf die österreichische Seite stellte. Die Annexion folgte auf die Okkupation durch die preussischen Truppen. Die brutale Behandlung, die man der Stadt damals angedeihen ließ, bleibt eines der schmerzhaftesten Blätter der preussischen Geschichte; die empörenden Einzelheiten muß man bei Wendel nachlesen. Das Militär hauste auf Anweisung aus Berlin derartig, daß eine alte Frankfurterin damals in Erinnerung an ihre Beobachtungen zur Franzosenzeit schrieb: „Kriegstürme und Durchzüge aller deutschen Staaten, der Kroaten und Panduren, der Russen mit ihren Kosaken und Kosaken, Napoleons Heeresmassen mit den gefährdeten Wertschulden habe ich erlebt, aber nie einen Terrorismus, und eine Edelwirtschaft wie die, die wir jetzt hatten.“ Nachdem eine Kontribution von 6 1/2 Millionen Gulden erpreßt worden war, kam ein neues Verlangen, auf Anweisung Bismarcks, daß noch 20 Millionen Gulden binnen 24 Stunden zu bezahlen seien; um den Widerstand zu brechen, wurde die Stadt mit Plünderung bedroht. Der Bürgermeister Hellner ergriff sich aus Verzweiflung. Nur die Annektion durch Preußen rettete die Stadt schließlich vor weiteren Bismarckschen Brutalitäten. Ins Auge gefaßt hatte der Blut- und Eisenmann unter anderem böllige hermetische Absperrung Frankfurts nach außen.

Vor in diesen abcheulichen Vorgängen die Selbstständigkeit der Stadt zu Ende ging, war auch die Arbeiterbewegung wieder aufgelebt. 1861 kam der Frankfurter Arbeiterbildungsverein zustande, auf den die liberal-demokratischen Größen zwar jubelnd Einfluß bekamen, in dem aber auch Sozialisten, wie Heilmann und v. Schweiber, sich im Sinne einer selbständigen Arbeiterbewegung geltend machten, so daß eines der liberalen Frankfurter Blätter bald sagte, die Tendenz des Arbeiterbildungsvereins sei eine wesentlich kommunistische und sozialistische. Wenigstens hatten die liberalen Gönner der Arbeiter nicht ganz freies Spiel. Das zeigte sich, als sie den Versuch machten, auch hier am Main den 1863 mit dem Offenen Antwortschreiben hervortretenden Laffale durch den Adelsheimer Arbeitertag verdonnern zu lassen. Die Arbeiter wollten den Angegriffenen wenigstens erst mal hören, ehe sie urteilten, und so wurde die Voraussetzung geschaffen für die rednerischen Triumphe Laffalles in Frankfurt am 17. und 19. Mai 1863, die nach Laffalles Erklärung die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins entschieden. Die sozialdemokratische Bewegung hatte hier schon eine kleine Kerntruppe, als die freie Reichsstadt zu dem Ende ihrer Selbstständigkeit kam, womit auch Wendel seine interessante Darstellung abbricht. Der hier gegebene kurze Ueberblick über den Inhalt des reichhaltigen Buches, das eine schöne Anwendung unserer historischen Methode darstellt, gibt bloß einen Vorgeschmack von dem Ganzen, das ein höchst lehrreiches Stück deutscher Geschichte zu lebendiger Anschauung bringt.

A. Conrad.

*) Frankfurt am Main von der großen Revolution bis zur Revolution von oben (1789-1806) von Hermann Wendel. Frankfurt am Main, 1910. Buchhandlung Volkstimme. 180 Seiten, Preis: broschiert 2,50, geb. 3,50 M.

Advertisement for Haloppi cigarettes. It features the brand name 'Haloppi' in large, bold letters. To the left, it says 'Garantiert Handarbeit mit M. ohne M. 3 Pf. 3 1/2 Pf.' To the right, it says 'Neue türkische Qualitäts-Zigarette!'. At the bottom, there is a logo for 'JUNO' and the text 'BESTE 2 Pfg. CIGARETTE'. The background is dark with decorative borders.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshäuser:
Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr:
 Neues Schauspielhaus. 11. Abteilung (Gruppe 45-50): *Renna Hanna*.
 Hermann-Theater. 3. Abteil. (Gruppe 11-12): *Am des Reiches Forten*.
Montag, den 30. Januar, abends 8 Uhr:
 Neues Schauspielhaus. 15. (II.) Abteilung: *Genoveva*.
 Thalia-Theater. 2. Abteil. (6.-10. Gruppe): *Die schöne Helena*.
Neue Freie Volkshäuser.
Sonntag, den 29. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr:
 Deutsches Theater: *Die Räuber*.
 Kammertheater: *Barbar*.
Nachm. 8 Uhr:
 Schiller-Theater O.: *Die Ehe*.
 Schiller-Theater Charlottenburg: *Willy Reichert von Homburg*.
 Metropol-Theater: *Pariser Leben*.
 Neues Operetten-Theater: *Die Glocken von Cornoville*.
 Kleines Theater: *Das Kind*.
 Neues Theater: *Larisch*. — *Die Geschwister*.
 Neues Volks-Theater: *Der G'wissenswurm*.
Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volks-Theater: *Abbrand*.
 Neues Volks-Theater: *Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag: Ganneles Himmelfahrt*. — *Der Tor und der Lob*. — *Donnerstag: Ueber unsere Kraft*. — *Sonntag: Die Schmetterlingsflucht*.
 Volks-Oper: *Montag: Der Troubadour*.

Lessing-Theater.
 3 Uhr: *Das Konzert*.
 8 Uhr: *Die Matruen*.
Montag 8 Uhr: Anatol.
Berliner Theater.
 Täglich 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Modernes Theater
 (früher Hoboththeater).
 Abends 8 Uhr:
Doppelmannsch.

Neues Theater.
 Täglich:
Der G. m. b. H.-Tenor.
 Anfang 8 Uhr.

Berliner Volksoper
 Nachm. 3 1/2 Uhr: *Die lustigen Weiber von Windsor*.
 Abends 8 Uhr: *Die Dollarprinzessin*.
Theater des Westens.
 8 Uhr: *Das Puppenmädchen*.
 Nachm. 3 1/2 Uhr: *Die geschiedene Frau*.

Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Pariser Menu.
 Drei Gänge von Georges Feydeau und Weber-Abrie.
 1. Gang: *„Ma Mère über Paris“*, 1 Akt von Weber-Abrie.
 2. Gang: *„Eine Nachtschicht“*, 1 Akt von Georges Feydeau.
 3. Gang: *„Nach dem Menschenhaß“*, 1 Akt von Georges Feydeau.
 Morgen und folgende Tage: Dasselbe Programm.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonntag, 29. Januar, abends 8 Uhr:
Grat Essex.
 Nachm. 3 Uhr: *Krieg im Felde*.
 Montag: *Grat Essex*.
 Dienstag: *Die blaue Raute*.

Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Der unbekannte Gänger.
 Nachm. 3 Uhr: *Das Leutnantsmädchen*.

Luisen-Theater.
 3 Uhr zum vorletzten Male:
Mudikes Reise nach Indien.
 Großes Ausstattungstheater mit Gesang und Tanz von Michaelis und Lesore.
 Abends 8 Uhr:
Die Rosen des Herrn von Bredow.
 Vaterländisches Schauspiel in 4 Akten von Oskar Wagner.
 Montag 3. letzten Male: *Mudikes Reise nach Indien*.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Nachmittags 3 Uhr:
Die Räuber.
 Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
 Abends 8 Uhr:
Der Glücksschmied.
 Volksstück in 5 Akten von Görner und Spemann-Bodenstedt.
 Montag, Dienstag, Donnerstag: *Der Glücksschmied*.
 Mittwoch u. Freitag: *Don Carlos*.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 46/49.
 Abends 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
 Montag 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. Rich. Hennig:
Schiffahrt, See- und Kanalwesen.

Kaiser-Panorama.
 III. Wanderung im südbahischen Schwarzwald. Letzte Woche:
 Mittelmeerreise. Insel Corfu.
 Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
 Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Passage-Panoptikum.
Heute: Volkstag!
Extra-Volkstag!
 Jedermann ein Kind frei.
 Jedes Kind erhält ein Geschenk!
 Lebend!
Das blaue Weib:
 Ein Opfer wilder Barbaren.
Prinz Atom:
 der kleinste Mensch aller Zeiten.
 Der Mann m. d. eisernen Schlund.
 Buddhas Wandertafel.
 Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
 Heute Sonntag:
 2 Vorstellungen.
 Nachmittags 3-7 Uhr.
 Abends 8 Uhr.
Affe Consul
 Menschendarsteller.
 P. Schneider-Duncker.
Lina Loos
 u. d. großartige Januar-Prgr.

Metropol-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
Pariser Leben.
 Abends 8 Uhr: *Rauschen gestiftet.*
Surra!
 Große Ausstattungsbrevue in 7 Bildern v. R. Freund. Musik v. R. Hoffmann.
 In Szene gesetzt von Dr. R. Schulz.

Apollon Theater
Letzter Sonntag
 des großen
Januar-Programmes.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
 Halbe Preise.
 Abends Beginn 8 Uhr.
 9 1/2 Uhr: **Otto Reutter.**

WINTERGARTEN
Letzter Sonntag!
 Heute:
2 Vorstellungen 2
 nachm. 3 Uhr kleine Preise
 abends 8 Uhr mit dem lustigen,
 glänzenden Januar-Programm. U. a.
La belle Leonora
 Spanische Tänzerin.
 Mlle. Denabars Luftballonfahrt
 über den Köpfen des Publikums.
ETHEL LEVEY
 Amerikanische Sängerin
 und weitere
12 Star-Attraktionen 12

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluss, neu!
Kuhliches Varieté-Theater.
 Varietée von Weijel.
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr
 Sonntags
 7 Uhr.

Walhalla-Theater.
 Rosenthaler. Weinbergstr. 20
 Anfang 8 1/2 Uhr:
Januar-Allerneuestes
 in
Bravo! Da Capo!
 Eine Allertwells-Revue.
 Heute nachm. 3 1/2 Uhr:
 Unsere Don Juans. Kl. Preise.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theat).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
 Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann.
 Ende 5 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
 Drama in 5 Akten v. H. Sudermann.
 Ende 11 Uhr.
Montag, abends 8 Uhr:
Husarenlieber.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Neue Jugend.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
 Schauspiel in 5 Akten v. F. v. Schell.
 Ende 8 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
 Lustspiel in 5 Aufzügen v. R. Gaultier.
 Ende 10 1/2 Uhr.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.

Bunter fröhlicher Abend.
Heute
Sonntag, 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer No. 15
 Leitung: **Margarete Walkotte.**
 Elise Zwilling (Altistin). — Frida Fischer (Rezitation). — Richard Kube (Tenor). — Heinrich Maurer (Pianist). — Alfred Weston (Komiker). — Margarete Walkotte.
 Mitwirkende:
 Billets im Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelauer 15, 50 Pf., an der Abendkasse 60 Pf. 286/11*

Castan's Panoptikum Friedrichstraße 165
Größte Sehenswürdigkeit: Das lebende Gemälde.
 Elektr. Feerie: Im Wunderlande.
 Konzert u. Künstlervorstellung. — Eintritt 50 Pf.

„CLOU“
 BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
 Heute! 1/2-3 Uhr:
Konzert - Matinee
 bei freiem Eintritt.
 Außerdem: 2 gr. Konzerte. Anfang 1/4 Uhr.
Ab 7 Uhr: Abschieds-Konzert der „Diavoli rossi di Pianella“ Orig. - Italienisches Harmonie-Orchester

Brauerei Friedrichshain.
 Am Königstor. Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
 Heute: **Sonntag auf der Alm.**
 Der berühmteste Festplatz
Schorsch Schrengruber
 mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
 Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
 Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Sport-Palast
 Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Karneval am Nordpol“.
 200 Eiskunstläufer. X Prachtvolle Ausstattung. Unerreichbare Lichteffekte. X 2 Musikkapellen. Raum für 10 000 Personen. X Unterricht im Eislaufen.
Vormittags-Konzerte.
 Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 108-114
Heute, Sonntag, den 29. Januar:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen und im herrlichen Berchtesgaden. Zusammen 7000 Personen fassend.
Anfang 4 Uhr. 5 Kapellen. Entree 50 Pf.
 Im neuen Lichtprunksaal: **Großer Ball!**
Voranzeige!
 Dienstag, den 31. Januar: **Prämierung der schwersten genießb. Schweinefedtdarm-Leberwurst.**
 Die prämierten Würste müssen gratis an das Publikum verteilt werden.
 Anfang 7 Uhr. — Entree 20 Pf.
Voranzeige!
 Donnerstag, den 2. Februar: **Eliteprämierung der 3 jüngsten Damen im gefährlichen Alter!!!** von 18-28 Jahren.
 Prämiert wird die jüngste von 18, die jüngste von 24, die jüngste von 28 Jahren.
 Legit. ist mitzubr. Anf. 7 Uhr. Entree 50 Pf. 3 Preise v. je 33 M.

Prachtsäle des Nordens.
 Inhaber: Carl Hampel.
Gerichtstr. 31. Amt Nö. 7280. Am Nettelbeckplatz.
 Empfehle den berechtigten Vereinen und Gesellschaften meine neu erbauten Prachtsäle mit und ohne Theaterbühne (200-400 Personen fassend) für Hochzeiten, Vergnügungen und Versammlungen.
Täglich bis 2 Uhr nachts Künstler-Konzert.
 Jeden Sonntag, Mittwoch und Samstag: **Tanzkränzchen.**

Wie immer
 auch diese Woche (28. Januar bis 3. Februar einschließlich)
das Neueste und Beste
 im
Excelsior-Lichtspielhaus
 Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)
 Anfang: Sonntags 3 Uhr, wochentags 6 Uhr.

Zirkus A. Schumann.
Sonntag, den 29. Januar 1911
2 große Vorstellungen 2
 Nachm. 3 1/2 Uhr, abds. 7 1/2 Uhr.
 Nachm. hat jeder Besucher 1 Kind frei unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen, jedes weitere Kind unter 10 Jahren halbes Preis.
 In beiden Vorstellungen: Die romant. Ausstattung-Pantomime
Der große Coup
 der
Schmuggler
 Briff-Briff-Briff.
 Arkoni-Truppe (4 Pers.).
 Reiterfamilie Clarke, Tröke, geritten von H. Noß, und Antonett u. Grock, sowie die übrigen Attraktionen.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
 Neuer dauter Zell.
Feldweibelhügel.
Herrnfeld Theater
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Zwei Schlager:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
 mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
 Nollendorf-Platz.
 Beginn 6 Uhr.

Casino-Theater
 Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Das Original Berliner Volksstück
Julie Wippchen.
 Urdarsteller (Humor): Urdarsteller (Lied):
 Jan Sille der ehem. Baller-Dirig.
 Vorher erfassiger dauter Zell.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: *Berühmte Töchter.*

Karl Haverland-
 Anfang 7 1/2 u. Theater Kommandanten-
 präz. 7 1/2 u. Straße 77/79.
Das sensationelle
Januar-Programm.
Victor Ritter mit sein. neuesten
 Schlageren.

Bosporus
 am Moritzplatz.
Heute:
Das Riesen-Varieté-Programm.
 Anfang 6 Uhr, Kassenöffn. 4 Uhr.
 Nach Schluß der Vorstellung:
Großes Triumphatorfest
 2 Kapellen, Festzug, Tanz.
Voranzeige! Voranzeige!
 Donnerstag, den 2. Februar:
Prämierung
des kleinsten Damenfußes.

Terrassen am Halensee
(Luna-Park).
Heute
 und die folgenden Tage:
Triumphator-
Fest
 Bayerische Kapellen
 Sänger - Schuhplattler.
 Kom. Aufzüge u. Aufführungen.
 Ausschank des echten
Triumphator-Bieres
 Anfang: wochentags 7 1/2 Uhr.
 Entree 30 Pf.
 Anfang: Sonntags 3 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Königsstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 73. Ecke Alexanderstraße.
 Täglich: **Edmanoff-Truppe**, russ. Sänger, Franz Sobanski, Pulwars, Musikant, Gebrüder Kühn, The Murnallas, Hofränger usw.
Die Erbiante.
 Woffe mit Gesang von Uly-Sobanski.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Zirkus Busch
Sonntag, d. 29. Januar 1911.
Große
2 Gala-Vorstellungen 2
 Nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter zehn Jahren auf allen Sitzplätzen frei.
 Weitere Kinder unter 10 Jahren halbe Preise, Galerie volle Preise.
 Nachm. 3 1/2 Uhr **Armin**
 im Gehöft des Armin. Siegesfeier nach der Schlacht. Mad. Sandwina im Germanenlager.
Die 5 Cliftons! 5
 Der Direktor Pierre Mitthoff u. Frau-Direktor Hele Mitthoff, Freizeitschreibern.
 D. berühmte Reiterfamilie Frediani.

Die Aeros!
 Höchst komische Trapezkünstler.
 Vorführen und Reiten der best-dressierten Schul-, Freizeits- und Springherde. — Sämtl. Clowns mit neuen Witz und Späßen.
 Abends 7 1/2 Uhr: **Armin!**
 Zum 28. Male: **Armin!**
 In beiden Vorstellungen:
Großes Galaprogramm.

American-Theater
 Dresden. Straße 97.
 Täglich:
Heltre Künstler-Abend
 Theater-Varieté-Cabaret
 mit **Anna und Franz Verdler.**
 Anfang 8 Uhr. — Sonntags 6 Uhr

Voigt-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Sonntag, 29. Januar, nachm. 3 Uhr:
Der Erbforster.
 Trauerspiel in 5 Aufzügen.
 Abends 8 Uhr:
Ein seltsamer Fall.
 Fantastisches Schauspiel in 4 Aufz. Billets-Vorverkauf von 10 Uhr vor-mittags ab an der Theaterkasse.

Burgtheater-
 Festsäle und Kinematograph
 vorm. Grotzerjan, Inhab.: Rud. Merz,
 Schönhauser Allee 120. Tel. 3, 9333
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 1/2. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten,
 nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
 Plätzen. **Stets wech. Programm.**

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 29. Januar 1911:
Sherlock Holmes
 Defektionskomödie in 4 Aufz. v. Hefflingen
 Eberhard Holmes. Dr. Hans Reiz.
 Kassenöffn. 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Ernst und heiter
 unterhaltend und lehrreich
 sind die Vorstellungen
 im
Theater des Weddings
 Lichtspiel-Palast
 Mollerstr. 182/183 — Kellerstr. 33.
Theater „Groß-Berlin“.
 Sonntag, 29. Januar, abds. 7 1/2 Uhr:
 Galtip. **Deutsch. Wirtsh., Nowawes.**
Die Blumenkäte.
 Gräfte u. Heitere Bilder ein. Verlorenen.
 Preise 0,50-1,25. Am Vorreit. billiger.
 Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**

Theater Sanssouci
 Odenbushstation Köttbuser Tor.
 7 Uhr: **Konzert u. Theaterkapelle.**
 8 Uhr: **Gastspiel Frau Danny Gürtler:**
Eine Liebesnacht.
R. Nesemann
Lotte Sebus
Rollschuh Girls.
Volks-Theater
 Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, den 29. Januar:
Der Heilungsgesangene.
 Schwank in 4 Akten von Schmidt
 und Weirich.
Montag, den 30. Januar:
Wach und Schilfgesellschaft.
 Schwank in 3 Akten von R. Wang.
 Anf.: Sonntag 7, Montag 8 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Zuzerete
 übernimmt die Redaktion den
 Publitum gegenüber teinerie
 Verantwortung.

Populäre Lieder
im Büdnersaal, Lützowstr. 76
Heute nachm. 4 1/2, präz.
Oper u. Spiel-Oper
Josef Müllinger Kgl. Hof-Operns.
Marg. König, Al. Disraeli u. a. m.
Bajazzo, Carmon, Cavalieria, Troubadour, Oberon u. a.
Kart. 0.50 u. 1 M. a. d. Kasse.

Markgrafen-Säle
34. Markgrafen-Damm 34.
An der Stralauer Allee.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Im Restaurant täglich musikalische Unterhaltung. Vorzügliche Küche, ff. Biere u. Weine, Billard u. Regeltbahn

BONBONNIÈRE
Cabaret □ Ball □ Variété
Besselstraße, Ecke Friedrichstraße
Berlins neueste Sensation:

Andrejé
telepathisches Phänomen
und die übrigen
20 Attraktionen 20.

Mila-Säle
Schönhauser Allee 130, Milastr. 3
Gr. Kavalier-Ball
bei **großem Orchester**
Jeden Dienstag,
Donnerstag und Sonntag.
Anfang: 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Carl Eisner.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
C. Nible.

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. Karl Richter.
Jeden Sonntag: **Paul Mantheys Lustige Sänger**
(Neu zusammengest. Programm)
Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Nachdem: Familien-Kränzchen.
Von 5 Uhr ab im neuen Saale:
Gr. Ball. — Jeden Mittwoch: Paul Mantheys Lustige Sänger u. Freitanz.
Vorzugsorten gelten.

Alhambra
Falkner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: **Großer Ball**
Großes Orchester. Anfang Sonntag 5 Uhr.
A. Zambiat.

Konkordia-Festsäle
64 Andrens-Straße 64.
Inhaber M. Wendi u. A. Schütze.
Jeden Sonntag: **Gr. Militär-Streich-Konzert.**
Hoffmanns Sänger.
Direktor: H. Panthe.
Kasseneröffnung 5 Uhr.
Anfang 6 Uhr.
Von 5 Uhr ab: **Großer Ball.**
Nils! Neb. Donnerst.: Hoffmanns Sänger.
Direktor: H. Panthe.
Nach der Sirenen: Frei-Tanz.

Rixdorf, Neues Theater
Hermannstraße, Ecke Zietenstr.:
Erstklassige Lichtbildspiele.

Humor-Quartett
Ant III, Berliner No. 2508
Gg. Trauer Kastanienallee 10

J. Baer
Badstr. 26 Prinz.-Allee
Herren- und Damen-Moden, Berufskleidung, Elegante Paletots u. Pelorien.
Größtes Stofflager zur Anfertigung n. Maß
Allerbilligste, streng feste Preise.

**Verein für Frauen und Mädchen
::: der Arbeiterklasse :::**
Sonntag, 5. Februar, in Freyer's Festsälen, Koppenstr. 29
12. Stiftungs-Fest
Mitwirkend: Berliner Volksthor unter Leitung des Herrn Dr. Zander, Herr Professor Alexander und Frau Lilli Petschikoff, Bioline, Herr Leo Kestenberg, Klavier, Herr Friedr. Kayser v. Deutschen Theater, Rezitation.
Nachher: **Tanz.**
Eröffnung 5 Uhr. Beginn 6 Uhr.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind zu haben im Verein, Gesellschaftshaus, Engelauer 15, bei Herrsch, bei Frau Klotz, Pichlerstr. 1, Frau Kullde, Pringelstr. 102, Frau Jordan, Lübecker Straße 48, Frau Köhler, Schreinerstraße 58, Frau Döring, Steinmetzstr. 23, Frau Guhn, Bornsdorfer Str. 39, Frau Jacoby, Wiesenstr. 10.
Der Vorstand.

Ernst Krug zum grünen Kranze (Mittelpunkt der Erde)
Ober-Schöneweide, Waldstraße. — Stat. Johannisthal-Sadowa.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Verzügliche Küche. — Vereinen halte mich bei Ausfügen bestens empfohlen. 2844L N. Höflich.

Schützen-Rast Inhaber: Paul Reinhardt
Groß-Lichterfelde
am Bahnhof Botanischer Garten
Sonntag, den 29. Januar 1911:
Großer Bockbier-Jubel und Trubel
Zum Ausstoß gelangt Patzenhofer Bockbier. P. Reinhardt.
Wozu ergebnis einladet
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich in Rixdorf, Teupitzer Straße 101, Ecke Brunsdorfer Straße, ein **Schultheiß-Restaurant** eröffnet habe. — Mein Vereinszimmer, 80 Personen fassend, steht den geehrten Vereinen sowie den Gewerkschaften und der Partei zur gef. Verfügung. — Für gute Speisen und Getränke ist stets gesorgt.
Am Sonntag und Sonntag: **Großes Bockbierfest.**
Um gütigen Besuch bittet **Reinhold Prüssel.**

Voigts Krampenburg.
Achtung! Gewerkschaften, Vereine u. Gesellschaften empfehle ich mein herrlich am Wasser, Wald und Bergen belegenes Ausflugslokal. Silligte Dampfervermietung, Prospekte, Führer u. Preislisten gratis. Post Schmöwitz. Hochachtungsvoll
Robert Voigt, Amt Köpenick Nr. 227.
Hiermit zur gef. Kenntnisnahme, daß ich seit dem 1. Januar a. c. alleiniger Inhaber vom Etablissement

„Schloß Weißensee“
früher Sternecker
bin. Durch mannigfache Vergrößerungen, Renovationen und Umbauten des Lokals sichere ich den geehrten Gewerkschaften und Verbänden mein weitgehendstes Entgegenkommen zu und bitte höf. um gütige Berücksichtigung.
Hochachtungsvoll
Hermann Haenel.

Neu erbaut! Neu eröffnet!
Hohenstaufen-Säle
Kottbuser Damm 76. IV. 5024.
:: Sehenswürdigkeit des Südens ::
10 Festsäle mit Bühne
sind täglich unter den kulantesten Bedingungen zu vergeben.
Beste Küche für Hochzeiten.
2764L*] **Max Höpfer, Besitzer.**

20 Säle und Vereinszimmer
mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.
Sophien-Säle **Pracht-Säle Alt-Berlin**
C. 54, Sophienstr. 17-18 **Blumenstr. 10**
Tel. III 2783 **Tel. VII 3095**
Inhaber: **Paul Baatz.**

50 Pf. Vereins-Bazar **95 Pf. Artikel**
für
Verlosungen, Damenspenden, Preise.
Reichste Auswahl vorteilhaftester Gegenstände, darunter auch viele Artikel 2 Stück 50 Pf.
Wilhelm Gotthelf Berlin S., Oranienstr. 140 und 141, zwisch. Moritzplatz u. Brandenburgstr. **Telephon: Amt IV, 4170.**
Bei größeren Einkäufen von 50 Pf.-Artikeln gewähre **Vereinen 5%, bei 95 Pf.-Artikeln 2% Rabatt.**

Dr. Thompson's Seifenpulver
bestes Waschmittel

Juventur-Berkauf
der Firma **Gardinenhaus Bernhard Schwarz**
Berlin O **Wallstr. 13**
Untergrundbahn Spittelmarkt, Ausgang Grünstraße.
Große, allen Abteilungen entnommene Vorken sind, mit den bedeutend ermäßigten Preisen ausgezeichnet, übersichtlich ausgedruckt.
Gardinen Stores Kissenbetten
Dortieren Kissenbetten u. i. m.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung elegante
Herren-Moden
fertig und nach Maß, feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Herren-Schneidererei
Frankfurter Allee 75, 1
Eingang Tilsiter Straße.
Masken-Garderobe
Karl Ernst (Inhaber Willi Ernst) jetzt: Köpenicker Str. 55b, I. Amt IV, 14059.
Gr. Auswahl! Bill. Preise! Borselger dieser Annonce erhält 10 Proz. Preisermäßigung.

med. Karl Reinhardt's Spezial-Erztliche Institute für
Dr. Geschlechtskrankheiten
Haut-, Harnleiden, Schwäche
Neanderstraße 12 nahe Jannowitzbrücke
1/2 bis 1/8 Uhr.
Potsdamer Straße 117 an der Lützowstraße, 1/2 12-2 Uhr und 1/2 bis 9 Uhr abends. : : : :
Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren. Nachweislich erreichte Dauererfolge in verhältnismäßig kurzer Zeit. Um sich vor zwecklosen evtl. schädlichen Kurzen zu schützen, verlange man ausführliche Broschüre in meinen Instituten oder durch die Post (verschloss. Kuvert) gratis und franko.
Ehrlich-Hata **Behandlung ohne Berufsstörung.**
Der nächste Herrenvortrag findet statt am Donnerstag, den 2. Februar, abends 1/2 10 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandanten-Straße 53/59 über: 240/17
„Harnleiden und Ehrlich-Hata 606“
mit Demonstrationen von naturgetreuen Wachsmoellen.
Eintritt frei! **Fragenbeantwortung!**

Schwarz Bouillon-Würfel
sind wegen ihrer : : ausgezeichneten : : Qualität auf der Nahrungsmittel- u. Kochkunst-Ausstellung in Hannover mit der Goldenen Medaille prämiert.
Zu haben in den Kolonial- und Delikatessgeschäften.
Schwarz & Co. Suppenwürfel-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 68.

Zum Küssen schön ist ein Mund mit **Zähne**
180 M.
Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen in örtlicher Betäubung pro Zahn **1 M.**
Reform Zahn-Praxis Carl Rudolph.
Deutschlands größtes zahntechnisches Unternehmen.
20 Filialen.
1. Praxis: Elsassstr. 17/18 4. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169
2. Praxis: Oranienstr. 61 5. Praxis: Spandau, Neuen- dorf-Str. 106
3. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117
6. Praxis: Potsdam, Charlottenstr. 89 I
Elsassstr. 17-18, wöchentliche und monatliche Teilzahlungen zugelassen. — Verlangen Sie kostenlosen Besuch eines Zahnarztes oder Vertreters.

Die reellsten und billigsten Möbel
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.
64L* Beachten Sie meine Prämienschokolade:
100 Cigarren gratis
Verlangen Sie neue Illustr. Engros-Preisliste kostenfrei **H. Preuß, Berlin N. 28, Swinemünder Str. 64, I.** Zigarren-, Zigaretten- und Tabak-Fabrik und -Versandhaus.
wertvoll — auszeichnen — aufbewahren

Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig
BERLIN S 300 Prinzenstr. 46-47
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands
Bettfedern | Daunen
zu 0,50, 1,00, 1,25, 1,50, 1,80, 2,00, 2,50, zu 2,85, 3,00, 3,50, 4,50
3,00, 3,50 bis 6,00 Mark per Pfund bis 9,00 Mark per Pfund
Fertige grosse Betten
bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu 12, 15, 20, 24, 28, 31 50, 35, 45, 54, 61, 75, 90 bis 120 Mark
Größtes Lager in Bettinletten, Metall-Bettstellen u. allen anderen Bettartikeln
Beste Bettenfüllung: (geeignlich geschüttet) **2.85** 3-4 Pfund zum Oberbett.

Weiße Woche

Hermann Tietz

Weiße Woche

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDER-PLATZ FRANKFURTER ALLEE

Louisiana Marke „Spezial“ Kupon { 10 Meter 4⁵⁰
20 Meter 6⁹⁰

Louisiana Marke „Triumph“ Kupon { 10 Meter 3⁹⁰
20 Meter 7⁷⁰

Louisiana Marke „Extra-Spezial“ Kupon { 10 Meter 4⁸⁰
20 Meter 9⁵⁰

Edeltuch Kupon { 10 Meter 6²⁵
20 Meter 12⁴⁰

Handtücher

Küchenhandtücher Gerstenkorn 48/100 Dutzend 3²⁵ 3⁵⁰

Küchenhandtücher halb Gerstenkorn, gesäumt und gebändert ... Dutzend 4²⁵

Küchenhandtücher reinleinen Diaper Dutzend 4⁵⁰

Küchenhandtücher Reinleinen, grau Drell gesäumt u. gebändert Dutzend 4⁹⁰

Küchenhandtücher halbl. Gerstenkorn, 48/110 ges. u. gebändert Dutzend 5⁵⁰

Stubenhandtücher Drell, 48/110 ... Dutzend 3⁷⁵

Stubenhandtücher Jacquard 48/105 ... Dutzend 4⁷⁵

Stubenhandtücher reinleinen Jacquard 48/110 ... Dutzend 5⁹⁰

Stubenhandtücher Zwirndrell, 48/110, ges. u. geb. Dutzend 6⁷⁵

Stubenhandtücher reinl. Jacquard, 48/110, gesäumt und gebändert Dutzend 7⁷⁵

Reinleinenene Wischtücher Dutzend 2⁴⁰

Damast-Tischwäsche

(gesäumt) Marke „Merlin“
180/180 130/180 100/180 130/220 180/240 180/330

Tischtücher 1⁹⁰ 2⁴⁰ 2⁷⁵ 3²⁵ 3⁹⁰ 5⁷⁵

Servietten Dutzend 4⁹⁰

Jacquard-Tischtücher Halbl., schw. Qualität, ges. Servietten
180x180 130x180 100x225 180x225 180x330 Dutzend 4⁹⁰

2²⁰ 2⁸⁰ 3⁹⁰ 4⁹⁰ 7²⁵

Taschentücher

Linon-Tücher Dutzend 1⁴⁵ 1⁹⁰

Reinleinen-Tücher Dutz. 2⁹⁰ 3⁶⁰ 4²⁵ 5⁰⁰

Reine Seide weiss Stück 40, 75 Pf.

Grosse Posten

Reinleinenene Tücher mit kleinen Webfehlern
Wert bis 450 2⁴⁰ Wert bis 500 2⁹⁰ Wert bis 600 3²⁵
Dutzend ... Dutzend ... Dutzend ...

Wäschestoffe

Elsass. Hemdentuch ca. 82 cm Mi. 30 38 45 50 Pf.

Elsass. Renforcé ca. 82 cm Meter 35 42 48 60 Pf.

Makotuch aus Edelbaumwolle für Leibwäsche ... Meier 55 65 70 80 Pf.

Louisianatuch für Leibwäsche ca. 82 cm Meter 30 35 40 48 Pf.

Louisianatuch für Bettwäsche, ca. 82 cm Meter 35 40 48 Pf.

Louisianatuch für Bettwäsche, 130 cm ... Meter 65 70 85 Pf.

Bettsatin gestreift, ca. 82 cm Meter 50 60 80 Pf. 1¹⁰

Bettsatin gestreift, 130 cm Meter 80 95 Pf. 1²⁵ 1⁶⁵

Bettendamast moderne Dessins ca. 82 cm ... Meter 55 75 90 Pf. 1⁰⁰

Bettendamast moderne Dessins 130 cm ... Meter 85 Pf. 1²⁰ 1⁴⁰ 1⁵⁰

Laken-Dowlas ca. 150 cm breit ... Meter 70 95 Pf.

Laken-Dowlas 180 cm breit ... Meter 1⁰⁵ 1²⁰

Damen-Wäsche

Damenhemden Achsel- oder Vorderschluss mit Säckerei oder gestickter Passe ... 1³⁵

Damenhemden Fassonschnitt mit Säckerei und Banddurchzug ...

Beinkleider in Sommer- und Winterstoff ...

Nachtjacken mit Steb- und Umlegekragen, in Sommer- und Winterstoff ...

Damenhemden mit handgestickter Madeira-Passe ... 1⁶⁵

Damenhemden Achsel- und Fasson-Schnitt mit Säckerei garniert ...

Nachtjacken in Sommer- und Winterstoff, mit Säckerei garniert ...

Beinkleider in Sommer- und Winterstoff, mit Säckerei-Volant ...

Damenhemden aus gutem Hemdentuch mit soliden Säckereien ... 1⁹⁵

Damenhemden Renforcé mit Säckerei, Ein- und -Ansatz, Banddurchzug ...

Beinkleider mit breiter Säckerei-Garnierung ...

Nachtjacken Renforcé u. Körper-Barchani m. Stck. oder eingearbeiteter Maschinen-Lang.

Bettwäsche

Garnitur: Deckbett und 2 Kissen Hautuch od. Linon 3⁹⁰ 5⁵⁰ 6⁷⁵

Garnitur: Deckbett und 2 Kissen Dimiti 6²⁵ 7⁵⁰ 8⁹⁰

Garnitur: Deckbett und 2 Kissen Damast 6²⁵ 8⁷⁵ 10⁷⁵

Bettlaken Linon oder Dowlas 1⁴⁵ 1⁶⁵ 2⁰⁰

Bettlaken Prima Dowlas, extra gross 2⁶⁵ 2⁹⁰ 3²⁵

Garnierte Kissenbezüge mit Langette und Einsatz 95 Pf. 1²⁵ 1⁶⁵

Geöffnet 8-8. Gegr. 1879. Sonntags 8-2.

Moebel-Boebel

Kein Laden! Berlin S, Moritzplatz 58 Kein Laden!
Verkauf nur im Fabrikgebäude! Verkauf nur im Fabrikgebäude!

SPEZIALITÄT: Ein- und Zwei-Zimmer-Einrichtungen.



Wohnzimmer, echt nußbaum furniert M. 297.-

1 Kleiderschrank M. 67.- | 1 Trumeau mit Stufe M. 39.- | 1 Vertiko M. 62.-

4 Stühle a 6 M. M. 24.- | 1 Auszugstisch M. 30.- | 1 Sofa M. 75, Umb. extra M. 50.-

Eigene Werkstätten. 5 Jahre Garantie. Musterbuch „F“ gratis.

Nordhäuser Kautabak von Grimm & Triepel Nordhausen



Der echte Grimm & Triepel hat stets einen jeder Rolle eingefügten Zettel mit Aufschrift in Rotdruck:

Fabrik von Grimm & Triepel in Nordhausen

Nordhäuser Kau-Tabak.

Wollen Sie gut u. billig rauchen?



Silberspitze und Nikotin-sammler. 500 Stück verschiedene gute Probeargare versende für den billigen Preis von nur 7.00 M. per Nachnahme Billiger und besser kann niemand liefern.

P. Pokora. Zigarrenfabrik, Neustadt, Westpr. No. 232A. Gegr. 1888. - Ca. 200 Arb.

Verkauft Goldfarb. Gussmetallfabrik!
Ein bunter edlerer Karbonatstein Blocken in Deutschland.

Teures Fleisch — Billige Bouillon!

Brühl's Volks-Würfel (B. V. W.)
3 Stück für 10 Pf. ergeben 3 Teller nahrhafter und wohlschmeckender Bouillon.

Tel. IV. 9359. Man achte auf die bestehende Schutzmarke und auf unser gelbrottes Plakat in den Läden. Tel. IV. 9359

Allgemeine Nahrungsmittel-Gesellschaft Brühl & Cie. G. m. b. H. Berlin SO., Schmidstr. 18.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 28. Januar 1911.

Syndikats- und Verbandsfragen — Phantasien der Interessenten — Vorteile des Aufstiegs der Montanverbände — Die widerstreitenden Interessen — Die Schatzfrage.

Die Sorge um den Bestand der großen Montanverbände beunruhigt in erheblicher Weise die beteiligten Kreise. Das bleibt nicht ohne Einfluß auf die Unternehmungslust. Fliegt der Stahlwerksverband aus, wird sich das Kohlendioxid auch nicht halten können. Dann legt ein Preissturz ein. Wer sich auf längere Zeit zu hohen Preisen gebunden hat, ist der Vereingefallene. Er muß die Preisreduktion mitmachen, billiger abliefern, als er eingekauft hat. Die Hoffnung auf ein Zusammenbrechen der Verbände kann daher wohl dazu veranlassen, umfangreiche Arbeiten, die gerade nicht preistreiben, zurückzustellen, um von den erwartenden niedrigeren Materialpreisen zu profitieren. Daß die Spekulation mit solchen Möglichkeiten rechnet und danach disponiert, liegt nahe.

Die Eisenerzhandelskammer beschäftigt sich in ihrem letzten Jahresbericht mit der angeführten Frage und prophezeit als Folge eines eventuellen Aufstiegs des Kohlendioxid Preisrückstellungen nicht nur für den Bergbau, sondern weit darüber hinaus. Sie teilen die ausgesprochenen Versicherungen nicht, glauben nicht an eine allgemeine Schädigung der deutschen Industrie, wenn das Syndikat unter dem Druck der widerstreitenden Interessen zusammenbricht. Ein Schaden, ein soziales Malheur, das die Handelskammer aus bestimmter Absicht besonders hervorhebt, dürfte allerdings in gewissen Umfange hereinbrechen. Wenn im einfachen Konkurrenzsystem die Preise sinken, überträgt sich die Bewegung auch sehr leicht auf die Löhne. Das muß vermieden werden. Und heute, wo die Organisation der Arbeiter auf jeden Fall einen mitbestimmenden Faktor darstellt, ist es doch nicht mehr so leicht, die Kosten eines Preisstieges einfach auf die Arbeiter abzuwälzen. Hält zudem ein Verbands- oder Syndikatszusammenbruch in die Zeit einer allgemein günstigen Konjunktur, dann ist einmal die Gefahr einer übermäßigen Preissteigerung überhaupt nicht vorhanden und noch weniger die einer erheblichen Lohnsenkung, weil die Nachfrage am Arbeitsmarkt dem entgegenwirkt. Eine starke Ermäßigung der Kohlenpreise wird überhaupt kaum eintreten. Wenn das Kohlendioxid in die Krise geht, dann an dem Interessengegensatz zwischen den Hüttenwerken und den reinen Kohlengruben. Die ersteren haben, soweit sie überhaupt als Kohlenverläufer auftreten, gar kein Interesse daran, die Preise der Brennstoffmaterialien zu werfen, ihr Bestreben richtet sich vielmehr darauf, die Eigenproduktion in den Hüttenwerken zu konsumieren und nach dem Preisniveau der Rohmaterialien die Fabrikationspreise — möglichst hoch zu halten. Und der Kreis der maßgebenden reinen Bergwerksunternehmungen ist klein genug, um die Interessenten auch ohne ein festgesetztes Syndikat zu zweckdienlichen, gemeinsamen Maßnahmen, die einen scharfen Preis verbünden, zu vereinigen. Die Vorgänge aus Anlaß des Zusammenbrechens des Hoheisenhsyndikats bieten da ein lehrreiches Beispiel. Auch damals erwartete man einen erbitterten Preiskampf. Er ist ausgeblieben. Die Hauptinteressenten verständigten sich, und das Aufstiegen des Syndikats hat die Preise nur kurz vorübergehend und nur unwesentlich beeinflusst. Und für die Kohlenlieferanten liegen die Verhältnisse, wenigstens soweit das unbestrittene Gebiet in Frage kommt, günstiger als für die Hoheisenwerke. Die Untertanen der Eisenerzhandelskammer haben einen mehrfachen Zweck. Zunächst soll die Gesetzgebung abgesehen werden, den berechtigten sozialen Forderungen der Bergarbeiter Gehör zu schenken. Weiter hofft man, durch das Ausmalen scharfer Bilder von Zusammenbrüchen usw. den Bergbau weiteren Steuerbefreiungen und Abgaben zu entziehen. Und schließlich will man den Fiskus veranlassen, zugunsten des Syndikats einzugreifen und in ihm eine verantwortliche Rolle zu spielen. Trotz der glänzenden Dibernis-Aktion, angeblich unternommen, um dem Fiskus die Möglichkeit zu bieten, im Syndikat der Politik fortgesetzter Preisrückbildung entgegen zu wirken, hat sich der Fiskus als Kohlenverläufer doch gern an der Sonne des Syndikats gewärmt, ohne eine Mitverantwortung für die Preiswucherer zu tragen. Die Syndikatsmitglieder huldigen mit Recht der Ansicht, daß sie viel weniger Angriffen ausgesetzt sind, daß sie viel weniger gelegentliche Maßnahmen zu fürchten haben, wenn der Fiskus im Syndikat Einfluß hat und somit in erster Linie für die Syndikatspolitik die Verantwortung trägt. Daß er kein Preisverderber sein wird, davon ist man überzeugt, hat er doch als Oudiffder die Preise des Syndikats nicht nur nicht unterboten, sondern sogar, wo es sich nur machen ließ, noch durch höhere Forderungen überholt. Nach den gekennzeichneten Zwecken ist das von der Eisenerzhandelskammer gebundene Organisationsziel zu bewerten. Wir sind der Ansicht, daß es für die Weiterverarbeitung nur von Vorteil sein wird, wenn das Syndikat und der Stahlwerksverband in den Staub sinken.

Eine Preissteigerung wird die Hemmung, die der Verarbeitungsindustrie durch die Preispolitik des Syndikats mittels der auf der Schatzfrage gegründeten Monopolwirtschaft der Stahlfabrikanten bereitet worden ist, etwas und für einige Zeit mildern. Allerdings, von jeder großer Bedeutung wird das nicht sein, denn erstens kann man nicht mit einem erheblichen Preisfall rechnen, und zweitens werden sich die hauptsächlich in Betracht kommenden Stahlfabrikanten über den Verkaufspreis von Halbzeug ebenso schnell verständigen, wie die Kohlenverläufer über die Brennstoffmaterialienpreise in den nicht bestrittenen, das heißt den von der Konkurrenz — Schlesien, England, Belgien — nicht bedrohten Bezirken. Die gewaltigen Erschütterungen, die von interessierter Seite als Folge eines Aufstiegs der Verbände an die Wand gemalt werden, existieren nur in der Phantasie der Stimmungsmacher. Verwirrung wird höchstens in die Kreise der Spekulanten getragen, was dann in Kursstößen in die Erscheinung tritt. Darin vermögen wir kein Unglück zu erblicken. Zwar hört man dann sicher auch wieder die gedankenlose Redensart vom Verlust von Volksvermögen und dergleichen mehr. Zunächst ein Verlust von Volksvermögen entsteht, wenn z. B. die Aktien der Phönix um 20 Proz. sinken, und ein Teil der Aktien besitzend gar noch in ausländischem Besitz sich befindet, das hat noch niemand von der Gruppe der Spekulanten nachzuweisen vermag. Was der eine Kapitalist einbüßt, hat der andere eingetauscht; das ist der ganze Effekt! Das Volks- oder Nationalvermögen, als das man fälschlich den Besitz aller Kapitalisten anspricht, wird von solchen Kursveränderungen nicht tangiert, ebensowenig die Warenproduktion. Im Gegenteil! Ein Kurssturz aus den hier erwähnten Ursachen kann auf anderen Gebieten die Unternehmungslust so kräftig anregen, daß er sogar von einer starken Nachfrage am Warenmarkt begleitet sein kann. Die Angst der Spekulanten, die mit Kohlen- und Hüttenaktien Geschäfte machen wollen, resultiert ja nicht aus einer schiedlichen Wirtschaftskontinuität, sondern aus —ner von jener ganz unabhängigen Veränderung in der Technik der Produktionsorganisation.

Legen Embes ist der durch das Syndikat und den Stahlwerksverband gehemmte Expansionsdrang das Sprengpulver, das beide Organisationen bedroht. In ihrem Schutze haben sich einige Unternehmen zu trustartigen Produktionsgebilden entwickelt, die alle Arbeitsprozesse umfassen. Sie fördern Erz und Kohlen aus eigenen Gruben, erheben Hoheisen und lassen dieses in eigenen Werksstätten zu allerhand fertigen Walzergzeugnissen usw. verarbeiten. Des Verbandschutzes bedürfen sie nicht mehr, sein Rahmen wehrt vielmehr ihrem Ausdehnungsdrang den erforderlichen freien Spielraum. Darum stemmen sie sich gegen die Wände — bis sie stürzen. Unter ihren Trümmern werden die kleinen, rüstständigen Werke begraben. Auch das kann man nicht als ein Unglück ansehen. Abgesehen vielleicht von einigen besonderen Fällen ist solche

Entwicklung vielmehr als ein Vorteil zu begrüßen. Die konkreten Fragen, an die die Erneuerung des Syndikats und des Stahlwerksverbandes scheitern können, sind folgende: Um das Kohlendioxid auf der bestehenden Grundlage erhalten zu können, müßten die reinen Hüttenwerke dem Hüttenzweck zugestimmt. Nach diesem werden die von den Hüttenzwecken an die ihnen angegliederten Stahlwerke gelieferten Kohlen- und Koks mengen auf die Beteiligung nicht angerechnet. Diese Bestimmung hatte den Erfolg, daß die gemischten Werke bei abnehmender Konjunktur, wenn das Syndikat Fördererbeschränkungen anordnen müßte, die Produktion von Halbzeug und auch von fertigen Erzeugnissen fördern und man so die Leistungsfähigkeit der Gruben fast reiflos ausnützen konnte, während die reinen Hüttenwerke Hüttenzwecken einlegen müßten und dazu noch gezwungen waren, Kohlen auf Lager zu nehmen. Den gemischten Werken war die Produktionssteigerung möglich, indem sie sich in der Hauptsache mit dem Profit aus der Kohlenförderung begnügten, für die Stahlproduktion nur die Auslagen oder wenig mehr einrechneten und so auf Kosten der reinen Werke lebten. Auch auf Kosten der reinen Werke, indem sie diesen für Halbzeug höhere Preise diktierten, als sie für den Auslandsmarkt festlegten. Dadurch konnten die gemischten Werke ihren Abzug an Halbzeug auf dem Weltmarkt erweitern, und sie waren sowohl hier als auch im Inlande den reinen Werken in der Preisstellung für Fertigerzeugnisse weit überlegen. Der Schatz auf Kohleisen und Halbzeug wirkte so als Waffe der gemischten Werke direkt und indirekt zum Nachteil der reinen Kohlengruben und der reinen Werke. Im August 1909 ist die Förderfreiheit der Hüttenzwecke allerdings begrenzt worden, aber ihre Ueberlegenheit ist nun doch einmal vorhanden und da sie auf ihr Privilegium nicht gänzlich verzichten werden, muß schließlich hieran das Syndikat scheitern. Der geltende Vertrag hat noch bis zum 31. Dezember 1915 Gültigkeit. Die Erneuerungsfrage wäre daher noch gar nicht so sehr brennend, wenn nicht auch mit der Möglichkeit einer vorzeitigen Auflösung gerechnet werden könnte. Das Schicksal des Syndikats ist wesentlich abhängig von dem des Stahlwerksverbandes, dessen Vertrag im nächsten Jahre abläuft. Und hier ist die Sprengung des Verbandes sehr wahrscheinlich. Der Verband war von Anfang an immer nur ein Torso. Nur die Produkte A wurden von ihm verkauft, während er bei den Produkten B nur eine Scheinbereitschaft ausübte. Das Verbandsstatut regelt nur die Produktion, nicht den Absatz. Zu den Produkten A gehören: Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen, während der Gruppe B folgende Erzeugnisse zugehört sind: Stabeisen, Walzdraht, Bleche und Rohren. Der Tendenz der gemischten Werke folgend, das Rohmaterial und Halbzeug möglichst in den eigenen Betrieben zu verarbeiten, haben einige Verbandsmitglieder das Schwerkzeug ihrer Produktion immer mehr zugunsten der Produkte B verschoben. Das ergibt aus folgenden Zahlen. Bei Gründung des Verbandes im Jahre 1904 betrug die Beteiligung in Produkten A 4,33 Millionen Tonnen, in Produkten B 3,09 Millionen Tonnen, jetzt ergibt die Beteiligung bei den A-Produkten 6,27 Millionen Tonnen, bei den B-Produkten 6,18 Millionen Tonnen. Und diese Entwicklung, die doch eine Wertschwächung des Verbandes bedeutet, hält weiter an. Dazu kommt, daß die ganz Großen unter den Großen Beteiligungsforderungen stellen, die von den anderen Unternehmern nicht akzeptiert werden. So ist genügend Grundstoff vorhanden, der zur Explosion gebracht, den Verband auseinanderreißen kann. Wenn das geschieht, dann ist auch dem Syndikat eine Säule gebrochen, was den Einsturz des Baues bewirken kann.

Für den Stahlwerksverband ist nun von allergrößter Bedeutung die Schatzfrage. Die Hauptstütze des Monopols der Halbzeugfabrikanten ist der Zoll, der, wie schon ausgeführt, dazu benutzt wird, den großen Unternehmen auf Kosten der Weiterverarbeitung Vorteile zu verschaffen. Durch das Wegfallen dieser Vorteile, die ein Zusammenbruch der Montanverbände im Gefolge haben könnte, soll auch ein Angriff auf die Rohmaterial- und Halbzeugzölle verhängt, ein Eingreifen gegen den Mißbrauch, den die Stahlwerke mit den Zöllen treiben, verhindert werden. Das ist der Hölzer Jued bei dieser Uebung, bei der man natürlich wieder nationale Interessen vorhält.

„Räuberhauptmann“ Mohr.

Vor der Schwurgericht des Landgerichts Berlin II begann gestern die Verhandlung gegen den jugendlichen Dieb Karl Mohr. Wir gaben gestern bereits eine kurze Darstellung der Anklage. Der 17-jährige, Metallarbeiterin Fr. da Ladewig wird vorgeworfen, daß sie es unternommen habe, von dem ihr bekannt gewordenen Vorkasse eines Verbrechens rechtzeitig Anzeige zu erstatten. Den Vorfall im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Forstmann, die Anklage vertritt Staatsanwalt Corweh; der Angeklagte Mohr wird von den Rechtsanwälten Dr. Jaffe und Dr. Puppe, die Angeklagte Ladewig vom Rechtsanwalt Meyerstein verteidigt. Als Sachverständiger ist der praktische Arzt Dr. Hingz-Friedenau geladen.

Bekanntmachung.

Der Angeklagte Karl Franz Mohr aus Steglitz ist am 28. September 1890 in Berlin geboren. Im Jahre 1908 ist er wegen schweren Diebstahls zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden; es wurde ihm damals Strafaufschub gewährt, der aber nach Bekanntwerden seiner neueren Straftaten zurückgenommen worden ist. Er hat inzwischen seine Strafe verbüßt. — Vorsitzender: Ist es richtig, daß Sie bei dem Zivilingenieur Voelte erzogen worden sind? — Angeklagter Mohr: Das ist richtig, ich wohnte dort bis zu meiner Verhaftung. — Vorsitzender: Sie haben schon vorher Straftaten begangen, die noch nicht zur Aburteilung gekommen sind. In welcher Verbrechensschule sind Sie da gewesen? — Angeklagter: Es war ein gewisser Hermann Liska. — Vorsitzender: Fürsorgeerziehungszögling sind Sie nicht gewesen? Das ist wohl ein Irrtum in der Anklage. — Angeklagter: Ich war in Berlin in einer Erziehungsanstalt. — Vorsitzender: Ist es richtig, daß Sie sich mit den Ihnen schon von der Schule her bekannten Arbeitsburschen Kawitsch und Wohlmann zur fortgesetzten Begehung von Diebstählen verbunden hatten? — Angeklagter: Ja. — Vorsitzender: Wer war Oberst? — Angeklagter: Das war ich. — Vorsitzender: Geben Sie zu, mindestens in drei Fällen Tüchlein diebstahl begangen zu haben? — Angeklagter: Das gebe ich zu. — Vorsitzender: Wie verübten Sie die Diebstähle? — Angeklagter: Wir gingen alle drei zusammen hin, ich bezirkelte die Türen und die beiden anderen lösten die Klappen ab. — Vorsitzender: Das Geld, welches aus dem Verkauf erzielt wurde, erhielten Sie. Sie bestritten daraus die Ausgaben und benutzten die überschüssigen Summen auch — wie Sie sich ausdrücken — zu Bewegungsgeldern. — Angeklagter: Ja, ich verwalte die Kasse. — Vorsitzender: Haben Sie nicht auch gemeinschaftlich Raubanfälle auf der Straße auf allein gehende Franzosen verübt und diesen ihre Pompadourtaschen gewaltsam entziffen? — Angeklagter: Ja. Wir hatten es so verabredet: Die Damen sollten einen Schlag vor den Wagen bekommen oder einen Stoß in das Gesicht und dann sollten den Damen die Handtaschen entziffen werden. Wohlmann sollte den Schlag geben und Kawitsch dann die Tasche entziehen. Der Inhalt der Tasche sollte mir gebracht werden. — Vorsitzender: Sie hatten die ganze Geschichte in Verwaltung. Als nun Wohlmann in Steglitz einen Pompadourversteck ausführen sollte, traute er sich nicht und da haben Sie ihn erklübert und Löcher als Erfahrungsmann angenommen. — Angeklagter: Ja. Er wollte aber auch nicht das Geld in die gemeinschaftliche Kasse zahlen, was jeder nach unserer Verabredung zu zahlen hatte. — Der Angeklagte gibt auf Vorhalt zu, daß er dem Zivilingenieur Voelte Metallanfälle, insgesamt etwa 30 bis 40 Pfund, gestohlen, ferner daß er dem W. den Betrag von 47 M., den er zum Einlösen eines Wechsels erhalten hatte, unterschlagen habe. Ebenso gibt der Angeklagte zu, den Sohn der Eheleute S. man bestimmt zu haben, den Eltern die Geldschranke zu öffnen, ein Urmband, ein 20 Markstück

und drei Flaschen Wein zu stehlen und ihm zu bringen. Nachdem die dem Angeklagten zur Last gelegten Einzelfälle von Pompadourdiebstählen erörtert worden sind, wird der Angeklagte zu dem

Hauptfall Löfener

vernommen. — Vorsitzender: Wer ist denn von Ihnen zuerst auf den Gedanken gekommen, den Küster Löfener zu überfallen? — Angeklagter: Das war Kawitsch, der früher schon einmal bei dem Küster gearbeitet hatte. Als er dort Monteurarbeiten ausführte, hat er den Geldschrank gesehen. — Vorsitzender: Sie sollen aber zuerst den Vorschlag gemacht haben, ihn zu überfallen? — Angeklagter: Jawohl, ich schlug vor, wir wollten den Küster mit Chloroform betäuben und dann den Geldschrank austauben. Einer sollte hineingehen und sich zum Weintritt zum Jünglingsverein melden. Es sollte dann der zweite Komplize hinzukommen und den Küster mit einer eisernen Stange niederschlagen. Später bin ich aber davon wieder abgekommen, da mir die Sache zu gefährlich schien. Ich schlug deshalb vor, nach Dresden zu fahren, wo ich auch eine „gute Stunde“ vorhatte. — Vorsitzender: Sie wollen also jetzt behaupten, daß die Tat ohne Ihr Wissen ausgeführt ist? — Angeklagter: Ja. — Vorsitzender: Sie haben aber früher gesagt, daß Sie den Kawitsch dazu bestimmt haben, den Schlag zu führen, weil er, wie Sie sagten, der kräftigste von Ihnen war. — Angeklagter: Das glaube ich, habe ich teilweise gesagt. Kawitsch rühmte sich noch damit, daß der Küster nicht so leicht wieder aufstehen werde, wenn er zuckelte. — Vorsitzender: Es hat den Anschein, als wenn Sie ganz absichtlich immer fern vom Schuß geblieben waren. — Angeklagter: Als ich das dem Voelte gehörende Geld unterschlagen hatte, fuhr ich nach Sohns. Dort habe ich erst aus der Zeitung erfahren, daß der Ueberfall von Kawitsch und Löfener verübt worden sei. Auf wiederholten Vorhalt des Vorsitzenden erklärt Mohr fälschlich, daß er bestritte, den Kawitsch angestiftet zu haben, dagegen habe er den Löfener überredet, daran teilzunehmen. — Vorsitzender: Ist es richtig, daß Sie Ihre Genossen instruiert haben, sich nur das einzuschließen, wobei sie abgefahrt würden und nicht zu leugnen. Alles andere sollten sie dagegen bestritten, insbesondere auch, daß sie die Namen der Komplizen kennen. Woher haben Sie denn diese Weisheiten? — Angeklagter: Von Hermann Liska. — Vorsitzender: Also auch aus der Verbrechenschule. Haben Sie nicht auch gesagt, daß Sie als älterer Buchhalter besamen, während Ihre Komplizen als Jugendliche mit Gefängnis davonkamen. — Angeklagter: Ja, das ist möglich. — Vorsitzender: Haben Sie der Ladewig etwas von Ihren Plänen erzählt? — Angeklagter: Jawohl, Sie hat mir deshalb auch Vorwürfe gemacht. — Auf eine Frage des Staatsanwalts Corweh erklärt Mohr noch, daß er sich ein Jahr in der Erziehungsanstalt befunden habe. Auf eine Anregung des Rechtsanwalts Jaffe soll sich Mohr über seine Eltern äußern. Der Vorsitzende bemerkt, daß die Mutter eine Dienstmagd Mohr sei, mit der der Angeklagte nie zusammen gewesen sei. Vorsitzender: Sie sollen einmal von Ihrer Mutter geäußert haben: Ihre Mutter, die alte S. . . sei kreieret und Sie erben 1000 M. — Angeklagter: Das ist richtig, aber alte S. . . habe ich nicht gesagt.

Die Angeklagte Ladewig

war vorübergehend als Kaffiererin in einem „Nientopp“ in Steglitz tätig und hat den Angeklagten dort kennen gelernt. Er hatte ihr gesagt, er habe eine Braut, ginge aber nicht mehr mit ihr, und so ist es dann zu einem freundschaftlichen Verkehr zwischen beiden gekommen. Nach ihrer Behauptung hat ihr Mohr eines Tages erzählt, er brauche Geld, sei in Rot und er müsse jetzt einen Raubanfall auf den Küster Löfener ausführen. Sie habe das nicht geglaubt, sondern dem Mohr gesagt: ach, Quatsch, das tuft Du ja doch nicht. Als Mohr dann noch einmal auf den Raubplan zurückgekommen, will sie ihn von abgeraten haben. Auf Verlangen des Staatsanwalts bestätigt die Angeklagte, daß Mohr ihr einmal gesagt habe: er würde sie losküssen, wenn sie mit einem anderen verkehren würde. Sie habe auch dies nicht ernst genommen und Anse ge davon nicht erachtet.

Auf eine Frage eines Geschworenen teilt der Vorsitzende mit, daß Kawitsch bereits zu 7 Jahren 6 Monaten, Löfener zu 4 Jahren und Wohlmann zu 2 Monaten Gefängnis von der 4. Strafkammer des Landgerichts II als Jugendgerichtshof verurteilt worden ist.

Ein Zwischenfall.

Rechtsanwalt Dr. Jaffe: Wir haben hierzu einen Antrag zu stellen. Es ist doch auffällig, daß diese drei Komplizen des Angeklagten schon vorher abgeurteilt worden sind. — Vorsitzender: Aber Herr Verteidiger, das geschieht doch auf Grund einer ministeriellen Verfügung jetzt immer, wenn es sich um Jugendliche handelt. — Rechtsanwalt Dr. Jaffe: Wir beantragen, den betreffenden amtierenden Staatsanwalt als Zeugen zu laden darüber, daß diese drei jugendlichen Angeklagten nicht von Mohr angestiftet worden sind, sondern ihrerseits auf Mohr einen schädlichen Einfluß ausgeübt haben. — Rechtsanwalt Dr. Puppe: Ich möchte den Antrag nach dahin ergänzen: Nach der Prozedurordnung kommen allerdings jugendliche nicht vor das Schwurgericht, aber es ist doch auch zulässig, daß, wenn es sich um gemeinschaftlich mit einem Erwachsenen verübte Taten handelt, auch jugendliche mit diesem vor die Geschworenen kommen. Nun ist es doch auffällig, daß in diesem Falle die Sachen abgetrennt worden sind. — Vorsitzender: Ich habe schon gesagt, daß dies jetzt allgemein auf ministerielle Verfügung geschieht. Was wollen Sie nun beweisen? — Rechtsanwalt Dr. Puppe: Wir wollen den Staatsanwalt als Zeugen geladen wissen zu dem Beweise, daß die Trennung nur erfolgt ist, damit die anderen Angeklagten hier als Zeugen gegen Mohr auftreten können. — Vorsitzender: Ich verstehe eigentlich den ganzen Antrag nicht, nachdem ich auf die ministerielle Verfügung hingewiesen habe, wonach in solchen Fällen die Sache der jugendlichen stets abgetrennt werden soll. — Staatsanwalt Corweh: Ich möchte wissen, was behauptet werden soll; aus welchem Grunde soll die Abtrennung stattgefunden haben? — Rechtsanwalt Dr. Puppe: Damit es glaubwürdig erscheint, daß der Angeklagte Mohr der Anstifter war. — Staatsanwalt Corweh: Das ist doch ein außerordentlich schwerer Vorwurf, der hier erhoben wird. Darin liegt doch die Behauptung, daß durch eine gewisse Rollenverteilung die Herren Geschworenen ein falsches Bild erhalten sollen. Das ist ein ganz kolossaler Vorwurf. — Vorsitzender: Die Herren Geschworenen wissen ja, daß sie nach ihrem freien Ermessen die Ergebnisse der Beweisaufnahme zu würdigen haben; für sie ist es also ganz gleichgültig, ob die in Frage stehenden jugendlichen Personen hier als Angeklagte oder als Zeugen ihre Aussagen machen. — Rechtsanwalt Dr. Puppe: Wir ziehen den Antrag zurück. Von einer solchen ministeriellen Verfügung ist uns nichts bekannt gewesen.

Nach Verlesung des Strafkammerurteils gegen Kawitsch und Löfener erklärt Mohr nochmals auf Verlangen des Vorsitzenden: Er sei das Haupt der Bande gewesen und gebe alle Straftaten zu mit der Einschränkung, daß er im Falle des Küsters Löfener von Kawitsch nicht angestiftet, aber allerdings dem Löfener zugeredet habe, sich an dem Attentat zu beteiligen.

In der

Beweisaufnahme

bekundet der Zeuge Bille, daß der Angeklagte im Hause seiner Eltern erzogen worden, aber häufig recht ungezogen gewesen ist. Er hat öfter den Koller gehabt, auf die Wanderschaft geben zu wollen und war auch manchmal auf einige Zeit verschwunden. Er soll dann in Gesellschaft eines Verbrechers Liska (nicht Liska) gewesen sein und ist von diesem zweifellos sehr schlimm beraten worden. Durch diesen Verbrecherverkehr ist er wohl auf die schiefe Ebene gekommen. Er äußerte immer merkwürdige Anschauungen, wenn er in den Zeitungen die Berichte über andere Verbrechen las. Außerdem las er Bücher, die für einen solchen jungen Mann nicht passend waren. Wenn er nach seinem Verschwinden verbummelt zurückkehrte, hat der Zeuge ihm erste Vorhaltungen gemacht und Mohr hat auch stets eine gewisse Reue gezeigt. Mohr war in einem Verhältnißverhältnis bei dem Zeugen und dieser hat auch wegen der

Otto Jacob, sen
Berlin-N.O. 429
Friedenstrasse 9.

Unser System, gegen kaum fühlbare monatl. Raten ohne einen Pfennig Aufschlag zu verkaufen, ermöglicht jedermann die Anschaffung unserer vollwertigen Apparate. Für Freunde guter Musik ist das Erscheinen der neuen **W.M. Opera-Modelle** ein

Ereignis!

Die **W.M. Opera** ist der populärste Familien-Konzert-Apparat Deutschlands. Die **W.M. Opera** bringt Ihnen Geselligkeit, Frohsinn und Musik-Verständnis ins Haus! Sie ist eine unerschöpfliche Quelle der Unterhaltung, Erheiterung und Belehrung. **W.M. Opera-Platten** stellen das Vollendetste dar, was in Schallplatten geboten werden kann. Sie sind doppelseitig bespielt, also je zwei verschiedene Vorträge auf einer Platte, und bringen nur Original-Aufnahmen. Beachten Sie, daß **W.M. Opera-Platten** mittels Nadeln spielbar sind, wodurch eine wirklich hervorragende Tonübertragung erreicht wird. — 25 cm große **W.M. Opera-Platten** haben ebensoviel Macht als 20 cm große **Saphir-Platten**. **W.M. Opera-Platten** sind unübertroffen melodienreich und lautstark. Apparat **Mod. 120** ist mit **W.M. Opera-Exhibition-Schalldose** versehen, die Apparate **Mod. 110, 113** und **117** dagegen mit der gleichfalls vorzüglichen **W.M. Opera-Konzert-Schalldose**. Wird statt dieser die **W.M. Opera-Exhibition-Schalldose** gewünscht, dann erhöht sich der Preis um **RM. 8.—**. Mit **Mod. 120** gelangt der Käufer in den Besitz von **30 Doppelpl. à 3 RM. = 40 Stücke, 14 Doppelpl. à 200 Nadeln** sind im Preise inbegriffen u. werden m. d. Apparat mitgeliefert. **3 Doppelpl. à 3 RM.** erhält d. Käufer gratis nach Entrichtung d. 6. Rate. Bei **Mod. 117** werden **8 Doppelpl. à 3 RM. und 200 Nadeln** m. d. Apparat geliefert u. 5 Doppelpl. nach Erhalt d. 6. Rate. Bei **Mod. 113** dagegen **6 Doppelpl. à 3 RM. u. 200 Nadeln** mit dem Apparat u. 4 Doppelpl. gratis nach der 6. Rate. Bei **Mod. 110** werden **6 Doppelpl. à 3 RM. u. 200 Nadeln** mit dem Apparat u. 4 Doppelpl. gratis geliefert u. 3 Doppelpl. à 3 RM. nach d. 6. Rate gratis. Für alle Apparate 1 Jahr schriftl. Garantie. Die Auswahl d. Platten kann der Besteller getroffen und überlassen. Wir senden dazu eine Zusammenstellung der bestgelungensten Aufnahmen. Sonst nach Wahl aus unseren Listen.

Interessante Kataloge über Schallplatten und Apparate gratis und franco. Unsere Verkaufsstellen sind auch Sonntag geöffnet.

Mod. 110 Pr. **RM. 39.50**
Mod. grün pol. Gehäuse mit Orzongehäuse, 29x29x13 cm. Farb. Platten-Erweiter 84 cm. 10 neue Platten. Monatsrate 3 RM.

Mod. 113 Pr. **RM. 49**
Mod. farb. pol. Gehäuse, 29x29x13 cm. Farb. Platten-Erweiter 84 cm. 20 neue Platten. Monatsrate 3 RM.

Mod. 120 Preis **RM. 88**
Mod. Salon-App. Pr. mod. farb. pol. Gehäuse m. Gebläse, 36x36x17 cm. Farb. Platten-Erweiter 84 cm. 40 neue Platten. Monatsrate 5 RM.

Bestellschein

Ich bestimme mir in diesem Aussehen ein Exemplar des Apparates **Mod. 110/113/117/120** mit dem beige-braunen Gehäuse und 200 Nadeln zum Preis von **RM. 39.50/49/88** und 40/60/80 neue Platten. Die Lieferung erfolgt durch **Lehmann & Assmy, Spremberg**. Ich bestimme mir **1. jeden Monat** **2. jeden 2. Monat** **3. jeden 3. Monat** **4. jeden 4. Monat** **5. jeden 5. Monat** **6. jeden 6. Monat** **7. jeden 7. Monat** **8. jeden 8. Monat** **9. jeden 9. Monat** **10. jeden 10. Monat** **11. jeden 11. Monat** **12. jeden 12. Monat** **13. jeden 1. Monat** **14. jeden 2. Monat** **15. jeden 3. Monat** **16. jeden 4. Monat** **17. jeden 5. Monat** **18. jeden 6. Monat** **19. jeden 7. Monat** **20. jeden 8. Monat** **21. jeden 9. Monat** **22. jeden 10. Monat** **23. jeden 11. Monat** **24. jeden 12. Monat** **25. jeden 1. Monat** **26. jeden 2. Monat** **27. jeden 3. Monat** **28. jeden 4. Monat** **29. jeden 5. Monat** **30. jeden 6. Monat** **31. jeden 7. Monat** **32. jeden 8. Monat** **33. jeden 9. Monat** **34. jeden 10. Monat** **35. jeden 11. Monat** **36. jeden 12. Monat** **37. jeden 1. Monat** **38. jeden 2. Monat** **39. jeden 3. Monat** **40. jeden 4. Monat** **41. jeden 5. Monat** **42. jeden 6. Monat** **43. jeden 7. Monat** **44. jeden 8. Monat** **45. jeden 9. Monat** **46. jeden 10. Monat** **47. jeden 11. Monat** **48. jeden 12. Monat** **49. jeden 1. Monat** **50. jeden 2. Monat** **51. jeden 3. Monat** **52. jeden 4. Monat** **53. jeden 5. Monat** **54. jeden 6. Monat** **55. jeden 7. Monat** **56. jeden 8. Monat** **57. jeden 9. Monat** **58. jeden 10. Monat** **59. jeden 11. Monat** **60. jeden 12. Monat** **61. jeden 1. Monat** **62. jeden 2. Monat** **63. jeden 3. Monat** **64. jeden 4. Monat** **65. jeden 5. Monat** **66. jeden 6. Monat** **67. jeden 7. Monat** **68. jeden 8. Monat** **69. jeden 9. Monat** **70. jeden 10. Monat** **71. jeden 11. Monat** **72. jeden 12. Monat** **73. jeden 1. Monat** **74. jeden 2. Monat** **75. jeden 3. Monat** **76. jeden 4. Monat** **77. jeden 5. Monat** **78. jeden 6. Monat** **79. jeden 7. Monat** **80. jeden 8. Monat** **81. jeden 9. Monat** **82. jeden 10. Monat** **83. jeden 11. Monat** **84. jeden 12. Monat** **85. jeden 1. Monat** **86. jeden 2. Monat** **87. jeden 3. Monat** **88. jeden 4. Monat** **89. jeden 5. Monat** **90. jeden 6. Monat** **91. jeden 7. Monat** **92. jeden 8. Monat** **93. jeden 9. Monat** **94. jeden 10. Monat** **95. jeden 11. Monat** **96. jeden 12. Monat** **97. jeden 1. Monat** **98. jeden 2. Monat** **99. jeden 3. Monat** **100. jeden 4. Monat** **101. jeden 5. Monat** **102. jeden 6. Monat** **103. jeden 7. Monat** **104. jeden 8. Monat** **105. jeden 9. Monat** **106. jeden 10. Monat** **107. jeden 11. Monat** **108. jeden 12. Monat** **109. jeden 1. Monat** **110. jeden 2. Monat** **111. jeden 3. Monat** **112. jeden 4. Monat** **113. jeden 5. Monat** **114. jeden 6. Monat** **115. jeden 7. Monat** **116. jeden 8. Monat** **117. jeden 9. Monat** **118. jeden 10. Monat** **119. jeden 11. Monat** **120. jeden 12. Monat** **121. jeden 1. Monat** **122. jeden 2. Monat** **123. jeden 3. Monat** **124. jeden 4. Monat** **125. jeden 5. Monat** **126. jeden 6. Monat** **127. jeden 7. Monat** **128. jeden 8. Monat** **129. jeden 9. Monat** **130. jeden 10. Monat** **131. jeden 11. Monat** **132. jeden 12. Monat** **133. jeden 1. Monat** **134. jeden 2. Monat** **135. jeden 3. Monat** **136. jeden 4. Monat** **137. jeden 5. Monat** **138. jeden 6. Monat** **139. jeden 7. Monat** **140. jeden 8. Monat** **141. jeden 9. Monat** **142. jeden 10. Monat** **143. jeden 11. Monat** **144. jeden 12. Monat** **145. jeden 1. Monat** **146. jeden 2. Monat** **147. jeden 3. Monat** **148. jeden 4. Monat** **149. jeden 5. Monat** **150. jeden 6. Monat** **151. jeden 7. Monat** **152. jeden 8. Monat** **153. jeden 9. Monat** **154. jeden 10. Monat** **155. jeden 11. Monat** **156. jeden 12. Monat** **157. jeden 1. Monat** **158. jeden 2. Monat** **159. jeden 3. Monat** **160. jeden 4. Monat** **161. jeden 5. Monat** **162. jeden 6. Monat** **163. jeden 7. Monat** **164. jeden 8. Monat** **165. jeden 9. Monat** **166. jeden 10. Monat** **167. jeden 11. Monat** **168. jeden 12. Monat** **169. jeden 1. Monat** **170. jeden 2. Monat** **171. jeden 3. Monat** **172. jeden 4. Monat** **173. jeden 5. Monat** **174. jeden 6. Monat** **175. jeden 7. Monat** **176. jeden 8. Monat** **177. jeden 9. Monat** **178. jeden 10. Monat** **179. jeden 11. Monat** **180. jeden 12. Monat** **181. jeden 1. Monat** **182. jeden 2. Monat** **183. jeden 3. Monat** **184. jeden 4. Monat** **185. jeden 5. Monat** **186. jeden 6. Monat** **187. jeden 7. Monat** **188. jeden 8. Monat** **189. jeden 9. Monat** **190. jeden 10. Monat** **191. jeden 11. Monat** **192. jeden 12. Monat** **193. jeden 1. Monat** **194. jeden 2. Monat** **195. jeden 3. Monat** **196. jeden 4. Monat** **197. jeden 5. Monat** **198. jeden 6. Monat** **199. jeden 7. Monat** **200. jeden 8. Monat** **201. jeden 9. Monat** **202. jeden 10. Monat** **203. jeden 11. Monat** **204. jeden 12. Monat** **205. jeden 1. Monat** **206. jeden 2. Monat** **207. jeden 3. Monat** **208. jeden 4. Monat** **209. jeden 5. Monat** **210. jeden 6. Monat** **211. jeden 7. Monat** **212. jeden 8. Monat** **213. jeden 9. Monat** **214. jeden 10. Monat** **215. jeden 11. Monat** **216. jeden 12. Monat** **217. jeden 1. Monat** **218. jeden 2. Monat** **219. jeden 3. Monat** **220. jeden 4. Monat** **221. jeden 5. Monat** **222. jeden 6. Monat** **223. jeden 7. Monat** **224. jeden 8. Monat** **225. jeden 9. Monat** **226. jeden 10. Monat** **227. jeden 11. Monat** **228. jeden 12. Monat** **229. jeden 1. Monat** **230. jeden 2. Monat** **231. jeden 3. Monat** **232. jeden 4. Monat** **233. jeden 5. Monat** **234. jeden 6. Monat** **235. jeden 7. Monat** **236. jeden 8. Monat** **237. jeden 9. Monat** **238. jeden 10. Monat** **239. jeden 11. Monat** **240. jeden 12. Monat** **241. jeden 1. Monat** **242. jeden 2. Monat** **243. jeden 3. Monat** **244. jeden 4. Monat** **245. jeden 5. Monat** **246. jeden 6. Monat** **247. jeden 7. Monat** **248. jeden 8. Monat** **249. jeden 9. Monat** **250. jeden 10. Monat** **251. jeden 11. Monat** **252. jeden 12. Monat** **253. jeden 1. Monat** **254. jeden 2. Monat** **255. jeden 3. Monat** **256. jeden 4. Monat** **257. jeden 5. Monat** **258. jeden 6. Monat** **259. jeden 7. Monat** **260. jeden 8. Monat** **261. jeden 9. Monat** **262. jeden 10. Monat** **263. jeden 11. Monat** **264. jeden 12. Monat** **265. jeden 1. Monat** **266. jeden 2. Monat** **267. jeden 3. Monat** **268. jeden 4. Monat** **269. jeden 5. Monat** **270. jeden 6. Monat** **271. jeden 7. Monat** **272. jeden 8. Monat** **273. jeden 9. Monat** **274. jeden 10. Monat** **275. jeden 11. Monat** **276. jeden 12. Monat** **277. jeden 1. Monat** **278. jeden 2. Monat** **279. jeden 3. Monat** **280. jeden 4. Monat** **281. jeden 5. Monat** **282. jeden 6. Monat** **283. jeden 7. Monat** **284. jeden 8. Monat** **285. jeden 9. Monat** **286. jeden 10. Monat** **287. jeden 11. Monat** **288. jeden 12. Monat** **289. jeden 1. Monat** **290. jeden 2. Monat** **291. jeden 3. Monat** **292. jeden 4. Monat** **293. jeden 5. Monat** **294. jeden 6. Monat** **295. jeden 7. Monat** **296. jeden 8. Monat** **297. jeden 9. Monat** **298. jeden 10. Monat** **299. jeden 11. Monat** **300. jeden 12. Monat**

Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in Anzugstoffen, Paletostoffen, Hosentoffen, Westenstoffen, Damentuchen etc. unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Nonnelten in besserer Qualität zu allerbilligsten Preisen. Verlangen Sie durch Postkarte Muster, wir senden dieselbe sofort franko ohne Kaufverpflichtung.

Lehmann & Assmy, Spremberg L. 26
Größte u. älteste Tuchfabrik Deutsch-lands etc.

10% Inventur-Verkauf 10%

Nach beendeter Inventur kommen zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen zum Verkauf:

Teppiche mit kleinen Farbenfehlern	26.50	19.75	12.50
Plüsch Tischdecken	11.75	9.50	6.25
Gardinen - Restbestände 1-4 Fenster	6.25	4.75	1.95
Portieren, Plüsch und Tuch	9.75	6.25	2.95
Großer Posten Felle u. Bettvorlagen	4.75	3.25	1.95
Möbelstoffreste	zu außer-gewöhnlich billigen Preisen		
Läuferstoffreste	zu außer-gewöhnlich billigen Preisen		

Während des Inventur-Verkaufs erhalten „Vorwärts“-Leser **10% Rabatt**

Teppichhaus Georg Lange
73/74, Chausseestraße 73/74.

Master an jedermann franko!

Seiden-Reste. Seiden-Messe Montag 9 Uhr

Braut- und Hochzeits-Seiden vom Stück zu Restpreisen

Schriftliche Einladungen zur grossen Seiden-Messe werden vom Seiden-Haus Seiden-Herzog nicht versandt, damit keine Bevorzugung stattfindet und jede Dame ohne Unterschied die grossen Vorteile dieses Seiden-Reste-Verkaufs wahrnehmen kann. Von Tausenden Heften Kupons Abzweigen kostbarer Seiden und Samte kann sich jede Dame nach Wunsch für einen kleinen Betrag zur Braut- oder zum Hochzeit- oder zum kleinen Aussehen. Ferner von Stücken zu Restpreisen: Vernehme Seiden für Braut- und Hochzeits-Roben, glatt und gemustert, 1.50, 2.00, 2.85 usw. — Effektvolle Seiden im Ball- und Gesellschafts-Roben 1.50, 2.35, 2.75 usw. — Aparte Blusen- und Jupos-Seiden Streifen, Karos, Unies 1.50, 2.00, 2.50 usw. — Hausseidene schwarze Damaste Merveilleux 15, 20, 30 p. Robe. — 1 Posten "rêve de lune" doppelt breit, in allen Lichtfarben 2.85, 3.50 usw. — Viele hundert einzelne Hochzeits- u. Silberhochzeits-Roben enorm billig. — Nonwove Damast Futterseiden für Jackette u. Abendmäntel, jetzt 1.50, 1.75, 1 Posten wundervoller Samt für Blusen jetzt 1.25, 1.50 etc. — 1 Posten kostbare Seiden-Pinsets und Vessors du Nord, 40/120 cm breit, für elegante Mäntel und Jackette enorm billig, von 4.50 an. Mehrere tausend Meter Reste, eingeteilt in Serien à 1.25, 1.50 p. Meter, welche teilweise das Doppelte und Dreifache gekostet haben.

Seiden-Herzog, Berlin nur Leipziger Str. 79, am Dönhofsplatz 1 Treppe.

Der Reste-Verkauf beginnt Montag 9 Uhr.

CONSTANTIN CIGARETTEN

verdanken ihr Renommee der hervorragenden Qualität und Bekömmlichkeit

In allen besseren Cigarrengeschäften zu haben

Achtung, Vereine!
Sonntags, 11. u. 18. März, Sonntag, 19. und 26. Februar, 12. März: Zäle mit Bühne frei.
Alexanderstr. 27c.
Engl. Garten, Unit 7, 10628.
1. u. 2. Osterfesttag frei.

Musier-Coupons-Res.e.
wunderschöne Frühjahrs-Nachrichten für Anzüge, Hüte, Kostüme etc. Meter 3.—, 4.—, 5.— **Sonntags-Läden**, **Impressari** für **Wasser-Palast**, **Metz** 1.50, 3.—, **Tuchlager** **Gertraudenstr. 30-31, Koch & Seeland, Ge** **mit 100 m. h. H. 1000-1000 p. Peter kirche**

Große Firma bergt
Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
Keine Restzinsen. Chiffre 8.100. **Vorwärts**-Zapfen, **Auguststr. 50.**

Hoch. Ranzienänderer, tieltourenreich, flottierend, von 8-10 Mark u. 6, Suchmeister zu 2.50 RM. pr. Stück, 8 Tage Probe. **Christl. Ad. Janson, Berlin a. S.**

Schneiderei
für elegante **Herren-Moden**

Fertig und nach Mass. Garantie für tadelloser Sitz und beste Verarbeitung. Auf **Teilzahlung**

Wochenrate von **1 Mk.** an.
J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40
direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. i. Einzel.

Verlangen Sie umsonst und portofrei unsere Broschüre:

Lebensfreude

Ihr und Ihrer Familie dauerndes Glück hängt davon ab. Wenn Sie sich nicht wohl fühlen, irgend ein Leiden haben, wenden Sie sich vertrauensvoll an uns. Wir zeigen Ihnen bestimmt den natürlichen Weg zur Gesundheit

Schreiben Sie sofort eine Postkarte, das ist kein Risiko für Sie.
Dr. med. Coleman & Co. m. b. H., Berlin W. 9, Potsdamer Straße 4.

Stiller



Gegr.

1867

Grosser Inventur-Verkauf

nur noch bis Sonnabend, den 4. Februar (Sonntags geöffnet)

Verkauf nur Jerusalemer Strasse 38-39, am Dönhoffplatz.

Der einzig dastehende grosse Erfolg hat von neuem das populäre Wesen gezeigt, das den Stiller'schen Inventur-Verkäufen infolge ihrer reellen Handhabung eigen ist. Der ungeahnte Zuspruch bewies, dass das Waren-Angebot hinsichtlich Güte und äusserster Billigkeit „wirklich einzigartig“ genannt werden darf.

Der Andrang war ein derart bedeutender, dass mancher Käufer vielleicht nicht in der Weise, wie es im Sinne der Firma ist, bedient werden konnte, ebenso blieb vielen der Zugang zu den überfüllten Räumen versagt infolge des zeitweiligen Schlusses wegen Ueberfüllung. Die Firma bittet daher um gütige Nachsicht, und es werden für die folgenden Tage weitere Vorkehrungen getroffen sein, die eine rasche und bequeme Abfertigung in jeder Hinsicht ermöglichen.

Grosse Posten moderner

Damen- und Herren-Stiefel

in Boxcalf, Chevreau schwarz und braun, Chevreau und mit Lackbesatz, auch mit Stoffeinsatz, Stiefel mit Woll- und Plüschfutter sowie Katzen- und Lammfell-Futter

Serie I	8 ⁷⁵	Serie II	9 ⁷⁵	Serie III	11 ⁷⁵	Serie IV	14 ⁷⁵
	früher 10 ⁰⁰		früher 12 ⁰⁰		früher 15 ⁰⁰		früher 18 ⁰⁰

Die früheren Preise sind an jedem Paar Stiefel deutlich erkennbar

Grosse Posten eleganter

Damen-Tanz- u. Abendschuhe

in Chevreau, Lack, Bronze, weiss Glacé etc. Feinste Wiener und Pariser Modelle

Serie I	8 ⁷⁵	Serie II	9 ⁷⁵	Serie III	11 ⁷⁵	Serie IV	14 ⁷⁵
	früher bis 11 ⁰⁰		früher bis 14 ⁰⁰		früher bis 16 ⁰⁰		früher bis 21 ⁰⁰

Die früheren Preise sind an jedem Paar Stiefel deutlich erkennbar

Grosse Posten

Damen- u. Herrenstiefel

in Boxcalf und Chevreau, schwarz u. braun
Nur kleine und grosse Nummern!

extra billig, durchweg 6.75

Grosse Posten

Damen-Halbschuhe

in Boxcalf und Chevreau, zum Schnüren, auch mit Spangen

extra billig, durchweg 5.75

Grosse Posten

Damen-Tanz-Schuhe

in den feinsten Ausführungen, unsortiert

extra billig, durchweg 4.75 6.75

Für sparsame Mütter:

Stiller's rationelle Kinder-Stiefel

in den bekannt guten Qualitäten
Besonders preiswerte Offerte

Serie I	Kinder-Schnür- und Knopf-Stiefel			
	verschiedene Oberlederarten, auch in braun			
	25-27	28-30	31-35	36-39
	3.80	4.80	5.80	6.80
Serie II	Kinder-Schnür- und Knopf-Stiefel			
	Boxcalf, auch in braun Chevreau			
	25-27	28-30	31-35	36-39
	4.80	5.80	6.80	7.80
Serie III	Kinder-Schnür- und Knopf-Stiefel			
	in verschiedenen Oberlederarten			
	18-22	21-24	25-26	
	2.25	3.25	4.25	

Grosse Restbestände in

Hausschuhen jeder Art sowie Kamelhaarstoff-Schuhe

Serie I 1.10 Serie II 2.75 Serie III 3.75
besonders preiswert

Ein Posten Amerik.

Damen-Gummischeuhe

Serie I 1.50 Serie II 2.10
früher 3.00 früher 4.25

Grosse Posten

Sportschuhe u. Sandalen

für Damen und Herren
besondere Gelegenheit, durchweg 3.75

Auf alle regulären „gefütterten“ Schuhwaren 25% Rabatt

Während des Inventur-Verkaufes gewähren wir auch in unseren übrigen Geschäften auf alle warmgefütterten Schuhwaren einen Rabatt von 25%

Keine Auswahlendungen!
:: Keine Zurücknahme! ::

Um Besichtigung der Waren, ohne Kaufzwang,
wird gebeten! :: Kein Versand nach auswärts!

Nur Barverkauf! ::
:: Kein Umtausch!

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 31. Januar 1911:

13 Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- | | |
|---|---|
| 1. Abteilung: Obiglio Festhalle, Schwedter Str. 23/24. | 8. Abteilung: Moabit Bürgerhalle, Bismarckstr. 9. |
| 2. Abteilung: Herold-Festhalle, Schönhauser Allee 28. | 9. Abteilung: Pharus-Säle, Müllerstr. 142. |
| 3. Abteilung: Konzerthallen Südliche Bernheimer Str. 7. | 10. Abteilung: Pharus-Säle, Müllerstr. 142. |
| 4. Abteilung: Borussia-Säle, Adlerstr. 6/7. | 11. Abteilung: Cranz' Festhalle, Rosliner Straße 8. |
| 5. Abteilung: Humboldt-Säle, Gussienstraße 40. | 12. Abteilung: Frankes Festhalle, Badstraße 19. |
| 6. Abteilung: Gesellschaftshaus M. Schönlitz, Soyenstr. 12. | 13. Abteilung: Swinemünder Gesellschaftshaus, Wicteffstr. 24. |
| 7. Abteilung: Moabit Gesellschaftshaus, Wicteffstr. 24. | |

Tagesordnung:

1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
2. Vortrag. 3. Diskussion.

Referenten: Dr. Alfred Bernstein, Karl Bethke, Dr. Oskar Cohn, Adolf Domnick, Ferdinand Ewald, Theodor Fischer, Dr. Karl Liebknecht, Robert Leinert, Carl Leid, Gustav Nathow, Max Schütte, Albert Störmer, Dr. Hermann Weyl.

Mitgliedsbuch legitimiert. 224/14* Der Vorstand.

Schöneberg.

Sozialdemokrat. Wahlverein.

Dienstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in den Neuen Rathausssälen, Reiningen Str. 8.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Kommunalpolitik im Reichstag und Landtag. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse G. Wollensbüch.
2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 5. Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.

Montag, den 30. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, großer Saal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Verwaltungs- und Kassenbericht für 1910. Berichtstatter Kollegen Busch und Hoffmann.
2. Wahl der Ortsverwaltung, der Revisoren und der Delegierten zur Gewerkschaftskommission.
3. Ausschluss eines Mitgliedes.
4. Verbandsangelegenheiten.

Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Achtung!

Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslokalen Saal im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Die Werkstattvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

In diesem Sonntag findet der Vortrag des Kollegen Bernau statt.

Bilderrahmenmacher.

Montag, den 30. Januar cr., abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend),

Branchen-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 14/15 (Saal V).

Bodenleger.

Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15 (Saal II):

Vertrauensmänner-Versammlung.

Versammlungen im Februar:

Freitag, den 3. Februar:

Vertrauensmänner-Versammlung

für Berlin und Vororte

in „Kreyers Festsälen“, Kopenstr. 29.

Montag, den 6. Februar:

Mitglieder-Versammlungen.

Mittwoch, den 15. Februar:

General-Versammlung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Dienstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in Hoppes Festsälen, Hermannstr. 49.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Col. III. Amt 3, 1987.

Montag, den 30. Januar 1911:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharus-Säle, Müllerstraße 142, abends 8 1/2 Uhr.
 Norden: Obiglio Festhalle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
 Norden: Frankes Festhalle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
 Tegel: Eichbornsäle, Reinickendorf, Eichbornstraße 60, abends 6 Uhr.
 Moabit: Frachtsäle Nord-West, Wicteffstraße 24, abends 8 1/2 Uhr.
 Westen und Schöneberg: Oeffs Festhalle, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
 Osten und Lichtenberg: Littins Festhalle, Wilmersdorfer Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
 Stralau u. Rummelsburg: Blumen Restaurant, Hiltzstraße 56, abends 8 1/2 Uhr.
 Südenbezirke: Urania, Wrangeistr. 10, abends 8 1/2 Uhr.
 Weißensee: Penkerts Restaurant, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
 Rixdorf: Hoppes Festhalle, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr. Neuwahl der Bezirksleitung.
 Charlottenburg: Volkshaus, Köpenicker Str. 3, abends 8 1/2 Uhr.
 Steglitz: Restaurant Schellhase, Ahornstraße 15a, abends 8 1/2 Uhr.
 Köpenick u. Friedrichshagen: Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
 Ober-Schöneweide: Restaurant Hasselwerder, Hasselwerderstr. 16, abends 8 1/2 Uhr.
 Spandau: Restaurant Böhle, Gabelstr. 20, abends 8 1/2 Uhr.
- Tagesordnung in allen Versammlungen:
 1. Stellungnahme zur Generalversammlung des Gesamtverbandes in Mannheim.
 2. Vorträge der Kollegen zum Verbandstag können an die Versammlungsleiter oder auch an das Bureau, Charitéstr. 3, abgegeben werden.
 3. Mitgliedsbuch legitimiert. 111/3
 4. Zahlreiches Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Achtung! Anarchisten-Sozialisten Achtung!

Dienstag, den 31. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Anton Becker, Weberstr. 17.

Tagesordnung:

1. Vortrag von B. Cahn Der Justizmord in Japan.
2. Freie Aussprache.

Zur Anfrage der Agitationskommission Gustav Gladbach, Rottendorfer Str. 41.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten

Branchen-Versammlungen

finden an nachfolgenden Tagen statt:

- Geschirr-Branche: Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.
 Portefeuller- u. Reiseartikelbranche: Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Rammstr. 27.
 Militär-Branche: Mittwoch, den 1. Februar, abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 a.
 Sinenkleber u. Teppichnäher: Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wehnacht, Grünstr. 21.
 Eisenmöbel- u. Federsuhlpolierer: Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.
 Sektion Charlottenburg: Mittwoch, 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Köpenicker Str. 3.

Achtung! Wagenbranche. Achtung!

Die regelmäßige Branchenversammlung fällt aus. Dafür findet am Dienstag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 7 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15, eine

Außerordentl. Branchenversammlung statt. Zahlreiches Besuch dieser Versammlungen erwarten Die Branchenleitungen.

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend (Eingeführte Ortschaften Nr. 118).

Sonntag, den 12. Februar 1911, vormittags 10 Uhr, bei Witte, Sebastianstraße 39:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahres-Wrechnung und Revisionsbericht, Bericht des Vorstandes und Ausschusses. 2. Ersatzwahl des Vorstandes (des ersten Kassierers, des zweiten Vorsitzenden, 2. Vizepräsidenten und 4. Ersatzmänner), Wahl des Ausschusses und 4. Ersatzmänner. 3. Diverse Kassenangelegenheiten.

NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet!

Mitgliedsbuch legitimiert!

Der Vorstand.

Charlottenburg.

Vereinigte Maurergesellen-Kranken- und Sterbekasse (E. G. 81)

Sonntag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, im Kassenlokal, Spreckstraße 17:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Vierteljahr und Jahresbericht des Kassierers.
2. Veränderung des Statuts § 6 Absatz 4.
3. Kassenangelegenheiten.

Regen Besuch erwartet Der Vorstand.

Einzig. Parteilokal

mit flott. Betrieb sucht erste Hypothek ca. M. 40-50 000. — Brandkasse Nr. 84 000. — Offerten unter K. 1 an die Expedition d. Blattes erbeten.

Zentral-Verband der Schuhmacher

Deutschlands.

Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Soetens Festsälen, Weberstr. 17: 109/3

Versammlung

der Mitglieder der Zuschusskasse.

Tages-Ordnung:

1. Beschlussfassung über eventuelle Änderungen des Reglements der Zuschusskasse betr. die Gewährung von Zuschüssen. 2. Verschiedenes. 3. Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Zentralkranken- u. Sterbekasse der Maler etc.

Bureau: Weichstr. 28. — Geöffnet von 9-1 Uhr vormittags.

Montag, den 30. Januar, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht und Abrechnung vom 3. und 4. Quartal 1910.
2. Wahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

Möbelfabrik „Adler“.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Sonntag, den 12. Februar 1911, vormittags 1/2 10 Uhr, im Geschäftslokal, Franzfurter Allee 143:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz.
2. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats.
3. Geschäftliches.

16/2 Der Vorstand.

Ordentl. General-Versammlung d. Kranken- u. Begräbniskasse der Seifenfieder und Seifenwaschgenossen

E. G. 17 zu Berlin Sonntag, 5. Febr., vorm. 10 Uhr, in „Alhambra“, Wallnertheaterstr. 15.

Tagesordnung:
 1. Jahresbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 287/3 Der Vorstand.
 J. A.: Karl Geisler, Kassierer.

Zahnarzt Wieck

Ehem. Leit. d. II. Schul-Zahnklinik Pankstraße 50, I.

Sprechstunden 9-1 und 3-7. Preisermäßg. für sämtl. Schulen.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Nur einmal jährlich zum Inventurpreis!

Ein Posten reichgestickter Plüsch-Portieren

nur soweit Vorrat! Pro Fenster 6.85 (Wert 10.50 M.)

Victoriatuchportiere 3.85 mit allerliebster Stickerei

Eine Partie reichgestickter Plüschdecken

6, 8, 10 M. (Wert 8-15 M.)

Riesen-Auswahl Tüllbettdecken

2.25, 3.-, 4.50-7.50 Mark.

Buntpersische doppelseitige Divandeecken

M. 7.50-8.75 (Wert 15 M.)

Divanrückwände 3.85-18 Mark.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!

Inventur-

Extralist und Katalog

enorm billiger Geschenkartikel (600 Abbild.) gratis und franko.



Für diese Woche Vorzugs-Angebote Ganz besonders niedrige Preise in allen Abteilungen

Damenwäsche-Garnitur
Taghemd Nr. T 610
Chiffon; runder Ausschnitt mit Stickerei-Ansatz und Banddurchzug. M. **2⁸⁰**
Beinkleid, dazu passend Nr. B 611, Knieform M. **2⁸⁰**



Damenwäsche-Garnitur
Taghemd Nr. T 615
Chiffon; viereckiger Ausschnitt mit breiter Stickerei M. **3³⁵**
Beinkleid, dazu passend Nr. B 616, Knieform M. **3³⁵**

Hemdentuche bewährt, zuverlässige Güte Marke PE 19 mittelstarkfädig Breite 83 cm Meter nur 58 Pf. im Stück von 50—60 m 58 Pf. Marke PE 20 feinfädig, dicht Breite 83 cm Meter nur 60 Pf. im Stück von 50—60 m 57 Pf.	Zierschürze buntfarbig bedruckte Chiffon mit Borde und Band Stück nur 50 Pf.	Taschentücher weiß mit farbig handgesticktem Buchstaben Größe 48 cm, Dutzend nur M. 4⁸⁰	Gewebe Tüllgardinen weiß und crème. Das Fenster . . . früher M. 5.50 3⁹⁰ jetzt nur M. Das Fenster . . . früher M. 6.75 5⁰⁰ jetzt nur M. Das Fenster . . . früher M. 9.50 7⁰⁰ jetzt nur M.
Reinleinen Handtücher weiß Jacquard Gr. 42x110 cm 5⁷⁰ Gr. 48x115 cm 6³⁰ Dtzd. nur M. Dtzd. nur M.	Spitzen-Damenwäsche Taghemden, Beinkleider, Nachthemden, handgenäht, in verschiedenen Formen und Ausführungen ganz besonders preiswert.		Bettwäsche aus feinfädig, und mittelfein. Wäschestoff, Knopfschluß 1 Oberbett, 130x200 cm 8⁰⁰ u. 6⁵⁰ 2 Kopfkissen, 83x83 cm nur 12⁵⁰
Küchen-Handtücher Grauleinen m. farbig, Streifen u. Borde Gr. 42x110 cm, gesäumt 5⁹⁰ u. 4⁸⁰ u. gebändert, Dtzd. nur M.	Damen-Strümpfe Durchbruch-Streifenmuster in braun und schwarz das Paar 0.85 nur M.	Batist-Morgenjacken einzelne Musterstücke und Restbestände 1/3 unter Preis.	Wollatlas-Steppdecken bordeaux mit goldf. Futter Größe 150x200 cm statt M. 16.50 . . . jetzt nur M. 12⁵⁰
Bade-Handtücher Krfuselstoff, weiß mit farbiger Borde gesäumt, Gr. 60x125 cm Gr. 60x130 cm schwere Güte das Stück 1³⁵ besonders schwer das Stück 1⁵⁰ nur M.	Halbfertige Batist-Stickereikleider moderne Formen, reiche Ausführung, schöne Musterwahl sonstiger Preis M. 15 ⁰⁰ 24 ⁰⁰ 31 ⁰⁰ 34 ⁰⁰ 43 ⁰⁰ jetzt nur M. 10⁰⁰ 15⁰⁰ 21⁰⁰ 23⁰⁰ 26⁰⁰		Winter-Unterröcke Früher Stück bis M. 14.00 7⁵⁰ jetzt nur M. Früher Stück bis M. 23.00 10⁰⁰ jetzt nur M.
Bedruckte Tischdecken waschecht, buntfarbig, gesäumt 90x90 cm 1²⁵ 135x135cm 2⁸⁰ jetzt nur M. 135x170 cm 3⁵⁰ 160x200cm 4⁸⁰ jetzt nur M.	Buntgestreift Oxford waschecht, für Kleider, Blusen, auch Herrenwäsche Breite 80 cm 65 Pf. sonst Meter M. 1.10, jetzt nur	Tennis-Flanell baumw. hellgründig mit farbigen Streifen, Breite 80 cm sonst Meter bis M. 1.20 65 Pf. jetzt nur	Wollblusen verzierte Hemdform. Früher Stück bis M. 5.50 3⁰⁰ jetzt nur M. Früher Stück bis M. 12.50 6⁰⁰ jetzt nur M. Früher Stück bis M. 17.50 8⁰⁰ jetzt nur M. Früher Stück bis M. 24.00 10⁰⁰ jetzt nur M.
Ständig wechselnde Auslagen von Wäsche-Neuheiten und vollständigen Brautausstattungen.	Reinleinen Tischtücher vorzügliche Marken in Jacquard und Damast mit kleinen Webfehlern für die Hälfte des sonstigen Preises.		Von diesen Vorzugs-Angeboten können Auswahl-Sendungen nicht erfolgen.

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei

F. V. Grünfeld Berlin W Leipziger Str. 20-21.

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Dabusch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbaderstr. 14, Hochparterre, S. und SW.; Hermann Berner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: El. Friß, Gneisenaustr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 120, Richard Hagedorn, Petersburgerplatz 4 (Baden).
4. Wahlkreis, S.: Osten: Paul Böhm, Laufferplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Busch, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Monbit): Karl Wunders, Salzweberstr. 8.
Wedding: Carl Weige, Nazarethstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Steinfelderstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Carl Marx, Inghenerstr. 123.
Adlershof: Carl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Rubowstr. 83 II.
Baumgartenweg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brose, Dohlestr. 74, part.
Hiesdorf: Leopold Peters, Dorfstr. 38.
Bohnsdorf und Falkenberg: Alwin Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Scharberg, Seidenbierstraße 1.
Eichwalde, Zeuthen, Hiersdorf und Hanksels Ablage: Oscar Nabe, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hellmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedersdorf-Petershagen: E. Hölzbarth, Petershagen.
Friedenau-Steplitz-Südende-Gr.-Lichterfelde-West: D. Bernier, Schlossstr. 119, Hof I, in Eiegk.
Friedrichshagen: Ernst Bertram, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Bahnhofsstr. 6 III.
Johannisthal: Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Rüter, Röhlfstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Saumann, Bahnhofsstr. 13.
Köpenick: Emil Ehler, Riegersstr. 6, Baden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seiffel, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlsdorf, Kaulsdorf: Scheide, Mahlsdorf, Walberstraße 14.
Mariendorf: August Leip, Chaussee 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weiser, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Johann Häbischer, Wollersstraße.
Nieder-Schöneweide: Ray Friedle, Briegerstr. 14 II.
Nowawes: Wilhelm Bappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: August Denes, Laufenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Wälsenstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gursch, Hamelestr. 12, I.
Rixdorf: W. Heinrich, Redorfstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: G. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Markthausstr. 51, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Jagowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Nollstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Behlenborfer Str. 4.
Tempelhof: Albert Zbieg, Berliner Straße 41/42.
Treptow: Rob. Wramens, Niehölzstraße 412, Baden.
Weißensee: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, partier.
Wilmsdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Waldstraße 26.

Sämtliche Bartelliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Phoenix Brauerei Akt.-Ges.
Ringfreie
 Biere nach
 Pilsener - Münchener Art
 in Fässern und Flaschen.
Erstklassige Biere!

Mitte Februar erscheint in unserem Verlage:
Ein politisch-satirisches Fastnachtblatt
Der Reichsverband
 Zentralorgan aller reaktionären Schrift-, Scharf- und Plasmacher.
 8 Seiten illustriert Preis 10 Pf.
Für Kolporteurs lohnender Absatz!
 Bestellungen erbitten baldigst
G. Birk & Co. m. b. H., München.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
 E. G. m. b. H.
 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. **Brunnenstr. 185** Tor u. Invalidenstr.
 Geogr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlin.
 Empfiehlt sich allen **Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter
Herren- u. Knabengarderobe
 Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
 Große Auswahl in
Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant-Westen
 in allen Größen und Preislagen sowie
Arbeiter-Berufs-Kleidung.
 Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.
 Lieferanten 103/1*
 der **Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend**, des **Charlottenburger Konsum-Vereins** sowie des **Arbeiter-Radfahrerbundes**.
 NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem anderen Geschäft zu haben sind.
Lebensunterhalt
 oder guten Nebenverdienst kann man sich zu Hause mit Stricken für uns oder Private auf unserer erfindlichen Strickmaschine verdienen. Wir liefern dieselbe mit 50 N. Anzahlung und bequemer Teilzahlung. Anlernen gratis. — Streng reelles Annehmen. — 25132*
 Strickmaschinen-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. Köln
 Gen.-Dir. P. Hirschfeld, Berlin O. 15, Ballustr. 50/51
Kenner
 lauen nur
Hagenbruch's Kautabak
 Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhausen i. Th.
 Vertreter: Aug. Reinert, Berlin O. 27.
 Unt. VII, 8023, Theater-Theater-Str. 40.



W. WERTHEIM G.m.b.H.



Leipziger Straße 75/76 am Dönhoffplatz
Potsdamer Straße 10, 11 und 13 & Friedrichstraße 110/112 Passage-Kaufhaus

Von Montag, den 30. Januar, bis Sonnabend, den 4. Februar,

Weißer Woche

In allen Abteilungen
Verkauf nur solider Qualitäten
in bester Verarbeitung

EXTRA-PREISE

für weiße Waren
Günstige Gelegenheit zur Beschaffung von Wäsche-Eusstattungen

DAMEN-LEIBWÄSCHE

Wiener Luxuswäsche

- Aparte Garnituren Taghemd und Beinkleid 7.50, 9.75, 12.50
- Eleg. Nachthemden 7.25, 8.50, 12.50
- Handstickerei-Hemden feiner Batist, reich bestickt 3.45, 4.65
- Stickereiröcke mit hohen Volants, zum Teil mit Seidenband-Garnierung 8.75, 6.75, 5.25, 3.90
- Spitzenröcke . . . 4.50, 5.75, 7.25, 9.50

Dier besonders vorteilhafte Serien

- Taghemden **1.45**
 - Nachtsachen **1.85**
 - Beinkleider **2.25**
 - Anstandsrocke **2.95**
- aus soliden Stoffen mit haltbaren Langgetten und Stickerei-Garnierung, Stück

Große Posten

- Taghemden Achselanschluß, mit Langgetten oder gestickter Passe **1.10** Stück
- Nachtsachen Körperbarchent mit Langgetten **1.10** Stück

Garnituren

- Hemd und Beinkleid mit aparten Stickereigarnierungen . . . Garnitur 3.75, 4.50, 5.50, 7.25
- Nachthemd hierzu passend 3.75, 4.50, 4.75, 6.25
- Französische handgenähte Spitzenwäsche
- Taghemden 2.95, 3.95, 4.75 } *bis zur elegantesten Ausführung*
- Beinkleider 3.25, 4.25, 5.50 }

Tischwäsche

- Servietten Reinleinen, Hausmacher, gesäumt, Dtz. **4.90**; Reinleinen, gebleicht, 60/60 cm, gesäumt, Dtz. **8.50**
- Tischtücher Prima-Halbleinen, Jacquard, moderne Muster, 115/125 cm groß **1.65**; 130/130 cm groß **1.95**; 130/160 cm groß **2.55**; 130/200 cm groß **3.10**
- Servietten hierzu passend, 60/60 cm groß, Dutzend **5.90**
- Reinleinen Tischtücher gebleicht Jacquard, mit Hohlnaht . . . **3.75**
- Kaffeegedeck mit 6 Servietten, weiß mit farbiger Kante **2.75**
- Teegedeck gebleicht Jacquard, mit Hohlnaht, mit 6 Servietten **5.50, 6.50**
- Tischtücher Prima-Reinleinen-Hausmacher, 115/125 130/130 130/160 160/165 165/230 165/330 cm gr. **2.15, 2.85, 3.65, 4.40, 6.25, 9.00**
- Servietten hierzu passend, 60/60 cm groß, 1/2 Dutzend **3.50**
- Ein Kaffeegedeck weiß Halbleinen, mit farbiger Kante **2.45**

Passage-Kaufhaus im Blauen Saal, Potsdamer Straße im großen Ausstellungssaal, Leipziger Straße im Hauptgang des Erdgeschosses

Ausstellung von Luxuswäsche

Pariser und Wiener Original-Modelle

In der Kuppelhalle des Passage-Kaufhauses sehenswerte Dekoration:

Indische Moschee

aus Taschentüchern

Handtücher

- Reinleinen-Drell Prima-Qualität, 48/110 cm groß, Dutzend **6.25**
- Gerstenkorn mit roter Kante, 48/105 cm groß, 1/2 Dutzend **1.75**
- Geblicher Drell 48/105 cm groß, 1/2 Dutzend **1.95**
- Gerstenkorn Prima-Halbleinen, 48/110 cm groß, 1/2 Dutzend **2.95**
- Reinleinen-Jacquard 45/115 cm groß, Dutzend **7.00**
- Halbleinen-Jacquard 48/110 cm groß, 1/2 Dutzend **2.95**
- Militär-Handtücher Reinleinen, äußerst haltbar, 48/110 cm groß, Dtz. **6.50**
- Küchen-Handtücher grau, 48/100 cm groß, 1/2 Dutzend **1.85**
- Reinleinen Drell grau, gestreift, 48/110 cm groß 1/2 Dutzend **3.25**
- Wischtücher Reinleinen, rot kariert, 58/58 cm groß Dutzend **2.75**
- Wirtschaftstücher Prima-Reinleinen, 60/60 cm groß . Dutzend **4.40**
- Wirtschaftstücher Prima-Reinleinen, 60/80 cm groß . Dutzend **6.40**

Bettwäsche

- Betttücher Prima-Daulas, 150/210 cm groß **1.65, 1.95**; 160/225 cm groß **2.25, 2.65**; 160/250 cm groß **3.50**
- Bettuch starkfädiger Linon, 130/195 cm groß, gesäumt **95 Pf.**
- Bettbezug 1 Deckbett, 2 Kissen, Louisianaatuch, fertiggenäht **3.95**
- Bettgarnituren Deckbett, 2 Kissen, Prima-Linon **4.85, 6.25**; gestreift Satin **6.95, 8.25**; Bett-Damast **7.50, 8.95**

BADEWÄSCHE

- Frottierhandtücher weiß mit roter Kante **48, 65, 80 Pf.**
- Badetücher 100/100, 100/120, 100/150, 140/200, 160/200 cm Frottierstoff . . . **95 Pf., 1.35, 1.75, 2.95, 3.75**
- Frottierhandtücher mit gesticktem Buchstaben **75 Pf.**
- Frottierhandtücher weiß, mit Hohlraum **1.25, 1.65**

Wäschestoffe

- Elsasser Renforcé bew. Marken 82 cm br., M. **38, 42, 52 Pf.**
- Edel-Renforcé hervorragende Mako-Ware Meter **55, 65 Pf.**
- Hemdentuch 82 cm breit, Meter **28, 34, 45 Pf.**
- Madapolam feinfädig, 82/84 cm breit Meter **60, 70, 80 Pf.**
- Negligé-Satin kleine Muster, 82 cm breit, Meter **65 Pf.**
- Körper-Barchent Meter **48, 60 bis 95 Pf.**
- Pikee-Barchent Meter **60, 85 Pf.**
- Wäsche-Linon für Bettwäsche, 82 cm breit, Meter **38, 45, 60 Pf.**
- 130 cm breit Meter **55, 78, 85 Pf.**
- Bettsatin verschied. Streifenmuster, 82 cm breit Meter **48, 55, 65 Pf.**
- 130 cm breit Meter **78, 88, 98 Pf.**
- Lakenstoff 130 cm breit, Meter **55 Pf.**; 146 cm breit, Meter **75 Pf.**

Taschentücher

- Reinleinen Tücher fertig gesäumt, außerordentlich preiswert, Dutzend **2.90, 3.50, 4.20, 4.75, 5.25**
- Ein Posten Taschentücher mit kleinen Webfehlern Prima-Halbleinen, Dutzend **2.35**; Reinleinen, Dutzend **2.60, 2.90**

- Weiß Batisttücher f. Damen, 1/2 Dtz. **65, 95 Pf., 1.25**
- Herren-Batisttücher weiß, englisch, 1/2 Dutzend **1.85**
- Linon-Tücher 1/2 Dutzend **85 Pf., 1.10**
- Leinen-Batisttücher mit Hohlraum- u. Madeira-Handstick-Ecke **55 Pf.**

BUCHSTABENTÜCHER

- Linon mit rotgestickten Buchstaben 1/2 Dutzend **95 Pf.**
- Feiner Linon mit handgestickten weißen Buchstaben, 1/2 Dutzend **1.75**
- Englisch Batist mit handgestickten Buchstaben, 1/2 Dutzend **1.75**

Große Posten Wäsche-Stickereien solide Fabrikate, Kambrik und Madapolam Kupon von 4 1/2 Meter **75, 95 Pf., 1.25, 1.45, 2.00**

Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung im Kreise Nieder-Barnim findet nicht, wie irrtümlich angegeben, um 11 Uhr, sondern um 10 Uhr vormittags statt.

Zur Lokalliste!

Deutsch-Wusterhausen. Der Gefangenen-Freundschaft feiert heute Sonntag im Lokal von Albert Wiemann sein Stiftungsfest. Da das Lokal der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung steht, ersuchen wir die Parteigenossen und Genossinnen, dasselbe streng zu meiden.

Charlottenburg. Die Genossen sämtlicher Gruppen werden ersucht, sich heute, Sonntag früh 9 Uhr, zur Hilfeleistung bei der Handzettelverbreitung der 8. Gruppe im Lokal von Ahrens, Andlauer Straße 11, einzufinden. Der Vorstand.

Wilmersdorf-Galeense. Dienstag abend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein im Gesellschaftslocale, Wilhelmstraße 112, seine Mitglieder-versammlung ab. Auf Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Stadtv. Defar Kiedel über „Kommunale Arbeiterpolitik“. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Dienstag, 31. Januar, Generalversammlung bei Exzel, Berliner Straße 129. Tagesordnung: 1. Die politischen Parteien und ihr Programm. Referent: Genosse Grogger. 2. Berichte. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Steglitz. Dienstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-versammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute abend 8 Uhr im Restaurant Fischerhütte, Seeper 11: Familienabend. Vortrag des Genossen E. Dittmer über: „Die Reise in dem Orient“. Nachdem Lang.

Niederlehme und Umgegend. Heute, Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr: Volksversammlung bei Arnshaus. Tagesordnung: Die heutige Staatskirche und das moderne Christentum. Referent: Genosse Rob. Fendel. Die Flugblattverbreitung hierzu findet heute, Sonntag, früh 8 Uhr, von Koch aus statt. Der Vorstand.

Jernsdorf. Heute Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 8 Uhr, findet für Jernsdorf und Umgegend im Lokale von J. Knorr eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Die Parteigenossen werden für regen Besuch Sorge tragen. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Dienstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Lindengarten“, Lindenstr. 43: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassendbericht der Bezirksleitung. Bericht der Kommissionen. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert! Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus dem Tagebuch eines Achtgroßenzungen.

Montag: — — — — —
Dienstag: Auch nichts Besonderes vorgefallen.
Mittwoch: Habe mich am Jahlabend beteiligt. Hoffte etwas Wertvolles zu erlangen, Ausbeute war jedoch gering. Riefte Phantasie zu Hilfe nehmen, um wenigstens einigen Inhalt in meinen Bericht hineinzubringen. Verdammst schlechte Tage. Ich muß unbedingt noch was aufspüren in der nächsten Zeit, sonst werde ich am Ende noch gelacht. Heute hatte ich sicher damit gerechnet, einen Coup zu machen. Sah den ganzen Abend zwischen den Stöcken wie auf Kohlen. Wenn die Tür aufging, glaubte ich jedesmal, daß es geschimpft hätte mit mir und mein Konterfei morgen in der Lindenstraße aushängen würde. Na, es ging alles gut, bloß zu erhaschen war nichts. Und darauf kommt's an. Zwar haben die andern in der ganzen Zeit auch nicht mehr geliefert wie ich, und was sie brachten taugte nichts oder war faul; immerhin, ich möchte sie gerne übertreffen, man hat doch nun einmal Ehrgeiz. Auch steigt man, wenn man sich herbortut. Wenn die Genossen einem nur nicht so schwer machen würden. Langweilige Gesellschaft, so was! Den ganzen Abend so'n Quatsch von Sozialismus; steht so'n Mensch da auf und macht ne geschlagene Stunde lang ein Weisheit, na, ich habe kein Wort verstanden von der ganzen Sache. Dann ging das Gequatsch von den andern erst los und dann ein paar belanglose geschäftliche Mitteilungen, weiter nichts, rein nichts. Nicht mal eine lausige Majestätsbeleidigung. 's ist ne Affenscheiße. Na, wollen mal sehen, ob die andern Tage was bringen.

Donnerstag: Auch nichts. Die Beine umsonst müde getipelt. Man möchte aus der Haut fahren. Hoffte in Moabit etwas zu machen, vergebens. Saßen im Zuschauerraum wie die Delphinen, als wäre ihnen die Junge eingefroren. Auch im Korridor kein verdächtiger Laut. Und wie sie schielen, wenn sie einen nicht kennen.

Freitag: Habe heute einige Frauen in ihrer Wohnung aufgesucht und mich als guter Bekannter der Männer aufgepielt. War aber so gut wie umsonst. Entweder sind die Weiber zu dumm oder zu schlau. Jedenfalls war nichts rauszubekommen. Wenn ich doch nur Bezirks- oder Abteilungsleiter werden könnte! Ich muß von jetzt ab tüchtig Flugblätter austragen und auch sonst mitarbeiten, vielleicht hilft's, und etwas sichert wohl doch durch.

Sonabend: Donnerwetter! Um ein Haar wär mir's heute schlecht gegangen. Gab mich in einer Dufike an einem Tisch an der Unterhaltung beteiligt, auch eine Lage spendiert. Ruh auch gerade der Schlosser hereinkommen, der früher im selben Haus mit mir gewohnt hat. Ich konnte ja gerade noch den Ausgang erwischen, aber mein schöner Harbut für 6 Mk. hängt noch dort. Wie ich ihn bloß hole? Ich muß mir für die morgigen Versammlungen den Bart ganz abnehmen lassen. Auf morgen seh ich meine Hoffnung, da kann's wahrscheinlich klappen. Wenn nicht, so hilft man 'n bißchen noch. Die Vieder kann ich jetzt alle auswendig. Und ein paar kräftige „Blutbunde“ wird die Sache schon in Flug bringen. Nur höllisch aufpassen muß man, daß man nicht selbst eine Blende oder einen Gummikittel über die Kohlrübe kriegt. Na — denn man zu!

Winter.

Nach dem Kalender stehen wir noch mitten im Winter, aber das Wetter zeigt ein wechselndes Bild und im Freien spricht manches schon jetzt dem Kalender Hohn. Die Knospen an den Nadelsträuchern, die es ja immer ein wenig voreilig haben, sind auch diesmal sehr frühzeitig aus der Winterruhe erwacht. Wenn das Thermometer im Januar manchmal drei Grad Kälte, nicht selten aber bis zu fünf Grad Wärme am frühen Morgen zeigt, dann ist es einer auch in so engen

Knospenschuppen aushalten! Sie haben denn auch nicht standgehalten, und an den zahllosen Enden der Ästchen formt das treibende Leben sich zu rundlichen, schwelenden Knospen. Sie werden allerdings noch bittere Erfahrungen machen und für ihre Reugier büßen müssen, ehe der Winter nach Norden zum Pole entweicht, denn noch liegt der ganze Februar vor uns und auch mit dem März ist nicht immer zu spähen.

Im Walde ist der Schnee verschwunden — wenn er nicht inzwischen neue Zufuhr erhalten hat — und neben vertrockneten grauen und braunen Palmen schauen überall grüne Grashügel hervor. Selten nur streift ein Sonnenblick dieses unbedrossen sprühende Leben. Meist hängt es grau über Wald und Flur, aus der dunstgeschwängerten Luft rieselt es nebelig herab — es ist nicht Winter und nicht Frühling. Alles ist aufs Abwarten eingestellt. Wird die Kälte noch einmal ernst machen oder ist nun genug des grausamen Spiels? So klingt es unausgesprochen und doch an Betenden deutlich lesbar durch die graue Landschaft. Gut Ding will Weisheit haben — warten wir! Längst hat der Winter seine alte jähredende Bedeutung verloren. Er ist kein Ende, er ist ein Anfang. Im Schutze seiner weisehellen Ruhe reift heran, was werden will. Ohne Winter keinen Frühling.

Auf den Aedern wächst der grüne Saft der jungen Saaten schon in breiten Flächen hervor. Kein Sturm, kein Frost, kein noch so hoher Schnee kann ihr Wachstum mehr verhindern; nur verzögern. Geduldig fügt sich Jelle an Jelle, Blatt an Blatt und bald wird, im tiefsten Grunde fest umhüllt, schon die junge Aehre bereit sein und auf die Sonne warten, um ihr ans Licht zu folgen.

„Bessere“ Gesellschaft.

In Moabit spielten sich dieser Tage anlässlich der Verhandlung gegen den des Nordes an den Treppechen Eheleuten angelegten Tappe recht häßliche Szenen ab. Nachdem die Öffentlichkeit auf kurze Zeit ausgeschlossen war, sollte sie wieder hergestellt werden. Als die Tür zur Zuschauerröhre geöffnet wurde, gab es einen regelrechten Kampf um die Tribüneplätze. Zahlreiche Damen der besten Gesellschaftskreise hatten sich eingefunden und kämpften mit Löwenmut unter Anwendung ihrer Ellenbogen um einen Platz.

Auf welcher Kulturbühne müssen Leute stehen, die sich in dieser Weise benehmen, nur um ihre Sensationslüsternheit zu befriedigen. Selbst die „Staatsbürger-Zeitung“ ist empört ob solchen Verhaltens besserer Kreise; sie schreibt:

„Wir leben im Zeitalter der Kunst, sensibler Verbemmenschen, die zusammenzuden, wenn ein warmherziger Volksfreund den vorgetäuschten Kunst- und Kulturschwund mit einem derben, aber treffenden Wort belegt. Aber gerade dieses überempfindsame Publikum und sein demimandäner Anhang ist es, der bei Mord und Standalgeschichten die Gerichte überfüllt, sich wolkig weidet an der, ach so „scheußlich interessanten“ Sektal feiger Worbhuden oder ehebrecherischer Wuhlweiber. So auch im Prozeß Tappe.“

Elegant gekleidete „Damen der Friedrichstadt“ kämpften wie die Weiber der Halle mit den Damen, die sonst die Willen des Tiergartenviertels bedürfen. Es ist ja so furchtbar pridelad, einen selbsthätigen Mörder mit eigenen Augen gesehen zu haben. Das gibt Stoff für ästhetische Nachmittagsunterhaltungen und peißt die enterverten Sinne, wenn sich bei der Blut des Mannes im Teesalon von den schönen Lippen einer Nichtdagewesenen ein neberfülltes „Gräßlich schön“ ringt. Gleichheit perver! Ob sich ein Goethe auch heute noch zu dem Ausspruch verleiten ließe, daß das Ewig-Weibliche hinanzieht?

Ob das Publikum gerade aus dem Tiergartenviertel war, wie die „Staatsbürgerzeitung“ behauptet, wissen wir nicht, glauben auch nicht, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ darüber genauere Feststellungen gemacht hat. Daß es aber besseren Kreisen angehört, ist richtig, die Entartung gewisser besserer Kreise wird aber durch die widerlichen Szenen beleuchtet.

Die Opferwilligkeit der Kirchengläubigen

wird grell beleuchtet durch eine Veröffentlichung über das Ergebnis aller in den Berliner Kirchen im Jahre 1910 abgehaltenen Kollekten für fromme Stiftungen und Vereine. Danach wurden in dem genannten Jahre 28 verschiedene Geldsammlungen veranstaltet, zu meist nach den sogenannten Hauptgottesdiensten am Sonn- und Festtag vormittag; sie galten den verschiedensten frommen Zwecken, von den beherrschten brandenburgischen Gemeinden bis zum Gustav-Adolf-Verein, von der Heidenmission bis zu den Obdachlosen und den Jungfrauenvereinen, 80 Gemeinden erheben die Kollekten, ein erheblicher Teil der Gemeinden, alle Kollekten, oder fast alle. Die Gesamtsumme der einzelnen Kollekten geht von (immer jährlich gerechnet) 4000 M. herunter bis auf 718 M. Nur sechs Kollektenfüßen (von 28) erheben sich über 3000 M. — für ganz Berlin, bei Stufe 16 wird bereits das zweite Tausend nicht mehr erreicht. Die Mehrzahl der Stufen bleibt zwischen 1000 und 2000 M. Das interessante Bild zerlegt sich in seine Einzelheiten, wenn wir von Gemeinde zu Gemeinde schreiten: einen Durchschnittsbetrag ihrer Sonn- und Festtagskollekten über 200 M. erzielt allein die von den Fremden in Berlin noch immer überlaufene Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Dann kommt erst eine geraume Weile nicht, und dann bringen nur zwei Gemeinden (Dreifaltigkeit mit D. Labusen auf Schleiernachers Ranzel und der fünfteiligen Dom mit dem Hospitium) durchschnittlich über 100 M. Kollekte ein. Nun fällt der Durchschnitt jährlings; bei Stufe vier — von 80 kollektierenden Gemeinden — sind wir schon auf die Dürftigkeit von 93 M. (jährlich) herabgesunken, nur neun Gemeinden erzielen in ihren „Hauptgottesdiensten“ eine Summe von durchschnittlich mehr als 50 M. . . . Es fehlen eben die Kirchgänger! Nur vier Gemeinden liefern 40 M. und darüber ab, zehn Kirchen sammeln je 30 M. und darüber, 13 bleiben zwischen 20 und 30 M. und — 27 Berliner Kirchspiele können sich noch nicht einmal zu dieser „Höhe“ aufschwingen; ihr Kollektensbeitrag schwankt zwischen 10 und 20 M. im Durchschnitt. . . . Ja, 14 Gemeinden bleiben gar noch unter diesem jämmerlichen Minimum. Die in früheren Zeiten so äppigen Liebesgaben der Frommen schießen dünn; man denke an die nicht abreichenden Klageslieder der Missionsgesellschaften, selbst Stöckers Stadmission arbeitet mit lebhaftem Defizit. Die Opferwilligkeit wandelt lieber die Wege der geordneten Humanität im Dienste der Kommune. „Wann aber wird“, so schließt die in der „Vossischen Zeitung“ veröffentlichte Betrachtung, „das un sinnige Sträuben mit dem Vermögen der Steuerzahler zum Stillstand kommen, angesichts der wachsenden Ausbreitung?“ In der Tat lassen die finanziellen Ergebnisse der Kollekten auf den Kirchenbesuch wie auf die Opferwilligkeit der Gläubigen recht interessante Schlüsse zu. Das hindert aber nicht, daß trotz aller Leere der Kirchen immer neue Kirchen gebaut werden, und, um die Kosten zu decken, immer höhere Kirchensteuern erhoben werden. Nur immer weiter so, und so!s recht sein!

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in diesem Jahre wiederum hygienische Vorträge, die, wie nachstehend aufgeführt, stattfinden. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich. Am Montag, den 30. Januar 1911, spricht Herr Professor Dr. Albu im Bürger-saal des Berliner Rathhauses über das Thema: „Grundzüge der Volksernährung“. Am Mittwoch, den 1. Februar, spricht Herr

Dr. Gumpert in Deutsch-Wilmersdorf im Bismarckgymnasium, Falzburger Str. 30-31 über das Thema: „Krankheitsursachen nach Unfall“. Die Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr abends.

Polizei und Stadt Berlin.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat dieser folgenden Antrag unterbreitet: „Die Versammlung ersucht den Magistrat:

- A. mit den Staatsbehörden zwecks Uebertragung sämtlicher Zweige der Polizei auf die Stadt in Verhandlungen zu treten;
B. die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Bürger gegen Ausschreitungen von Polizeibeamten für die Zukunft zu schützen.“

Dieser Antrag wird schon in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung kommen, und zwar bei der Vorlage des Magistrats, worin er zur Kenntnisnahme mitteilt, daß die Staatsbehörden die Uebernahme weiterer Zweige der Polizei durch die Stadt abgelehnt haben.

Ein Opfer des „Wahrheit“-Prozesses.

Der Cafetier Sallo Verlowicz hat Berlin und die preußische Monarchie verlassen müssen; die Porten seines Cafes sind geschlossen worden. Damit ist dieser Mann von einem Schicksal ereilt worden, das er vor einigen Jahren einer Anzahl ausländischer Cafetierinnen zugebracht hatte. In der „Cafetier-Zeitung“ veröffentlichte er damals die Namen dieser jungen Leute, die sich angeblich bei ihm etwas hatten aufschreiben lassen; er gab deren vollständige Rationale an, und da es sich um Ausländer handelte, hatten die Betreffenden die Ausweisung jeden Augenblick zu gewärtigen. Herr Verlowicz, früher Vorsitzender des Cafetier-Vereins, war überhaupt ein arger Scharfmacher gegen die Ausgewiesenen. Das hat ihn aber natürlich nichts geschadet; aus die sem Grunde wird aus Preußen niemand ausgewiesen. Sallo Verlowicz hatte bekanntlich 6 Wochen Gefängnis zu verbüßen, weil er in seinem Café Glücksspiele und Wuchermacherei geduldet hatte. Im Prozeß gegen die „Wahrheit“ sagte er unter seinem Eide aus, daß fast in allen Berliner Cafes gespielt und getwettet werde. Damit fühlten sich seine Kollegen, die Cafetiers, in der ärgsten Weise bloßgestellt, und es begann nun eine scharfe Hebe gegen ihn. Aber auch für die Polizei war diese Aussage nicht gerade angenehm, beweist sie doch, daß die sonst, namentlich gegen die organisierte Arbeiterschaft, so eifrige Behörde bei der Ueberwachung der Spielergesellschaften gänzlich versagt. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Ausweisung mit seiner Aussage in Moabit in Verbindung bringt, denn die Verbüßung der sechs Wochen Gefängnis liegt schon sehr lange Zeit zurück.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, keine Einwendungen gegen einen kurzen Versuch der vom Polizeipräsidenten vorgeschlagenen Regelung des Wagenverkehrs in der Friedrich- und Charlottenstraße zwischen Dorotheen- und Dönhofsstraße zu machen.

Der Hauptbesitzer der „Vossischen Zeitung“, Justizrat Robert Leffing, ist im Alter von 82 Jahren gestorben.

Eisenbahnunfall. Auf der Strecke der Stadtbahn Belleue-Tiergarten bei Kilometer 7,5, in der Nähe der Leffingstraße, wurde gestern nachmittags 3 Uhr 5 Minuten der Bahnwärter Wilhelm Kofentretter in der Ausübung seines Dienstes von der Lokomotive des in Richtung nach Tiergarten verkehrenden Südringzuges 2086 erfaßt und sofort getötet. Kofentretter hatte außerhalb der Gleise den auf Gleis Tiergarten-Belleue verkehrenden Zug 1485 an sich vorbeifahren lassen und wollte nun seinen Revisionsgang im Gleise der Richtung von Tiergarten nach Belleue hin fortsetzen. Hierzu mußte er das ihm benachbarte Gleis für die Richtung nach Tiergarten überschreiten. Wahrscheinlich hat Kofentretter dabei den Zug 2086 wegen niederschlagenden Dampfes der Lokomotive 1485 nicht sehen können.

Aus der Selbstmordchronik. Nach Angabe des Schiffers Johann Hauschild, der zurzeit mit seinem Obdachs vor dem Grundstück Am Weidendamm 1 vor Anker liegt, sind vorgestern abend gegen 5 1/2 Uhr eine etwa 25-30 Jahre alte Frau und ein 6-jähriges Kind in die Spree gesprungen und ertrunken. — Freitagvormittag gegen 12 Uhr wurde aus dem Schleusenkanal gegenüber dem Grundstück Am Kupfergraben 6a die Leiche der 16 Jahre alten Verkäuferin Paula L. aus der Schivelbeiner Straße, die bereits stark in Verwesung übergegangen war, gebadet und dem Schauhaufe zugeführt. Das junge Mädchen hatte seinem Leben durch Ertrinken ein Ende gemacht. Ueber das Motiv ist nichts bekannt. — Im Tiergarten nahe der Rousseau-Insel fand gestern morgen ein Arbeiter der 27 Jahre alten Packer Hermann Krause mit einer Schußwunde in der linken Brustseite tot auf. Nach vorgefundenen Aufzeichnungen ist Selbstmord wegen unheilbarer Krankheit unzweifelhaft. Die Leiche ist dem Schauhaufe zugeführt worden. — An einem Fensterriegel ihrer Wohnung in der Weußelstraße erkärgte sich gestern morgen die 52 Jahre alte Ehefrau Florentine des Eisenreders Otto L. Als ein Arzt erschien, war der Tod bereits eingetreten. Die Leiche ist dem Schauhaufe zugeführt worden. Krankheit und eheliche Zwistigkeiten hatten sie zu dem Schritt getrieben.

Brandstiftung. Gestern abend gegen 9 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach dem Hause Velforter Str. 3 gerufen. Dort war in der im Vorderhause im Keller belegenen Wohnung des Blätterreißers Jordan ein Bett in Brand geraten. Als die Feuerwehrlente in die Räume, die von ihren Bewohnern verlassen waren, eindrangten, fanden sie sämtliche Gashähne geöffnet vor.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, E.C., Adalbertstr. 41. Geöffnet werktäglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 541 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Der Arbeiter-Samariterbund (Kolonie Berlin) hielt am Sonntag, den 22. Januar, seine Jahres-Generalversammlung ab. Der Mitglieder- und Lehrkursus-Teilnehmerbestand beträgt 528. Die aktiven Mitglieder hatten dienstlich 324 Unglücksfälle gemeldet; mehrere hundert kleinere Unfälle, wie Ohnmachten usw., konnten wegen der allzu schnellen Inanspruchnahme der Samariter nicht zur Meldung gegeben werden. Die Zelle der Infallstation wurden viermal in Benutzung genommen. Außerordentlich, also in Fabriken, auf Bauten, auf der Straße usw. wurden 263 Hilfeleistungen registriert. Die Beteiligung an den Verband-Lehrabenden hat bedeutend zugenommen. Gewerkschaften, Vereine, Fabriken sandten geeignete Mitglieder zur Ausbildung, und dank der Bereitwilligkeit der leitenden Herren Kerze war es möglich, auf diesem Gebiete für die Arbeiterschaft nützlich zu schaffen. Der Kassendbericht weist eine Einnahme von 2000,35 M. und eine Ausgabe von 2859,70 M. auf. Die Mehrausgabe ist zurückzuführen auf bedeutende Reuanzahlungen, die gemacht werden mußten, um allen Anforderungen gerecht werden zu können. Die Neuwahlen zum Vorstand hatten folgendes Resultat: Krause, 1. Vorsitzender, Meyer, 2. Vorsitzender, Vogt, Kassierer, Seebach, Schriftführer, Frau Holzgabel, Beisitzerin. Als Abteilungsleiter fungierten: Krause, Abteilung Dresdener Straße, Meyer, Abteilung Drummstraße, Seebach, Abteilung Schöneberg, Schwarz, Abteilung Lichtenberg, Fischer, Abteilung Nixdorf; Revisoren Dietrich, Hellmuth, Rhein. — Alle Bestellungen zwecks Wagenstellung durch

Arbeiter-Samaritaner zu Versammlungen, Festlichkeiten der Arbeiter-
schaft sind an den ersten Vorsitzenden der Berliner Kolonne, Paul
Krause, Rixdorf, Okerstr. 48, zu richten.

Arbeiter-Samaritanerbund, Kolonne Berlin. In dieser Woche
haben Uebungsstunden mit ärztlichem Vortrag und praktischen
Uebungen: 2. Abteilung am Montag, den 30., bei Dase, Brunnen-
straße 154; 5. Abteilung am Mittwoch, den 1. Februar, bei Kauf-
hold, Rixdorf, Okerstr. 8; am Donnerstag, den 2. Februar, 3. Ab-
teilung Schönberg und 4. Abteilung Lichtenberg. Die Lehrabende
beginnen pünktlich abends 9 Uhr.

Leitung. Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem
Unterzeichneten ein: Von der 38. Abteilung des 4. Kreises 1,60 M., von
den Kollegen der Firma Rieles u. Neumann 10 M., von den Arbeitern
der Firma Engelmann aus der Großsenfasse durch Stundt 30 M.
Berlin, den 28. Januar 1911.
R. Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1a.

Vorort-Nachrichten.

Seht die Gemeindevählerliste ein!

Nur noch heute, Sonntag, und morgen, Montag, den
30. Januar, liegen die Gemeindevählerlisten in den Gemeinde-
büros zur öffentlichen Einsicht aus. Wer sich bisher noch
nicht davon überzeugt hat, ob er auch in der Liste steht, komme
dieser Pflicht noch nach. Wer nicht in der Liste steht, geht
seines Wahlrechts für die Gemeindevertretung verlustig.

Pankow. Die Listen liegen im Rathaus, Zimmer 24, in der
Zeit von 9-3 Uhr und Sonntag von 9-1 Uhr zur Einsicht-
nahme aus.

Nieder-Schönhausen. Am heutigen Sonntag kann die Liste von
11-1 Uhr und morgen, Montag, von früh 8 bis nachmittags 3 Uhr
im Rathaus, Zimmer 10, eingesehen werden.

Reiß-Butow. Heute, Sonntag, liegt die Liste von 10-12 Uhr
vormittags im Rathaus zur Einsicht aus.

Charlottenburg.

Die Frau in der Armenpflege. Es hat auch in Charlottenburg
sehr lange gedauert, ehe man dazu überging, Frauen in der
städtischen Armenpflege zu beschäftigen. Wie notwendig aber ins-
besondere die Mitarbeit der Frauen auf diesem Gebiet der öffent-
lichen Fürsorge ist, beweist die öffentliche Anerkennung, die in den
letzten amtlichen Nachrichten der Charlottenburger Armenverwaltung
ein Armenkommissionsvorsitzer den in der Armenpflege tätigen
Frauen zollt.

Aus seinen Erfahrungen heraus empfiehlt dieser Vorsitzende,
daß insbesondere bei Ermittlungen bei alleinlebenden Kranken
Frauen und bei Recherchen über Kinder die Armenpflegerin gut
zu verwenden sei. Ferner komme der Frau der schärfere Blick
bei der Beurteilung des Haushalts zugute und vieles, was der
Armenpfleger unbeachtet lassen würde, fällt der rechenkräftigen
Pflegerin auf. Nach den gemachten Erfahrungen sei es auch ohne
weiteres zu empfehlen, daß die Armenpflegerinnen — wie das in
letzter Zeit schon hier und da geschehen sei — ihren männlichen
Kollegen völlig gleichgestellt werden. Vor allen Dingen dadurch,
daß auch den Armenpflegerinnen eigene Bezüge zuerteilt werden,
in denen die Frauen selbst Unterstufungen auszuwählen und nicht
nur als Hilfspersonen der Armenpfleger beschäftigt werden.

Diese Erfahrungen bestätigen, was wir Sozialdemokraten seit
je betont haben, wenn wir die Heranziehung der Frau zu öffent-
lichen Ehrenämtern forderten, daß nämlich die Mitarbeit der Frau
auf diesen Gebieten nicht nur wünschenswert, sondern dringend
notwendig ist.

Am Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 5½ Uhr, findet im
Volksbause, Köpenickerstraße 3, eine künstlerische musika-
lische Veranstaltung statt. Mitwirkende: Fräulein Lisa Juch,
Pianistin; Fräulein Warus, Violinistin; Herr Loebel, Cellist;
Fräulein Vienthal, Sängerin. Es werden Trios und Solovorträge
zu Gehör kommen. Eintrittskarten für 30 Pf. bei den Pöhl-
abendleitern sowie bei Witzl, Rixd. 30, Weißheit, Köpenicker-
straße 8 und Scharrnberg, Seseheimerstr. 1. Nach dem Konzert:
Zusammensein und Tanz. Der Bildungsausschuss.

Der Verein Arbeiter-Jugendheim Charlottenburg hält am
Dienstag, den 31. Januar, abends 8½ Uhr, die erste
Generalversammlung im Volksbause, Köpenickerstr. 3, ab.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Wahl des Vorstandes
und der Revisoren; 3. Vereinsangelegenheiten.

Rixdorf.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Freitag-
abend gegen 7¼ Uhr vor dem Hause Hermannstraße 96. Der
Kaufmann Karl Karcow, Köpenicker, Königsdamm 7 wohnhaft,
wollte kurz vor dem Motorwagen 1674 der Linie 58 das Gleis
überqueren, wurde jedoch umgestoßen und kam neben dem
Straßenbahnwagen zu liegen. Der Verunglückte, der einen drei-
fachen Bruch des linken Armes davongetragen hatte, wurde nach
dem Krankenhaus in Budow gebracht.

Ein Selbstmordversuch auf offener Straße ereignete gestern in
Rixdorf einiges Aufsehen. Auf dem Böhmischen Plage lief ein
Mann in großer Aufregung und mit heftigen Handbewegungen
eine Zeitlang auf und ab. Plötzlich zog er einen Revolver aus der
Tasche, schloß sich eine Kugel in die rechte Stirnseite und brach zu-
sammen. Der Schwerverletzte wurde von der nächsten Unfall-
station nach dem Rixdorfer Krankenhaus gebracht. Dort wurde
der Lebensmüde als ein 24 Jahre alter Stallschweizer Theodor
Steenhardt, der wegen Arbeitslosigkeit zum Revolver gegriffen
hatte, festgestellt.

Schöneberg.

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht Schöneberg-Friedenau
finden am 28. Februar statt. Wahlberechtigt ist jeder Handlungs-
gehilfe, der in Schöneberg oder Friedenau beschäftigt ist, bis zum
Tage der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet hat und in der
Wählerliste steht. Die Wählerliste liegt von heute, Sonntag, den
29. Januar bis Sonntag, den 5. Februar, werktäglich von 10 bis
2 Uhr, Sonntags von 9½ bis 12 Uhr, in der Gerichtsschreiberlei des
Kaufmannsgerichtes, Schöneberg, Feuerstr. 58, Portal 1, 3. Etz.,
Zimmer 17, zur Einsichtnahme aus. Einwendungen gegen die Voll-
ständigkeit der Liste werden bis 8. Februar angenommen. Wer
nicht in der Wählerliste steht, beantrage sofort seine Eintragung.
Der Antrag muß an obige Adresse der Gerichtsschreiberlei gerichtet
werden und Namen und Wohnung des Antragstellers, sowie seines
Prinzipals enthalten. Versäume niemand, sich sein Wahlrecht
zu sichern.

Anfragen richtet man an den Zentralverband der Handlungs-
gehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Schöneberg-
Friedenau, J. A.: Gustav Beder, Schöneberg, Koburger Str. 15.

Schöneberg-Friedenau.

Eine Wiederholung des Opern- und Wiederabends findet am
heutigen Sonntag, abends 6 Uhr, in der Aula der Hohenstaufen-
schule, Velziger Str. 49, statt. Mitwirkende sind die Opern-
sängerinnen Germa Dolofly und Julia Heinrich, Herr Willi Merkel
(Mitglied der Komischen Oper) und Herr A. Keller (Kgl. Konzert-
meister). Billets à 30 Pf. sind in der Expedition, Martin-Luther-
Straße 51, zu haben.

Wilmerdorf-Galeusee.

Terroristische Ordnungsbrüder. Wir teilten kürzlich mit,
daß der Verräter über die Wahl von Sozialdemokraten bei
den Stadtverordnetenwahlen des reaktionären Bezirksver-
ein „Alter Ort“ veranlaßt hat, diejenigen Geschäftsleute, die

nicht nach der Pfeife der Rückschritler tangten, mit dem ge-
sellschaftlichen Vorkrieg zu bedrohen. Dieser Skandal ist um
so lässlicher, als die Bezirksvereine gleich den Arbeitervereinen
keine Scheu tragen, sich unpolitisch zu nennen. In einer
fortschrittlichen Versammlung hatte ein früheres Mitglied des
Bezirksvereins, namens Astor, diese Ausgrenzungspolitik ge-
tadeln. In der Wit über die neue Wohlfühlung gab nun der Verein
„Alter Ort“ vorgestern einem Antrage statt, wonach nicht nur an
die Mitglieder, sondern an alle Wähler, die bei den letzten Stadt-
verordnetenwahlen bürgerlich gestimmt haben, eine Liste
gestimmungsstichtiger Geschäftsleute gerichtet werden soll, zu dem
Zweck selbstverständlich, daß die anderen nach Kräften geschädigt
werden. Für den Fall, daß die Ordnungsbrüder wieder einmal
die Heuchelphrase von sozialdemokratischem Terrorismus
herleiten sollten, ist der Hinweis auf den Beschluß von Bedeutung.

Lichtenberg.

Ein gefährlicher Verführer der Jugend ist am gestrigen Sonn-
abend von der Lichtenberger Kriminalpolizei unschädlich gemacht
worden. Schon seit längerer Zeit wurde beobachtet, daß der
78jährige Rentnenempfänger Wilhelm Krumler aus der Köpenicker-
straße sich auffällig viel in der Nähe von 12 bis 14jährigen Knaben
zu tum machte. Ein Beamter beobachtete nun den K. sorgfältig und
stellte fest, daß dieser Knaben unter allen möglichen Vorwänden in
seine Wohnung lockte und dort mehrere Stunden behielt. Am
gestrigen Sonntagabend mittags hatte der Rentnenempfänger wiederum
einen 10jährigen Knaben zu sich kommen lassen. Der Kriminal-
beamte versuchte sich Eintritt in die Wohnung zu verschaffen, doch
wurde ihm auf sein Klopfen und Klingeln nicht geantwortet. Darauf
ließ der Kriminalschuttmann die Tür gewaltsam öffnen und nahm
den Wüstling fest. Bei der Untersuchung soll K. zugegeben haben,
sich in mehr als 20 Fällen an minderjährigen Knaben stülisch ver-
gangen zu haben.

Friedenau.

Ueber Zweiverbände referierte in der Generalversammlung des
Wahlvereins Genosse Eickhorn. Die Versammlung nahm die Aus-
führungen mit großem Beifall entgegen. Laut Bericht des Vor-
standes zählt der Wahlverein 240 Mitglieder, darunter 212 männ-
liche und 28 weibliche; im vorigen Halbjahre betrug die Mit-
gliederzahl 189. Die Agitationskommission betonte, daß im neuen
Jahre in eine noch regere Agitation eingetreten werden müsse. Nach
dem Bericht des Kassierers steht einer Einnahme von 288,88 M. eine
Ausgabe von 317,92 M. gegenüber. Der Bibliothekar teilte mit,
daß zwar die Inanspruchnahme der Bibliothek in der Verletztheit
eine regere geworden sei, daß dieselbe aber in Zukunft noch mehr
frequentiert werden müsse.

Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Richter und
Eulert delegiert. Das Stiftungsfest des Wahlvereins findet am
25. Februar statt. Neuaufgenommen wurden drei Genossen und zwei
Genossinnen.

Tempelhof.

Mit dem Entschluß des Kreiswahlausschusses in der Verwaltungsstreit-
sache der Eigentümer Schmidt, Müller und Franz gegen die Gemeinde-
vertretung wegen der vorjährigen Gemeindevahl in der 8. Klasse be-
schäftigte sich die letzte Sitzung der Gemeindevertretung. Aus dem
Entschlusse geht hervor, daß sich der Kreiswahlausschuss hinsichtlich der Be-
deutung der Fristwahl in den Ausführungen der Gemeindevertretung
nicht anzuschließen vermochte. Das Reglement über die Ausführung
der Wahl im Hause der Abgeordneten in der Fassung des Nachtrages
vom 30. Oktober 1906 kann mangels ausdrücklicher gesetzlicher oder
ministerieller Bestimmung nicht auf die Wahlen zur Gemeinde-
vertretung angewendet werden. Begründlich liege aber in einer Frist-
wahl nicht das Erfordernis, daß nach Ablauf der Frist keine Stimme
mehr entgegengenommen werden dürfe. Ein Unterschied der Fristwahl
gegenüber der Terminwahl besteht offenbar nur insoweit, als bei letz-
terer bis zum Schluß des Wahllattes niemand von der Ausübung des
Wahlrechts ausgeschlossen werden dürfe. Der Schluß des Wahllattes
richte sich aber nach dem Bedürfnisse, d. h. er dürfe erst dann er-
folgen, wenn niemand mehr da ist, der sein Wahlrecht aus-
üben will. Hiernach sind die im Wahllokale anwesenden
Personen, deren Zahl von der Gemeindevertretung selbst
etwa 100 angegeben wird, zu Recht zur Ab-
stimmung zugelassen worden. Was den zweiten Ein-
wand der Gemeindevertretung anbelangt, so wäre er nach der Auf-
fassung des Gerichtshofes nur dann von Bedeutung, wenn angene-
men wäre, daß durch die Zulassung der Personen, die zum Wahl-
lokale um 8 Uhr keinen Zugang fanden, an dem Wahlergebnisse
etwas geändert worden wäre. Zunächst aber stehe die Zahl
der Personen nicht fest. Es können Leute gemeint sein, die
schon gewählt haben oder unbeteiligt waren. Selbst wenn aber
damit zu rechnen wäre, daß etwa 100 Wahlberechtigte in der Aus-
übung des Stimmrechts verhindert worden wären, so sei nach der
Ueberzeugung des Gerichtshofes mit Sicherheit anzunehmen, daß
kaum eine einzige dieser Stimmen den Kandidaten der
bürgerlichen Parteien zugefallen wäre. Die Erfahrung
lehre, daß es gerade die Arbeiter sind, die zu so später Zeit nach Schluß der
Fabriken zur Wahl kommen. Es unterliege für den Gerichtshof nicht
der mindeste Zweifel, daß die an der Ausübung des Wahl-
rechts Behinderten die Kläger, also die Vertreter der Arbeiterpartei,
gewählt haben würden. Der Kreiswahlausschuss sei deshalb der Ansicht,
daß die Wahl des Klägers Müller auf dem klar
zum Ausdruck gelangten Willen der Majorität beruht und hält
sie deshalb für rechtswirksam. Der Beschluß der Gemeindevertretung sei mithin
für nichtig und diese Wahl für gültig zu erklären. —
Die Tempelhofer Gemeindevertretung legte aber in ihrer letzten
Sitzung wenig Wert auf den Entscheid. In der gleichgültigsten
Weise erklärte der Vorsitzende, daß er selbst für die Gültigkeit der Wahl
gestimmt habe und der Vorstand ja nur als Beauftragter der Ge-
meindevertretung gehandelt hätte. Schon fand sich der in die 2. Klasse
gehörige Herr Tremmert, um zu bedeuten, dem „Wunsche“ der Vertretung
möchte auch fernherhin der Vorstand Rechnung tragen und gegen den
Entscheid Verfassung einlegen. Dieser „Wunsch“ wurde als Antrag
aufgehoben und demgemäß beschlossen. Für diese Einwohner bedeutet
dieser Beschluß nichts Außergewöhnliches; bricht sich doch in weiten
Kreisen der Einwohnerschaft die Ansicht immer mehr Bahn, daß die
Herren hübsch für sich bleiben möchten und die Sozialdemokraten auf
recht lange Zeit hinaus vom Dorparlament ferngehalten werden sollen.
— Für die Aufnahme Tempelhofer Kinder in die Rixdorfer Schulen wird
die Gemeinde pro Kind und Schuljahr 60 M. an Rixdorf zahlen.
An die Errichtung einer Schule in der Gottlieb-Dunkei-Strasse kann
wegen zu geringer Kinderzahl (etwa 120) nicht gedacht werden;
würden die Kinder in Tempelhof eingeschult, dann wären einige
Klassen überflüssig. — Die Anlieger der südöstlichen Hälfte der Ring-
bahnstraße haben zu den Kosten des besseren Ausbaues dieser Straße
30 000 M. aufzubringen. Es sind dies 50 Proz. der Kosten.
Erwähnt wurde, daß die Anlieger auch 50 Proz. wirtschaftliche Vor-
teile hätten. — Die Jahresrechnung des Realgymnasiums erfordert
einen Gemeindegeldzuschuß von 9780 M. — Der öffentlichen folgte eine
geheime Sitzung.

Friedrichshagen.

„Kunst, Bildung und Arbeiter“, so lautete das Thema, über
welches Genosse Dittmer in der Generalversammlung des
Wahlvereins unter großem Beifall referierte. In der lebhaftesten
Diskussion waren die Redner geteilter Ansicht, doch in einem
Punkte stimmten sie überein, nämlich in der Arbeiterkraft das
Verständnis zu erwecken, damit die Kunst zu ihrem Rechte kommt.
— Im Anschluß daran gab der Vorsitzende den Halbjahresbericht.
Danach fanden vier Mitgliederversammlungen und zwei öffentliche
Versammlungen statt. Zur Pflege des geselligen Verkehrs sind drei
Familienausflüge veranstaltet worden. — Der Bildungsausschuss
arrangierte zum Stiftungsfest einen Kunstabend, außerdem einen
Vortragskursus vom Genossen Grünwald über „Grundbegriffe
der theoretischen Volkswirtschaftslehre“. Für die Kinder wurde
ein Lichtbildervortrag über „Wilhelm Busch“ vorgeführt. Der

Kassenbericht ergab ein Vermögensvermögen von 288,88 M. Bei einem
Mitgliederstand von 344. Zum Bildungsausschuss, der aus der
Bezirksleitung besteht, soll noch ein Mitglied aus dem Kartell mit
Stimm und Stimme gewählt werden. Aus Anlaß des guten Besuchs
beim vorigen Vortragskursus ist ein zweiter in Aussicht genommen
mit dem aktuellen Thema: „Aus der Geschichte des 19. Jahr-
hunderts“, Referent Genosse Wid. Zum Schluß wurde u. a. auf
die am 18. März stattfindende Theateraufführung hingewiesen.
Gegeben wird „Die Jugend“ von Falke. Der Eintrittspreis be-
trägt 60 Pf. inklusive Einführungsgeld. Die Verteilung der Plätze
geschieht durch Verlosung wie bei der Freien Volksbühne. Nach der
Vorstellung findet Tanz statt.

Steglich-Friedenau.

Ueber den praktischen Teil des Erfurter Programms ist ein
Vortragskursus am Montag, den 6., 13., 20., 27. Februar, 6. und
13. März, abends 8½ Uhr, in dem Lokal Rheinschloß vom hiesigen
Bildungsausschuss arrangiert. Teilnehmerkarten können die Ge-
noossen am Dienstag in der Monatsversammlung des Wahlvereins
noch erhalten. Die Gewerkschafter erhalten dieselben bei ihren
Obleuten. Der Bildungsausschuss.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der Stadtverordnetenversammlung beantragte Genosse Schöne-
fante, sämtliche Desinfektionskosten auf Konto der Stadt zu übernehmen.
Trotzdem er sowohl wie auch Genosse Richter diesen Antrag ein-
gehend begründeten, wurde mit 7 gegen 8 Stimmen beschlossen,
dem Magistrat 200 M. zur Verfügung zu stellen, um Unbemittelten
aus diesem Fonds die Kosten für die Desinfektion zu gewähren.
Unsere 8 Genossen stimmten nicht dafür, weil der Zusatz, die
Desinfektionskosten nicht als Armenunterstützung anzurechnen, nicht
berücksichtigt wurde. Sodann wurden 600 M. zur Anstellung eines
11. Lehrers bewilligt, da die Regierung einen jährlichen Zuschuß
von 950 M. gewährt. Der Antrag um Aufhebung bezw. staftelweise
Einführung des Bürgerrechtsgebüdes, welchen unsere Genossen zum
wiederholten Male stellten, wurde vom Magistrat abgelehnt. Ge-
nosse Richter erklärte dazu, daß sie es nicht unterlassen werden,
bei der Stadtratung darauf zurückzukommen. Richter führte dann
noch Klage darüber, daß im ganzen Jahre noch keine Bibliotheks-
kommissionsitzung stattgefunden habe. Der Herr Bürgermeister
erklärte, es habe nichts vorgelegen, wenn aber Anträge einge-
bracht würden, sei er gern bereit, eine Sitzung anzuberaumen.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst erfolgte die Zuweisung
der einzelnen Straßen in die ihrem Verkehr entsprechenden Reini-
gungsklassen. In früheren Jahren verrieten die Grundbesitzer
bei dieser Gelegenheit stets ihre Sehnsucht von den Kosten der
Straßenreinigung befreit zu werden. Die schlechte wirtschaftliche
Lage, in der die Gemeinde sich zurzeit befindet, ließ es ihnen wohl
angebracht erscheinen, in diesem Jahre ihren Wünschen nicht zu
ungeneriert Ausdruck zu geben. Daß einem dieser Edlen, als er die
schönen Pesse wegschwimmen sah, für seinen Kerger die Straßen-
reinigungsarbeiter, die er der Kaufzeit bezichtigte, als Pöbelhöl-
dien mühten, finden diese ansehnend gang in Ordnung; sonst
würden sie wohl nicht länger dem von dem Herrn Schöffen
Reincke und dem Wegebaumeister Kube gegründeten „Gemeinde-
arbeiterverein“, der solchen Pöbelgeleien gegenüber noch niemals
etwas unternommen hat, angehören. — Von der Gemeinde Pan-
kow war das Ersuchen um Ausnahme in den Kanalisationszweck-
verband gestellt worden. Dies Ersuchen wurde vom Landrat unter-
stützt. Die Gemeindevertretung beschloß nach längerer Veratung,
in der unsere Genossen ihre grundsätzliche Geneigtheit für der-
artige Zweckerbände — auch für diesen hier geplanten — zu er-
kennen gegeben hatten, dem Ersuchen prinzipiell zuzustimmen. Für
die Abtretung einer ca. 220 Quadratmeter großen zur Straßen-
verbreiterung benötigten Fläche soll dem Besitzer des Grundstücks
Graf-Adern-Allee 95 eine Entschädigung von 4000 M. gewährt
werden, zum Ausbau der Bafeler Straße will die Terrangese-
schaft Berlin-Nord die erforderlichen Kosten auf 6 Jahre zinsfrei
zur Verfügung stellen. Nachdem die Verhandlungen mit den An-
liegern bis auf zwei — darunter bezugsweise der Eis-
händler Gemeindevertreter Thater und sein Vater — beide schwe-
reiche Leute — zu einem befriedigenden Resultat geführt haben,
soll der Ausbau der Straßen nunmehr vorgenommen werden. Die
Regierung hatte der Lehrerbildungsordnung zum drittenmale
ihre Genehmigung versagt. Sie fordert, daß den Rektoren an
Schulen mit unter 21 Klassen dieselbe Amtsdauer gewährt werde,
wie den an Schulen mit über 21 Klassen angestellten. Das Ver-
langen wurde wieder abgelehnt. Die Regierung droht nunmehr,
im Anforderungsverfahren ihre Anordnung durchzuführen. Von
den kommunalen und Grundbesitzervereinen des westlichen Orts-
teils war der Gemeindevertretung eine Petition zugegangen, in
der die 1630 Unterzeichner hauptsächlich forderten: 1. eine Dienst-
stelle zur Entgegennahme von An- und Abmeldungen sowie der
Steuern in dem westlichen Ortsteil einzurichten; 2. Herstellung
besserer Verkehrsverbindungen mit Berlin und der beiden Ort-
teile untereinander und 3. Neupflasterung bezw. Ausbesserung
des Pflasters diverser Straßen. Alle diese Forderungen sind voll-
auf berechtigt, wenn man bedenkt, daß der Ortsteil über 12 000
Einwohner zählt. Die Verkehrsverhältnisse mögen nicht schlechter
sein als sie da sind, wo die „Große Berliner“ ihr Spezier schwingt,
aber jeder, der die durch diese Gesellschaft herbeigeführten Miß-
stände kennt, weiß auch, was es zu bedeuten hat, wenn ein Verort
gang und gar diesem Unternehmen auf Gnade und Ungnade aus-
geliefert ist. Alle Versuche der Gemeinde wie auch der Bewohner,
die „Große Berliner“ zu Verkehrsverbesserungen zu bewegen,
scheitern völlig an ihrer Dabstucht und Kaffogier und an ihren un-
möglich zu erfüllenden allgemein bekannten Bedingungen. Die
Forderung der Verbesserung der Straßen, Wege und Plätze ist
mehr denn berechtigt, nur haben die Petenten unrecht, wenn sie
neidisch behaupten, die Straßen des östlichen Ortsteils würden
weniger stiefmütterlich behandelt. Es kann ihnen im Gegenteil
versichert werden, wie auch unsere Genossen unter anderem aus-
führten, daß die Straßen des Ostens sich in mindestens ebenso
miserablem Zustande befinden wie im Westen. Die ganze An-
gelegenheit wurde schließlich der Finanzkommission überwiesen. —
Die im Etat vorgesehenen 500 M. für die Säuglingsfürsorge
waren aufgebraucht, und es wurden 300 M. für den Rest des
Etatjahres nachbewilligt. — Der Entwurf des Zwangs- und
Verbandes führte, nachdem der Bürgermeister in längeren
Verhandlungen die Rängel des Entwurfs kritisiert hatte, zu aus-
gedehnten Debatten, in der Genosse Oht unsere Grundzüge zu
dieser Materie vertrat. Nach drei Richtungen hin leide der En-
wurf bereits am grundsätzlichen Aufbau. Einmal sei der Kreis
der ihm zugewiesenen Aufgaben zu klein. Außer den vorgesehenen
Materien mühten ihm mindestens sofort die Fürsorge für das
Poltschulwesen und das Armenwesen überwiesen werden. Gerade diese beiden Punkte sind es, die die ärmeren
Gemeinden in der gedeihlichen Entwicklung behindern und ihnen
die Möglichkeit der Initiative für jede andere Aufgabe rauben.
Aber auch in der Organisation berge der Entwurf schwere Mängel
für die Vororte, soweit sie Landgemeinden sind; sollten doch Orte
unter 60 000 Einwohnern durch ihren Landfreibürger vertreten
werden. Den Ausschlag geben in beiden Körperschaften die Ver-
treter der Gutsbezirke, die Großgrundbesitzer. Und diese Er-
lauchten und Edlen, von denen es ja in Nieder-Barnim und
Teltow-Beesow nur so wimmelt, werden, von der Regierung
heimlich unterstützt, sich selbst in die Zweckerbändeversammlung
delegieren und dann die Groß-Berliner mit Beschüssen beglücken,
die diesen sicherlich viel Kosten und bezuglich wenig nützen. Es
müsse deshalb gefordert werden, daß überhaupt nur die inter-
essierten Gemeinden und nicht sämtliche Gemeinden der Landkreise
mit in den Zwangsverband mit aufgenommen werden, da-
gegen dürfte sich die Einbeziehung einzelner Gemeinden vom
Kreis Osthavelland (Potsdam, Spandau, Teltow) wohl emp-
fehlen. Diesen angeschlossenen Gemeinden soll aber die direkte
Wahl ihrer Vertreter zugestanden werden. Diese Gedanken wer-

